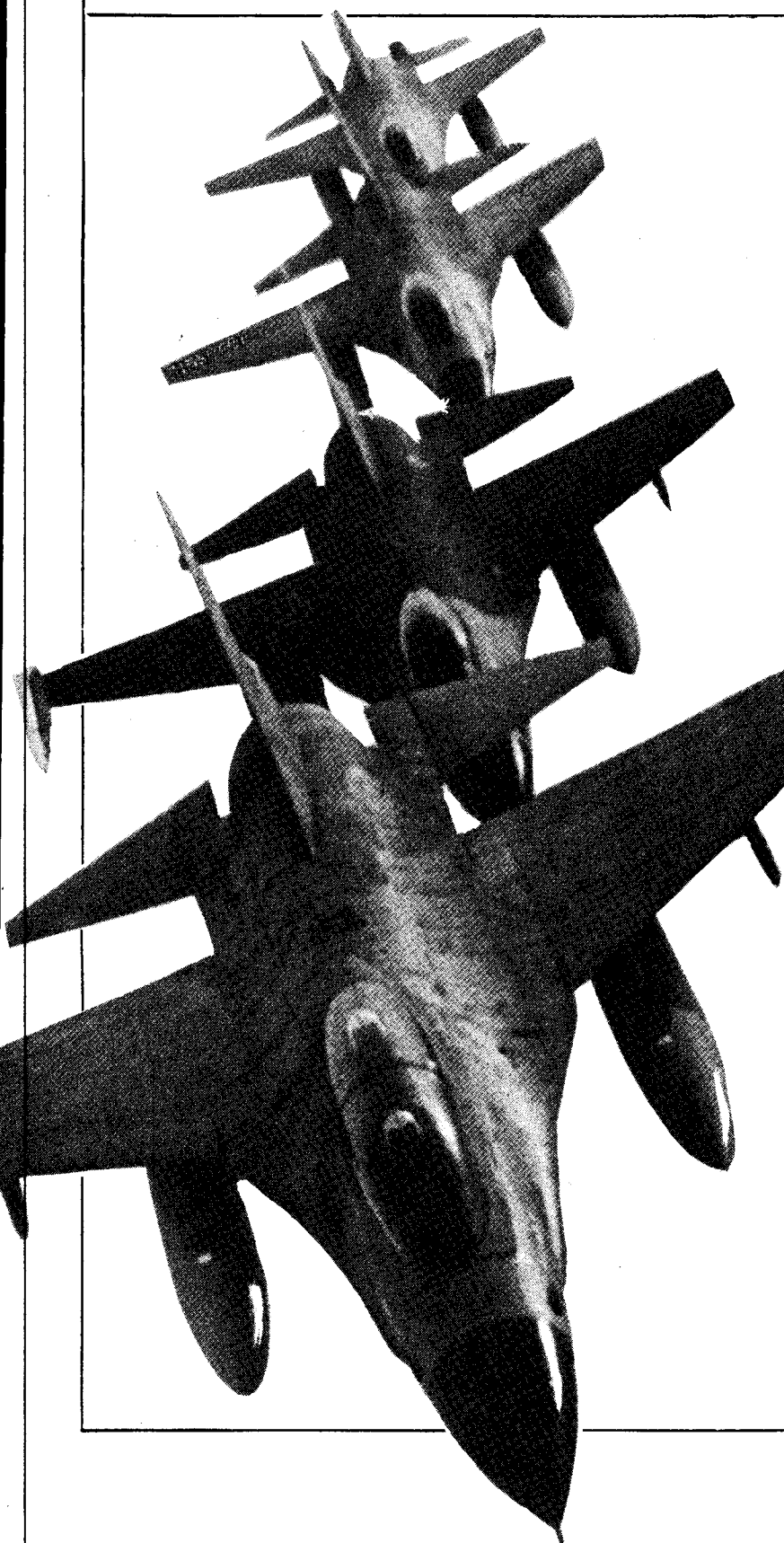


blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Türkei	3
Sri Lanka	8

ENERGIE

Atomkraftwerke hier, um für die Dritte Welt Öl zu sparen?	10
--	----

LESERBRIEFE	17
-------------	----

RÜSTUNG

Die BRD – Ein Waffenexportland?	19
------------------------------------	----

Warum exportiert die BRD Waffen?	25
-------------------------------------	----

Sichern Waffenexporte Arbeitsplätze?	30
---	----

Ökonomische Auswirkungen von Rüstungsimporten	33
--	----

Militärausrüstung und Rüstungstendenzen in Lateinamerika	40
--	----

MINDERHEITEN

Bangladesh – „Zivilisierung“ eines Bergvolkes	46
--	----

NICARAGUA

Eine Revolution für die Bauern und Landarbeiter?	51
---	----

BUCHBESPRECHUNG	61
-----------------	----

ZEITSCHRIFTEN- ÜBERSICHT	65
-----------------------------	----

TAGUNGSHINWEISE	66
-----------------	----

impressum blättern

herausgegeben vom Informationszentrum
Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16,
(Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau.
Telefon: 0761 / 74003. Bürozeiten: Mo-Fr.
10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Bei Einsendung von Artikeln beachten
Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibma-
schine geschrieben sein, mit 2-zeiligem
Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen.

Zusammengestellt von: Julia Ballot, Ro-
land Beckert, Birgitt Bender, Wolf-
gang Beyer, Gerhard Braun, Alexander
Bruder, Florence Buchmann, Georg Cre-
mer, Dagmar Engels, Gero Erdmann,
Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter
Hättig, Stefan Helming, Uli Kieser,
Christopher Knauth, Werner Kobe, Bettina
Kocher, Volker Krempin, Elisabeth
Lauck, Helga Lorenz, Mechthild Mau-
rer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit,
Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du-
Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker,
Dominique Prodel, Raili Salmela, Peter
Schmid, Dieter Seifried, Albert Som-
merfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Tel-
kämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig,
Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hilde-
gard Wenzler.

Redaktionsschluß der nächsten Aus-
gabe Nr. 96: **8. September 1981**

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/1 76 18

Copyright bei der Redaktion und den Au-
toren
Vervielfältigungen für Unterrichtszwecke
erlaubt und erwünscht.

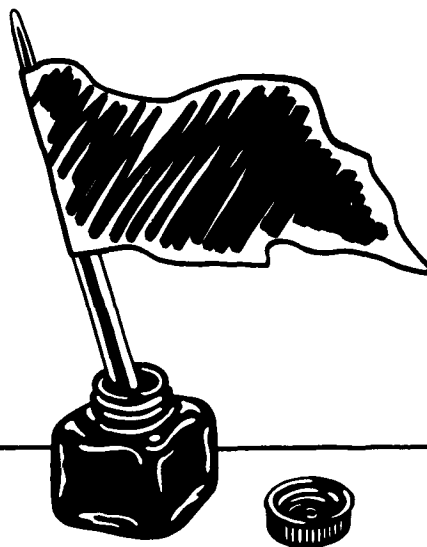
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In-
und Ausland: DM 35,-, (für Rentner, Ar-
beitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und
Zivildienstleistende, sowie andere einkom-
mensschwache Gruppen nach Selbstein-
schätzung: 25,- DM).

Schweiz: SFR 35,- (bzw. 25,-).
Österreich: ÖS 260,- (bzw. 190,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost
und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM
(bzw. 49,- DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw.
55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,- // ÖS 30,-.



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,
bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehän-
digt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine
persönliche Aushändigung im Sinne des Vor-
behalts. Wird die Zeitschrift dem Gefange-
nen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie
dem Absender mit dem Grund der Nichtaus-
händigung zurückzusenden.



Eine neue sozialistische Monats- zeitschrift jenseits des linken Ghettos.

Eine neue sozialistische Zeitschrift? Ja, wir sind überzeugt, den linken
Zeitschriftenmarkt um mehr als nur um ein neues Titelblatt zu bereichern.
Die Krise der Westdeutschen Linken und ihrer Politik hat uns zusammen-
geführt, eine Redaktion aus unterschiedlichen politischen Traditionen
(dem SB, der SPD (Prokla und SOAK), dem Spektrum der DKP/SEW
(SI), der „ML-Bewegung“ (Redaktionen der „hefte“ und der „Z“) und Re-
dakturen der „Revier“).

Eine Koalition politischer Kräfte, die vor einiger Zeit noch ziemlich
undenkbar gewesen wäre. Wir haben erste Erfahrungen in der Sozialisti-
schen Konferenz miteinander gemacht, in der Grünen Partei oder in an-
deren Sektoren der Wahlbewegung (AL), bei der Diskussion eines Neuent-
wurfs gesellschaftlicher Utopie, der Erörterung neuer Fragen und Pro-
bleme, wie der Ökologie und der Kritik der „Neuen Lehre“ von Bahro u.a.
Die Schlußfolgerungen dieser Erfahrungen und die Neuorientierung
unseres politischen Denkens zielt in die gleiche Richtung – einer neuen
Initiative Sozialistischer Politik jenseits des linken Ghettos.

Einen **ausführlichen Prospekt** senden wir gegen 50 Pf Rückporto ebenso gerne zu, wie unsere
Diskussionsplattform der MODERNE ZEITEN (dafür bitte 4,- DM beilegen).
Einzelpreis der Zeitschrift monatlich 4,- DM, Abonnement 48,- DM
Bestellungen an: MODERNE ZEITEN, SOAK Verlag, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30,
3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 1 76 18

MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Türkei

Über 100.000 politische Gefangene

447 Erschossene
1128 beantragte Todesstrafen
67 Todesurteile
6 Hinrichtungen
Mindestens 73 Foltertote

Die Welle der politischen Repression hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Als Bilanz der ersten drei Monate nannten türkische Behörden eine Zahl von 30.000 Verhafteten (LM 28.12.1980). Aufgrund der bruchstückhaften und widersprüchlichen Zahlenangaben der letzten Zeit schätzt „devrimci yol“, daß es derzeit in der Türkei mehr als 100.000 politische Gefangene gibt (türkei-information Nr. 9, Juli 1981).

Inhaftierung bedeutet in türkischen Gefängnissen sehr häufig Folter. Neben den unzähligen Personen, die die Qualen überstehen, forderte die Folter bislang mindestens 73 Todesopfer. 447 Personen wurden seit dem Putsch auf der Straße erschossen.

Die Militärgerichte haben mittlerweile mit den Strafprozessen begonnen. Für 1128 Gefangene wurde bereits die Todesstrafe beantragt, 67 Todesurteile sind schon ausgesprochen und 6 Menschen hingerichtet (nach türkei-information Nr. 9).

Nach offiziellen Angaben sind 60 % der Verhafteten Linksextremisten, 10 % Rechtsextremisten und 3 % Separatisten, der Rest ist nicht eingeordnet (NZZ 8.6.81).

Dabei zählen auch sozialdemokratische DISK-Gewerkschafter zu den Linksextremisten. Bezeichnend ist das Zahlenverhältnis zwischen rechts und links; es zeigt das ungleiche Vorgehen von Militär und Polizei gegen die Urheber des Terrorismus, der erwiesenermaßen überwiegend von faschistischen Gruppen ausging. Die Zahlen deuten darauf hin, daß die Militärjunta bei den Rechten kaum Gegner hat. Der drastische Rückgang der nichtstaatlichen Gewaltakte seit dem Putsch läßt sich so erklären, daß die Faschisten in der Machtübernahme der Militärs ihre politischen Ziele erfüllt sehen und somit die Gewalttaten gegen ihre Gegner den staatlichen Organen überlassen können.

Der geringe Prozentsatz angeklagter Kurden (= Separatisten) scheint stark untertrieben, da die Junta von Beginn an massiv gegen Kurden vorgeht. In einem Massenprozeß in Diyarbakir gegen 447 Kurden beantragte die Staatsanwaltschaft 97 Mal die Todesstrafe (Neue 15.4.1981).

Es läßt sich eine lange Reihe von Berichten über Verfolgung, Inhaftierung, Folter, Prozessen und Hinrichtungen aufstellen. Die brutale politische Unterdrückung hat jedoch eine Ursache, die zwar häufig im Dunkeln bleibt, in ihren Auswirkungen aber beinahe jeden der 46 Millionen Türken schwer trifft und für die Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls äußerst brutal ist: die wirtschaftliche Unterdrückung, d.h. die Verarmung breiter Volksschichten. Hier soll versucht werden, die wirtschaftlichen Hintergründe der Militärdiktatur zu beleuchten.

Dauerhafte Strukturkrise

Die türkische Wirtschaft ist in den 70er Jahren im Schnellgang in eine akute Strukturkrise geraten, deren Wurzeln sich bis in die Geschichte des Osmanischen Reiches zurückverfolgen lassen; eine auf Landwirtschaft und Handel basierende Wirtschaft blieb auf Druck des ausländischen Kapitals erhalten; Schlüsselindustrien durften sich kaum entwickeln, dagegen überwiegend eine auf Importen von Rohstoffen und Halbfertigwaren, sowie auf Lizenzen basierende Konsumgüterindustrie, so daß das Land in entscheidenden Industrieerzeugnissen auf Importe angewiesen war. Das Außenhandelsbilanzdefizit und die Auslandsschulden sind ständig angewachsen, viele für die Produktion notwendige Güter einschließlich Rohöl konnten nicht mehr eingeführt werden, die Kapazitäten waren zu weniger als der Hälfte ausgelastet. Das Wirtschaftswachstum ging auf Null zurück, Unternehmer und Händler versuchten, ihre Gewinne über Preiserhöhungen zu erhalten, was aufgrund des sprunghaft zunehmenden Geldumlaufs auch möglich war. Daher stieg die Inflationsrate 1979 und 1980 auf über 100 %. Die ohnehin schon sehr hohe Arbeitslosenrate von 15 – 25 % wuchs weiter. Die Gewerkschaften versuchten in Streiks, den Reallohnabbau zu verhindern, mußten sich aber

angesichts staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt auch mit nominellen Lohnsteigerungen, die geringer als die Inflationsrate waren, abfinden. Der Internationale Währungsfonds als Kreditwürdigkeitsprüfer der westlichen Industrienationen und Gläubigerländer der Türkei forderte zusammen mit der türkischen Industrie eine Politik, die über die Einfrierung der Löhne, der Freigabe (= Erhöhung) staatlich festgesetzter Preise und der Privatisierung vieler Staatsbetriebe die Unternehmerrgewinne erhöht.

Die Einfuhrpässe sollen mit einer Exportsteigerung, insbesondere mittels einer Abwertung der türkischen Lira, die türkische Waren auf dem Weltmarkt verbilligt, aber Einfuhren für die Türkei verteuert, und durch Anlockung von Auslandskapital überwunden werden. Diese Politik, die auf eine Verschärfung der freien Konkurrenz hinausläuft (liberalistisch) und durch die Geldmenge gesteuert werden soll (monetaristisch), wurde schon von der Regierung Demirel nach den Plänen des Milton Friedman-Schülers Turgut Özal am 24. Januar 1980 beschlossen.

Es bereitete jedoch Schwierigkeiten, sie innenpolitisch durchzusetzen, nicht nur wegen der außerparlamentarischen Opposition der Arbeiterschaft, sondern auch wegen der Widerstände innerhalb des Parlaments, wo Kleinindustrielle, Händler und selbst die Landoligarchie sich vor der schärferen Konkurrenz und dem Eindringen des Auslandskapitals fürchteten. Mit dem Militärputsch wurde die Handlungsunfähigkeit des Parlaments übergangen und die Wirtschaftspolitik Özals übernommen. Özal, der zuvor Wirtschaftsberater Demirels war, rückte auf den Platz des stellvertretenden Ministerpräsidenten vor. Mißliebige hohe Beamte, die sich Özals Wirtschaftskonzept entgegenstellten, wie der Chef der Zentralbank, wurden auf Özals Geheiß entlassen.

Unterdrückerische Wirtschaftspolitik

Einer der Grundgedanken zur Belebung der Investitionen ist, daß der private Verbrauch gesenkt werden muß, damit die Produktion von Investitionsmitteln und Exportgütern ausgedehnt werden kann. Dafür muß erst eine Umverteilung der realen Einkommen erfolgen, von den Lohnempfängern zu den Unternehmern bzw. zum Staat. Ein Beispiel, wie die Lohnsteigerungen hinter den Preissteigerungen zurückbleiben, ist die Entwicklung des Mindestlohnes.

Zum letzten Mal waren die Mindestlohnsätze vor 3 Jahren auf 5.400 türkische Lira (damals ca. 500,- DM) festgesetzt worden. In diesem Jahr wurde nun in der Mindestlohnkommission unter Beteiligung von Türk-Is dieser Mindestlohn neu festgesetzt. Es stand zwar fest, daß die gleichen

Waren, die vor drei Jahren noch 5.400 Lira gekostet hatten nun nur für 17.000 Lira gekauft werden konnten und in den Zeitungen wurden auch Berichte veröffentlicht, daß eine 5köpfige Familie monatlich mindestens 46.000 Lira für den Unterhalt brauche, die Vorstellungen der Kommission und Türk-Is schwankten jedoch lediglich zwischen 10.000 und 15.000 Lira. Ein Mitglied der Kommission, das 10.000 Lira für angemessen hielt, verteidigte den Grundsatz mit den Worten, daß man bei der Berechnung von den Bedürfnissen einer Person ausgehen müsse. Ein wahrer Zynismus, wenn man bedenkt, daß über 30 % der Arbeitsfähigen ohne Arbeit ist. Trotz eines formalen Protestes erklärte sich Türk-Is dann mit den 10.000 Lira (heute: ca. 200,- DM) einverstanden. Bei den Land- und Forstarbeitern divergierten die Vorstellungen der Kommission und Türk-Is noch weniger (8.500 und 9.000 Lira) und auch hier wurde schließlich der Vorschlag der Kommission mit 8.600 Lira angenommen.

aus: Die Militärjunta in der Türkei – Bilanz der ersten Monate, S. 14.



Außerdem wurde ein neues Steuergesetz erlassen, mit dem über Steuererhöhungen weitere Kaufkraft abgeschöpft wird. Danach wird die Mittel- und Oberschicht stärker besteuert und deren Steuerrückzahlungsmöglichkeiten verringert. Den unteren Einkommensgruppen, die bisher eine besonders hohe Steuerlast trugen, werden Entlastungen in Aussicht gestellt, die jedoch erst Ende 1982 wirksam werden sollen. (Die Militärjunta ... S. 16).

Zusätzlich zur Senkung der Lohnquote und zur Erhöhung der Steuerlasten soll die Kaufkraft noch über die Verknapung der Geldmenge und ein hohes Zinsniveau abgeschöpft werden. Dadurch soll die Bevölkerung vom Kreditkauf

abgehalten und trotz Inflation motiviert werden, ihr Geld nicht in Sachwerten anzulegen, sondern bei den Banken zu deponieren.

Die Zurückdrängung der Konsumquote dürfte zweifellos gelingen sein: die ultra-rechte Zeitung „Tercüman“ (11.2.81) beklagt, daß es „für Bürger mit kleinen oder mittleren Einkommen unmöglich ist, eine Wohnung zu besitzen“. Angesichts der Steuer- und Zinslasten müssen viele Bürger Wohnungen und Autos verkaufen – trotz der allgemeinen Teuerung sinken die Preise für Gebrauchtwagen. Sie tragen ihr Geld auf die Bank in der Hoffnung, daß die 40 – 50 % Zinsen höher liegen werden als die Inflation. Die Bezieher niedriger Einkommen und erst recht die Millionen Erwerbslosen müssen überall sparen, damit das Geld noch für das Lebensnotwendigste reicht. An irgendwelche Anschaffungen können sie z.Z. nicht denken. Auch wenn man noch nicht von einer allgemeinen Hungersnot sprechen kann, so ist doch nach den ersten Monaten der neuen Wirtschaftspolitik die Kindersterblichkeit in Ost-Anatolien um 35 Prozent angestiegen (Roth/Taylan, Die

Türkei, Republik unter Wölfen, Bornheim 81, S.33/34).

Dilemma: bei Hungerlöhnen gibt es keine Käufer mehr

Nicht für alle Unternehmer ist der Erfolg der Konsumsenkungspolitik erfreulich. Unter dem Titel „Türkei: Das Hauptproblem der Firmen ist der Mangel an kaufkräftigen Kunden“ berichtet das Handelsblatt (24.2.1981):

Seit der Machtübernahme durch die Militärs am 12. September letzten Jahres ist in der türkischen Industrie ununterbrochen gearbeitet und erzeugt worden. Infolgedessen steht die bis dahin an Streiks, Devisenmangel und

„kürzere oder meistens längere Stromunterbrechungen gewohnte türkische Geschäftswelt vor einem neuen, beispiellosen Problem, nämlich wo und wie sie ihre Produktion unterbringen kann. Rahmi Koc, der Vorstand der größten türkischen Industriegruppe, „Koc Holding“, hat dieser Tage dazu gemeint, die Erzeugung laufe auf vollen Touren, Strom und Devisen fehlten nicht. Was fehle, seien Türkenpfunde und ein Markt.“

Auch die hohen Zinsen bereiten den Firmen Schwierigkeiten. Besonders kleine und mittlere Unternehmen, die auf einen hohen Fremdfinanzierungsanteil angewiesen sind, können kaum noch die 70 % Zinsen für die Kredite aufbringen. Die Zahl der Firmenpleiten steigt daher rasch an. Innerhalb von 5 Monaten meldeten 2.700 Gesellschaften allein in Istanbul und Izmir Konkurs an (FT 9.6.1981). Gegenüber dem Vorjahr hatte sich zu Jahresbeginn die Zahl der Konkurse etwa verdoppelt (Die Militärjunta ... S. 16).

Größere Firmen haben dagegen in der Regel bessere Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, und die großen Kapitalgesellschaften finanzieren sich über ihre Hausbanken. Diese Entwicklung bedeutet daher nichts anderes als eine Konzentration des Kapitals. Den mit den Banken vorfälligen Konzernen fällt es nicht schwer, die illiquiden Firmen aufzukaufen bzw. ihren Marktanteil zu übernehmen. Diese Möglichkeit, sich in die freierwandelnden Lücken des türkischen Marktes einzunisten, bietet sich freilich auch ausländischen Firmen. Ihre türkischen Tochtergesellschaften haben z. Z. ein leichtes Spiel, Kapital aufzubringen und bei der Monopolisierung der Wirtschaft ihre Stellung auszubauen.

Je mehr die Schattenseiten der liberalistischen Wirtschaftspolitik spürbar werden, desto mehr sieht sich der Spezialist Ozal einer heftigen Kritik ausgesetzt. Möglicherweise züchtet sich die Militärjunta mit ihrer Politik nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das Kleinbürgertum bis hin zu mittleren Unternehmern als Gegner heran.

Förderung ausländischer Investitionen

Es ist nicht nur allgemeines Ziel der türkischen Wirtschaftspolitik, das ausländische Kapital heranzulocken, sondern bei der Planung der öffentlichen Investitionen 1981 ist der ausländische Anteil sehr detailliert schon ausgewiesen.

Schon vor dem Putsch wurde deutlich, daß seit dem Inkrafttreten des neuen Rahmengeretzes für Auslandskapital am 24.1.1981 sowohl die Anzahl, als auch das Kapitalvolumen der ausländischen Firmen anstieg. Innerhalb von acht Monaten hatte sich das Volumen der ausländischen Investitionen von 2,6 Mrd. TL (31.12.79) auf 7,58 Mrd. TL (31.8.1980) knapp verdreifacht. Das Gesamtkapital der Firmen,



die im Rahmen des Gesetzes zur Förderung des Auslandskapitals arbeiten, stieg von 8,67 Mrd. TL auf 22,76 Mrd. TL an (NFA 4.12.80). Das Eindringen des ausländischen Kapitals in die türkische Wirtschaft eilte in Riesenschritten voran.

Nach der bisherigen Rekordhöhe der Auslandsinvestitionen im Werte von 97 Mio US-\$ im Jahre 1980, hofft die staatliche Planungsorganisation für 1981 auf 200 Mio US-\$ insbesondere für exportintensive Industrien (I/R 26.5.81).

Zur Förderung der in- und ausländischen Investitionen wurde im Februar 1981 beschlossen (nach NFA 20.3.81):

1. Befreiung von Einfuhrabgaben
2. besondere Investitionszuschüsse
3. Befreiung von der Bausteuer
4. Steuer- und Gebührenbefreiung bei Ausfuhrgarantien
5. Zinsausgleichszahlungen
6. Inanspruchnahme von Auslandskrediten
7. besondere Devisenzuteilungen für Investitionsgüterimporte

Diese Vergünstigungen werden nicht automatisch gewährt, sondern nur, wenn die Investitionen den Entwicklungsplänen entsprechen und weitere Voraussetzungen erfüllen, z.B. Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit türkischer Produkte auf ausländischen Märkten; Einfuhr einer neuen Produktionstechnologie; Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit; usw. Es ist nicht schwierig zu erkennen, wer hier gefördert werden soll: die großen Unternehmen, insbesondere wenn sie mit ausländischen in Verbindung stehen.

Durch die Steuerbefreiung für Firmen, die in erster Linie für den Export produzieren (Punkt 4), in Verbindung mit den übrigen Förderungsmaßnahmen, begibt sich die Türkei mit ihrem ganzen Territorium in Konkurrenz zu den „Freien Produktionszonen“, die bereits in allen Erdteilen – besonders in Südostasien – ihre billigen Arbeitskräfte für exportorientierte Produktionen anbieten.

Export soll „eine Art Religion“ werden

Durch eine Reihe von Maßnahmen, wie z.B. die Erweiterung des Volumens für Exportkredite und die Verbesserung der Transportbedingungen, wird der Export gesteigert, unterstützt von einer Propagandakampagne, die den Export zu „einer Art Religion“ (NZZ 11.5.81) machen will.

Tabelle 1:
Plan der öffentlichen Investitionen 1981

Sektor	Höhe der Investitionen Mrd. TL	davon ausländischer Beitrag	Anteil des ausländischen Kapitals (%)
Energie	146,0	55,8	38
Verarb. Industrie	139,8	54,6	39
Verkehr	121,0	18,0	15
Landwirtschaft	84,2	1,0	1
Bergbau	60,0	28,6	48
Tourismus	5,0	0,3	6
Wohnungsbau	13,3	1,5	11
Erziehungswesen	33,1	0,16	0,5
Gesundheitswesen	10,5	4,0	38
sonstige Dienstleistungen	48,9	2,8	6
Insgesamt	661,8	156,76	24

Quelle: NFA 6.2.81 und eigene Berechnungen

Regelmäßig erscheinen in den Wirtschaftszeitungen die Erfolgsmeldungen: daß die Exporte im Januar 1981 knapp doppelt so hoch waren wie im Januar 1980 (FT 24.3.81); daß die Exporte in die BRD 1980 um 22 % gegenüber 1979 anstiegen, die Exporte in die Staatshandelsländer sogar um 37,6 % (UdSSR 33 %) (NfA 1.4.81); daß die Exportsteigerung in den ersten vier Monaten 1981 gegenüber dem Vorjahreszeitraum 44 % betrug (FT 2.6.81); Daß die Regierung eine Ausfuhrkreditgarantie-Organisation gründen und die Exporte während der nächsten 4 Jahre um 35 bis 40 % jährlich steigern will. Der irakisch-iranische Krieg hat sich übrigens „für die türkische Ausfuhr als ungemein vorteilhaft auf allen Gebieten herausgestellt“ (Habla 25.6.81). U.a. sollen Textilfabriken in Izmir Uniformen für beide Armeen herstellen. Diese forcierten Exportbemühungen der türkischen Wirtschaft haben einen handfesten Grund, den das Handelsblatt (19./20.6.81) darlegt:

Vergengter Binnenmarkt zwingt zu mehr Export

Eine Erklärung über künftige Wirtschaftsziele hat der Gouverneur der türkischen Zentralbank abgegeben: „Die Regierung wird ihre straffe Geldpolitik auch in diesem Jahr fortsetzen, um eine weitere Steigerung der Inflation zu verhindern. Es ist unmöglich, die einheimische Nachfrage in irgendeiner Weise anzukurbeln, ohne gleichzeitig die Inflation zu beschleunigen.“

Eine Schlüsselstellung bei der Geldpolitik nehme das Wachstum der türkischen Ausfuhr ein. Unter diesen Umständen sei es nicht möglich, die industrielle Erzeugung durch eine Belebung der einheimischen Nachfrage auf ihren vollen Stand zu bringen. Es bleibe der Türkei nur die Ausfuhr, um die Industrie besser in Gang zu bringen.

Mit anderen Worten: diese exportorientierte Politik soll einen kapitalistischen Grundwiderspruch lösen, nämlich daß die Unternehmer einerseits die Löhne möglichst drücken wollen, und andererseits doch hoffen, daß die Lohnempfänger über ausreichende Kaufkraft verfügen, um ihre Produkte zu erwerben. Im Falle einer Exportproduktion, und das gilt insbesondere für die 100-prozentige Exportausrichtung in „Freien Produktionszonen“, können die Löhne niedrig gehalten werden, ohne daß der Absatzmarkt beeinflusst wird. Eine weitere Möglichkeit, bei rückläufiger privater Nachfrage die Produktion zu beleben, ist eine Steigerung der Nachfrage des Staates. Es liegt auf der Hand, daß die Militärregierung der Strukturkrise durch erhöhte Rüstungsproduktion beizukommen versucht.



FOLTER: eine Tradition bleibt gewahrt

Ich möchte klarstellen, daß amnesty international nicht unterstellt, die Folterungen hätten in der Türkei erstmals nach dem Putsch vom September 1980 begonnen. Während meines vorangegangenen Türkei-besuchs im Mai 1980 habe ich festgestellt, daß Folter in großem Ausmaß angewandt wurde. Außerdem erhielt ich sowohl von rechtsgerichteten Parteien und Gruppierungen Informationen über Folterungen. amnesty international hat in den letzten zehn Jahren den jeweiligen Regierungen in der Türkei immer wieder Folturvorfürfe zur Kenntnis gebracht. Bülent ECEVIT schrieb kürzlich in einem Leitartikel der Zeitschrift ARAYIS, die Folter sei fast eine Tradition bei der türkischen Polizei, sie sei auf den Mangel an einer angemessenen Ausbildung in Ermittlungsmethoden zurückzuführen und sei in unterschiedlichem Ausmaß unter allen Regierungen angewandt worden. Die Ausgabe, in der er dies schrieb, wurde ebenso verboten wie andere Zeitungen, die über Folturvorfürfe berichtet hatten. Die Anzahl der gegenwärtig Inhaftierten und die Verlängerung der Haftzeit auf 90 Tage haben jedoch zweifellos die Lage verschlimmert, und amnesty international werden ständig neue Todesfälle in Haft zur

Kenntnis gebracht. Ich habe eine Liste mit Namen von 36 Menschen, die seit September 1980 in der Haft zu Tode gekommen sein sollen, darunter 22 Namen, die amnesty international bereits bekannt waren. Niemand in der Türkei leugnet, daß es Folter gibt: Die Frage ist, in welchem Ausmaß und inwieweit sie als Regierungspolitik bezeichnet werden kann. Ich möchte darauf hinweisen, daß Folter routinemäßig und in großem Umfang angewandt werden kann – wie dies, nach meiner Überzeugung, heute in der Türkei der Fall ist – ohne daß zu diesem Zweck eine Anordnung von höchster Stelle erfolgt sein muß, doch um das Auftreten von Folter zu verhindern, müssen die Behörden sich dieses Problems mit Nachdruck und Entschiedenheit annehmen. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die bisher von den türkischen Behörden ergriffenen Maßnahmen in irgendeiner Weise zur Beendigung der Folter geführt haben. Ein ganz entscheidender Punkt ist der Zugang zu den Häftlingen, und solange die Gefangenen nicht während der gesamten Haftzeit Zugang zu ihren Anwälten und Familienangehörigen erhalten werden, fürchte ich, daß Folterungen weitergehen.

Vertreter von amnesty international
EPD Dokumentation, 34a/81

Weiterhin hoher Bedarf an ausländischen Krediten

Die Exporteuphorie der türkischen Wirtschaftsexperten wird jedoch im Ausland für übertrieben gehalten, weil die türkischen Erzeugnisse bisher auf dem internationalen Markt kaum wettbewerbsfähig sind. Ein weiteres Problem: bisher ist die Produktion in der Türkei stark von Einfuhren abhängig. Insbesondere der Erdölbedarf der Türkei wird kontinuierlich weitersteigen (NfA 27.5.81), obwohl die Ausgaben für Energieimporte nicht einmal durch die gesamten Exporterlöse gedeckt werden (vgl. Tabelle 2). Anfang Januar 1981 verkündete der Handelsminister für 1981 eine Zunahme der Einfuhren um 28,5 % (NfA 6.1.81). Es ist fraglich, ob die Exportsteigerungsrate noch höher liegen wird, und ob diese Rechnung langfristig aufgeht.

Tabelle 2: Entwicklung der Zahlungsbilanz

	(in Mio Dollar*)		
	1979	1980	1981
Außenhandel	-2808	-4290	-5200
Exporte	2261	2910	3800
Importe	5069	7200	9000
davon Erdöl	1712	3552	4300
andere	3357	3648	4700
Invisibles	1158	1162	1700
Zinszahlungen	-1010	-1280	-1400
Tourismus	179	210	250
Gastarbeitertransfers	1694	2071	2500
anderes	295	161	350
Ertragsbilanz	-1650	-3128	-3500

* Offizielle Angaben, wobei 1980 Schätzungen und 1981 Prognosen.
Quelle: NZZ 28.4.1981.

Im Jahr 1981 wird sich die Türkei mit über 2 Mrd. US-\$ im Ausland neu verschulden müssen, so daß die Gesamtverschuldung dann über 20 Mrd. US-\$ liegen wird. Turgut Özal bereiste im Januar 1981 Westeuropa, um über Zahlungsaufschübe und neue Kredite zu verhandeln.

Anfang Mai 1981 einigten sich die OECD-Länder wie in den beiden Vorjahren wieder auf eine Kreditvergabe in Höhe von etwa 1 Mrd. US-\$ (vgl. Tabelle 3). Nach langem Hin- und Her blieb Bonn aus haushaltspolitischen Gründen bei einer Kürzung der „Türkeihilfe“ auf 460 Mio. DM gegenüber 560 Mio DM 1980. Die Zahlung der Gelder sollte nach dem Willen aller im Bundestag vertretenen Parteien zunächst an die Bedingung geknüpft werden, daß bestimmte Menschenrechtsverletzungen abgestellt werden:

- die baldige Wiederherstellung des freien Betätigungsrechts für politische Parteien und Gewerkschaften;
- die baldige Wiederherstellung der vollen Pressefreiheit;

Tabelle 3: OECD-Kredite für die Türkei 1979 – 1981

Land	1981	1980	1979	Mio.Dollar
USA	350,00	295,00	248,00	“
BRD	204,00	295,00	200,00	“
Frankreich	78,500	100,00	70,00	“
Belgien	8,500	10,00	75,00	“
Luxemburg	keine	1,00	keine	“
England	32,00	33,00	30,0	“
Schweden	wird später bekanntgegeben	10,00	10,00	“
Schweiz	“	37,50	30,00	“
Österreich	“	15,00	35,00	“
Finnland	keine	3,500	2,00	“
Holland	17,00	21,500	20,00	“
Norwegen	9,00	10,00	71,00	“
Dänemark	3,500	5,00	5,00	“
Italien	115,00	115,00	40,00	“
Kanada	11,80	10,00	12,00	“
Spanien	keine	keine	5,00	“
Japan	100,00	100,00	70,00	“
EG	keine	100,00	keine	“
Gesamt	938	1,161,50	923,00	“

– die mindestens stufenweise Abschaffung der Regelung, wonach Festgenommene erst nach 90 Tagen ihrem Richter vorgeführt werden müssen;

– die Überprüfung aller Folterverwürfe und die Bestrafung aller der Beteiligung an Folterungen Überführter (FR 13.5.81). Letztenendes wurde sie doch ohne Sperrvermerk freigegeben. Zusätzlich zu dieser OECD-Hilfe erhält die Türkei aus den Mitteln der EG eine weitere Finanzhilfe in Höhe von 1,5 Mrd. DM (FR 23.5.81).

Doch nicht nur die westlichen Industrienationen unterstützen durch Kredite und Erweiterung der Handelsbeziehungen die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur, sondern auch die Länder des real existierenden Sozialismus. Ist der absolute Umfang der Kooperation auch gering, so ist die Tendenz doch deutlich, Özals wirtschaftspolitische Vorstellungen zu unterstützen.

Im Januar 1981 besuchte der türkische Minister für Industrie und Technologie Moskau und vereinbarte dort, die „wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bereich gemeinsamer Industrieprojekte sowie im Warenaustausch wesentlich (zu) intensivieren“ (NfA 26.1.1981). Nicht nur sollen u.a. die Kapazitäten des gemeinsamen Stahlwerks in Iskenderun vervierfacht und die des Aluminiumwerkes in Seydisehir verdoppelt werden, sondern es sollen auch gemeinsame Kraftwerksprojekte sowie eine Wasserstoffperoxidanlage bei Bandirma errichtet werden (NfA 26.1.1981). In einem Dreiecksgeschäft mit Kuwait will die UdSSR die Türkei mit 800.000 Tonnen Rohöl beliefern (NfA 1.4.81). Die CSSR räumt der Türkei einen Überziehungskredit für den Import von verschiedenen Maschinen und technischen Aggregaten ein (NfA 19.3.1981).

Lobenswert, daß die UdSSR den Aufbau von Basisindustrien in der Türkei fördert. Aber was ist wohl die Begründung dafür, daß die Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei gerade zu einer Zeit ausgebaut werden, wo dort eine Militärdiktatur herrscht, die die Kommunisten zu ihren Todfeinden erklärt und die gerade auf Exportmärkte angewiesen ist, um ihre unterdrückerische Wirtschaftspolitik durchzuhalten?

ebe

AUTONOMIE NEUE FOLGE

- Nr.1: Der Iran
- Nr.2: Die neuen Gefängnisse
- Nr.3: Die zweite Zerstörung Deutschlands
- Nr.4/5: AKW-Widerstand Atomstast
- Sonderhefte: Nr.1: Sicherungsverwahrung
- Nr.2: Medizin und Nationalsozialismus
- Nr.6: Krieg Iran-Irak



Redaktion Autonomie:
Thadenstr.30a, 2000 Hamburg 50
Probeabonnement Autonomie Neue Folge
Heft Nr. 1-3 und Sonderheft Nr. 2
zusammen im Paket für 21 DM incl. Versand
Bestellung über die Redaktionsanschrift
Vorauszahlung: Postscheckkonto Hamburg
H.G. Bärker, Sonderkonto Autonomie
421258-201

Sri Lanka

Tamilische Minderheit in Sri Lanka schwer attackiert

Der Weltöffentlichkeit bisher fast gänzlich verborgen gehalten worden sind schwere Ausschreitungen gegen das Minderheitenvolk der Tamilen (rund 20 % der 15 Millionen Ceylonesen) auf Sri Lanka im Sommer 1981. Nur in wenigen deutschsprachigen Zeitungen war anlässlich der kommunalen Wahlen zu Entwicklungsräten am 4. Juni (in 17 von 24 Bezirken gewann die Regierungspartei UNP-United National Party) vom zwei Tage zuvor über das ganze Land verhängten Ausnahmezustand und von fünf von Polizisten erschossenen Jugendlichen in der Nacht zum 5. Juni zu lesen (NZZ v. 6. und 7. Juli 1981). Korrespondenzberichten aus Jaffna, der im Norden des Inselstaates liegenden Hauptstadt der Tamilen, zufolge (ist es wenige Tage vor und während dieser Wahl zu Morden, Brandstiftungen und Wahlbehinderungen auf eine Weise gekommen, die auf gezielten Terror staatlicher Organe schließen läßt. Nach den blutigen Konflikten zwischen Singhalesen (70 % der Bevölkerung) und Tamilen in den Jahren 1958, 1965, 1972, 1977 stellen die Ereignisse von Ende Mai/Anfang Juni dieses Jahres eine weitere Welle der Gewalt zwischen diesen beiden Völkern dar. Uniformierte und in Zivil auftretende Polizisten und andere Personen ermordeten zwischen 31.5. und 5.6. in Jaffna und anderen Orten (Thirunelvely, Urumpirai und Neerveli) mindestens acht Personen. Sie verletzten ernsthaft über 20 Personen auf Straßen, in Geschäften und Büros, brannten über 50 Läden, ei-

nige Häuser, zwei Markthallen, ein Theater, Autos, die größte Bibliothek in Jaffna (an die 100.000 Bücher sind verloren) nieder. Ebenso fielen das Hauptbüro der wichtigsten Tamilenpartei, der TULF (Tamil United Liberation Front) sowie das Haus des Parlamentsabgeordneten von Jaffna (Mr. V. Yogeswaran, TULF), die Redaktion und Druckerei der einzigen tamilischen Tageszeitung Sri Lankas, der „Eelanadu“, den Flammen zum Opfer. Etwa 150 Polizisten, die meisten sind Singhalesen und waren in Zivil, warfen am 2.6. auf ihrer Heimreise in Richtung Colombo aus dem abfahrenden Zug die Leute in den Bahnhöfen von Kankesanthurai, Chunnankam und Inuvil. Obwohl am 4. und 5. Juni hohe politische Persönlichkeiten in Jaffna waren, gingen die Überfälle bis zum 5. Juni weiter. Gleich hinter einer Polizeistation in Pannai wurden vier Häuser armer Leute angezündet und zerstört. Vier Parlamentsabgeordnete der TULF wurden am 3.6. vorübergehend inhaftiert (aus welchen Gründen, ist dem Berichtersteller nicht bekannt). Die Behörden versuchten eine Nachrichtensperre über Jaffna zu verhängen, die Telefon- und Telegrammverbindungen waren tagelang unterbrochen. Staatsminister versuchten vor dem Parlament, die Vorfälle zu rechtfertigen. Diese Vorfälle verstärken den Ruf der Tamilen nach einem eigenen Staat, genannt Eelam. Dieser Wunsch nährt sich aus einer Reihe von Gründen. Bald nach der Unabhängigkeit 1948 wurden rund einer Million Tamilen, Plan-

Der Berliner Senat schiebt tamilische Flüchtlinge ab

Der Berliner Senat ließ Ende Juli wegen des „außergewöhnlich starken Ansturms von Asylbewerbern rund 120 Flüchtlinge aus Sri Lanka mit einem Charterflug zurückfliegen. Am 9. Juli 1981 erklärte Herr Birkenbeul, Sprecher des Westberliner Innensenators Lummer, vor der Presse: „Der Grund für den Ansturm von Asylbewerbern sei den Behörden unbekannt. Sicher sei jedoch, daß sie von organisierten Schleppern in die Stadt geschleust wurden und in Wirklichkeit „Scheinasylanten“ seien. Eine politische Verfolgung sei in Sri-Lanka nicht gegeben.“ (faz, 10. Juli 1981).

Die Ereignisse von Anfang Juni im Stadtzentrum von Jaffna (siehe Bericht dazu in diesem Heft) sind die Ursache für die Flüchtlingswelle, und die Behörden wissen es (Komitee für Tamilische Rechte, TAZ, 16.7.1981). Allein im Juli kamen 2 400 Tamilen nach Berlin.

Die Gründe können den Behörden nicht entgangen sein, zumal sie in den schon gestellten Asylanträgen angegeben sind. Von den 120 Tamilen, die Ende Juli zurückgefliegen worden sind, sind nach Angaben der West-Berliner Zeitung „Tagespiegel“ Anfang August zwischen 50 und 56 Personen auf Sri Lanka verhaftet worden.

Der Senat versucht das Problem schnell, sauber und gewissenhaft zu lösen, indem er die Flüchtlinge als „Scheinasylanten“ abtut, um sie dann ohne gerichtliche Überprüfung abzuschieben. Der Senator Fink ging sogar so weit zu sagen, daß „die Sri-Lankaner, die noch kein offizielles Asylgesuch gestellt haben, sich freiwillig zur Rückkehr bereit erklärt haben“ (FAZ, 23. Juli 1981).

Eine Rechtfertigung wird dem Senat dagegen in jenen Fällen schwerfallen, wo er trotz nachweislich gestellter Asylanträge Tamilen in Abschiebehaft nahm (Neue, August 1981). Gegen diese Praxis, die das Recht auf Asyl zu einer Farce werden läßt, wehren wir uns entschieden. Wir fordern die Beibehaltung der Möglichkeit für politische Flüchtlinge, ihre Verfolgung vor Gericht nachweisen zu können.

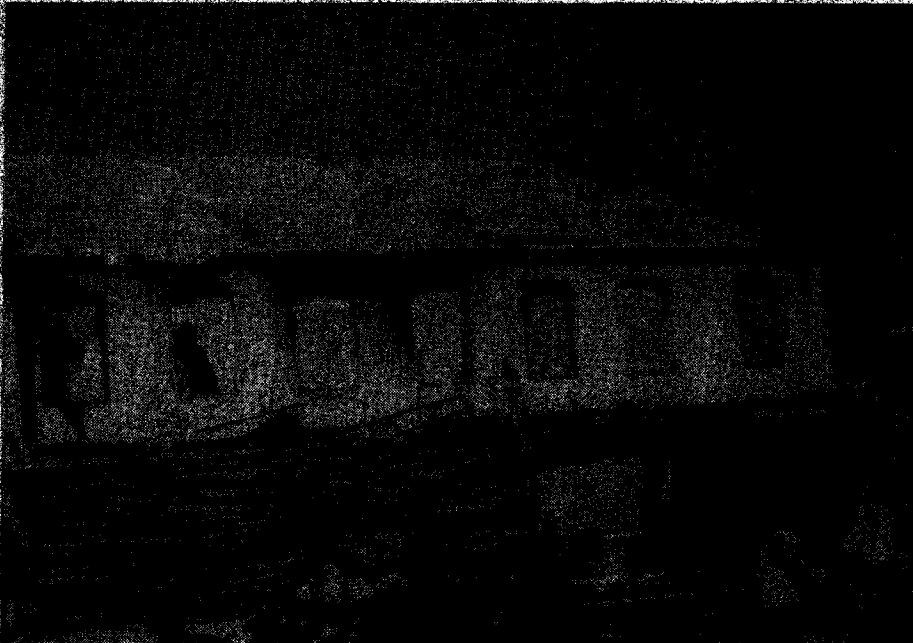
tagenarbeiter im zentralen Bergland, (sogenannte Indian-Tamilen), die ceylonische Staatsbürgerschaft und damit die politischen Rechte aberkannt. 1964 und 1974 vereinbarte Sri Lanka und Indien ohne Beteiligung der Betroffenen, daß eine halbe Million dieser Tamilen innerhalb von 15 Jahren nach Indien auswandern muß. 2.000 von 7.000 Quadratmeilen traditionellen Tamilenlandes wurde seit der Unabhängig-

keit von Singhalesen mit staatlicher Unterstützung kolonisiert. Die Vergabe von öffentlichen Dienststellen und Studienplätzen an den Universitäten diskriminiert die Tamilen. Obwohl in der Verfassung von 1978 verankert, ist tamilisch im offiziellen Sprachgebrauch kaum zu hören. Für die Entwicklung des singhalesischen Teiles des Landes sind in dieser Regierungsperiode an die 30 Milliarden ceylonische Rupien

(mehr als 3 Mrd. DM) vorgesehen, den Tamilen ist nur eine halbe Milliarde Rupien versprochen worden, die immer noch nicht freigegeben wurde. Die von Singhalesen geleiteten Polizeistationen im Tamilengebiet wurden in den letzten Jahren vergrößert und verstärkt. Neue Armeeposten richtete man dort ebenfalls ein. Wer auf dem Landweg nach Jaffna fährt, muß sich einer Straßenkontrolle unterziehen. Bei den Ausschreitungen im Sommer 1977 kamen über hundert Personen, meistens Tamilen, ums Leben. Über 20.000 Tamilen flohen aus dem Süden (teilweise aus dem Plantagengebiet) in den tamilischen Norden. Das Brandstiften, Morden, Plündern und Vergewaltigen wurde von Polizei und Armeekaum oder zu spät bekämpft. Während eines monatelangen über die Provinz von Jaffna verhängten Ausnahmezustandes 1979 kam es zu Folterungen und Inhaftierungen ohne richterliche Anweisung.

(Genauer dokumentiert sind der Ausnahmezustand von 1979 und die verschiedenen Formen der Diskriminierung der Tamilen in dem kleinen Buch „Emergency '79“, hrsg. v. „Movement for Interracial Justice and Equality“ im Mai 1980 in Colombo – erhältlich bei CSPA Coordinating Secretariat for Plantation Areas in 30, Pushpadana Mawatha, Kandy, Sri Lanka).

Joë Kempfner



LATEINAMERIKA

Himmel & Erde 2

NOVIEMBRE NEGRO. Die Geschichte Boliviens 80 S., 10,- DM

Der Zyklus von Zeichnungen des bolivianischen Malers Gonzalo Rorrico Prada, der diesen Band durchzieht, entstand anlässlich eines blutigen Massakers durch die Militärs im November 1979. Neun Monate später hatten sich diese auf brutalste Weise an die Macht geputscht. Reiner Kornberger beschreibt die Geschichte Boliviens bis zum August 1980, auf deren Hintergrund der Putsch wie der heutige Widerstand gegen die Junta nachvollziehbar ist.

Anthony Henman

MAMA KOKA

ca. 360 S., viele Abb., 27,- DM

Die sehr fundierte Studie, die sich von der herkömmlichen wissenschaftlichen Vorgehensweise gelöst hat, schildert die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Koka in den Anden, einer Pflanze, die für die magischen und medizinischen Praktiken vieler südamerikanischer Indianer eine große Rolle spielt, gleichzeitig aber durch die relativ einfache Kokaingewinnung in ein illegales, unmenschliches kapitalistisches Geschäft verkehrt wird. Diese freihetliche Analyse unterstreicht die Bedeutung der Koka innerhalb des entschlossenen Kampfes, den gerade die Paiz-Indianer in Kolumbien zur Verteidigung ihres Landes und ihrer kulturellen Identität beispielhaft führen.

Himmel & Erde 3 / 4

VORSICHT! DIE POESIE IST AUF DER STRASSE Doppelheft, 170 S., 14,80 DM

Diese Ausgabe trägt zu einem Dialog bei zwischen lateinamerikanischer Kunst im Exil und Widerstand, hier mit Beiträgen von Antonio Skarmeta, Angel Rama, Osvaldo Bayer, Ernesto Cardenal, Roque Dalton, Iscort Cartens, Otto René Castillo, Daniel Viglietti u.a., mit einer sich widersetzenden Kultur in Deutschland (Peter Paul Zahl, Karl-Heinz Roth, Walter Moßmann u.a.).

Iscort Cartens

DIASPORERO / IN DER DIASPORA

Gedichte aus dem chilenischen Exil

mit einer Einleitung v. A. Skarmeta u. Zeichnungen v. L.R. Raddatz, 94 S., 12,80 DM

Iscort Cartens, unter Pinochets Militärdiktatur in ein KZ gesperrt und gefoltert, 1977 ausgewiesen, legt hier seinen ersten Gedichtband vor. Dessen fünf Kapitel stellen Markierungen einer Entwurzelung dar. Momente des Innwerdens über den Weg ins Exil, das mit der ersten Verhaftung begann und sich zur Gewissheit verdichtete, daß nur ein zäher und leidenschaftlicher Kampf das Pfand für eine Rückkehr sein kann.

Verlag Roter Funke

+ Schwachauer Heerstr.
2800 Bremen 1

ENERGIE

Atomkraftwerke hier, um für die Dritte Welt Öl zu sparen?

Seit einiger Zeit wird von den Befürwortern eines weiteren Ausbaus der Atomenergie ein Argument in massiver Weise in die Auseinandersetzung geworfen: Die Industrieländer müßten die Atomenergie weiter vorantreiben, um das knappe Öl durch Atomstrom zu ersetzen und so Öl für die Länder der Dritten Welt zu sparen, das diese für den Aufbau ihrer Wirtschaft brauchen. Schon auf der Pressekonferenz am Ende der letzten Weltenergiekonferenz (München) wurde so argumentiert. Auch der „Informationskreis Kernenergie“, Träger aufwendiger Public-Relations-Kampagnen für Atomstrom, wirbt hiermit: „Selbst der Hunger in vielen Ländern der Welt ist ein Energieproblem. Solange die wirtschaftlich starken mit den ärmsten Ländern der Welt um das Erdöl pokern müssen, wird sich die gespannte Lage nicht bessern.“¹⁾ Buddenberg, Chef der deutschen BP, hat den Gegnern der Atomenergie vorgehalten, das dann nicht ersetzte Öl müßte letztlich den Entwicklungsländern genommen werden.²⁾ Von einigen Politikern ist diese Argumentation bereits übernommen worden. So Landwirtschaftsminister Ertl: „So ist es auch sehr bedenklich, wenn die Industrieländer die immer knapper werdenden Ölvorräte beanspruchen, die die Dritte Welt so dringend zur Milderung des Hungers und zum Aufbau ihrer Wirtschaft braucht. Schon allein aus diesem Grund müssen sich die westlichen Industriestaaten stärker der Kernenergie zuwenden.“³⁾ Auch im Sozialdemokratischen Pressedienst Wirtschaft fand sich Entsprechendes unter dem Titel: „Verantwortlich für die Dritte Welt handeln. In der Energiepolitik brauchen wir dringend Kernkraftwerke.“⁴⁾

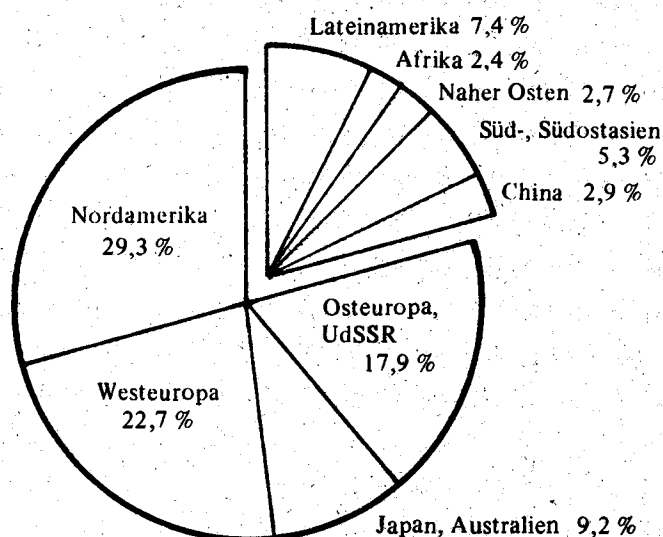
Nun mag es einen wundern, daß eine gerechte Verteilung der Ressourcen zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt plötzlich zu einem so massiv vertretenen Ziel des Handelns von Politikern und Industriellen geworden sein soll; mit einem solchen Erstaunen ist aber das vorgebrachte Argument nicht beantwortet. Im folgenden soll diskutiert werden, ob die Energiestrategie, die auf den weiteren Ausbau der Atomenergie setzt, Energieressourcen für die Dritte Welt freisetzt, bzw. ob ein Verzicht auf die Atomenergie – wie behauptet – zu Lasten der Energieversorgung der Dritten Welt ginge.

Die Dritte Welt wird mehr Energie brauchen

Der heutige Primärenergieverbrauch der Welt, der etwa 6,9 Mrd. t Öl oder etwa 10 Mrd. t Kohle (1980) entspricht, ist sehr ungleich verteilt. Allein Nordamerika verbraucht mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 6 % fast ein Drittel des Primärenergieverbrauchs der Welt. Alle westlichen und östlichen Industrieländer zusammen haben einen Anteil am Weltenergieverbrauch von fast 80 %, während ihr Anteil an der Weltbevölkerung etwas über einem Viertel liegt (siehe Schaubild). Entsprechend ungleich ist der Energieverbrauch pro Kopf.

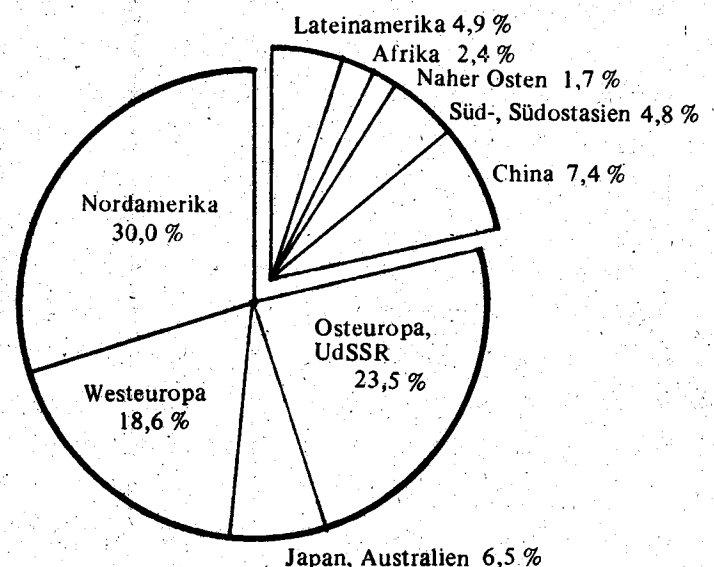
Aber Zahlen über den unterschiedlichen Energieverbrauch pro Kopf geben nur die halbe Wahrheit wieder, da sie als Durchschnitt nicht die Verteilung innerhalb der Länder der Dritten Welt berücksichtigen: Auch hier ist die Verteilung krass ungleich. Eine kleine Oberschicht in den Metropolen hat einen Lebensstandard und einen Energieverbrauch,

Aufteilung des Weltölverbrauchs 1980⁵⁾



Weltölverbrauch: 3,0 Mrd. t
 Industrieländer: 79,2 %
 Entwicklungsländer: 20,8 %

Aufteilung des Weltenergieverbrauchs 1980⁵⁾

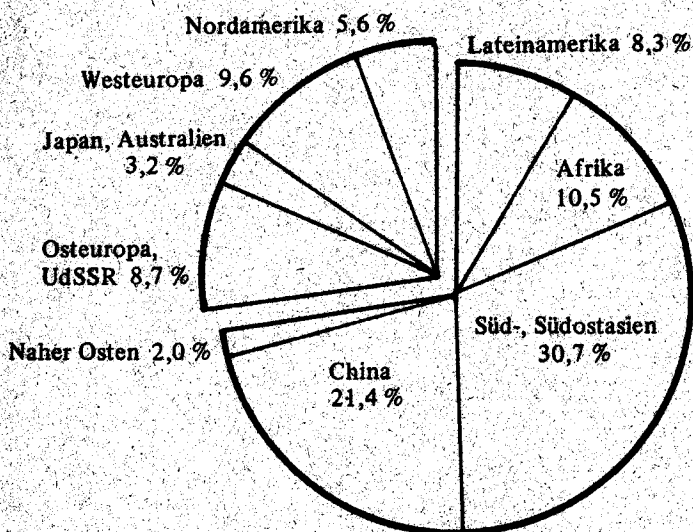


Weltenergieverbrauch: 6,9 Mrd. t Öleinheiten
 Industrieländer: 78,7 %
 Entwicklungsländer: 21,3 %

der dem in den Industrieländern entspricht, während die breite Masse weit weniger Energie verbrauchen kann, als der Landesdurchschnitt angibt.

Das Argument „Die Industrieländer müssen die Atomenergie vorantreiben, um für die Dritte Welt Öl zu sparen“ sagt, für die Entwicklung der Dritten Welt sei eine Ausweitung ihres Energieverbrauches unabdingbar. Nun ist der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Entwicklung keineswegs so eindeutig, wie das im Rahmen dieser Argumentation behauptet wird. In die Summe des Energieverbrauchs eines Landes geht der Verbrauch der kleinen, am Leben in den westlichen Industrieländern orientierten Oberschicht ebenso ein wie der Energieverbrauch in exportorientierten Industrieneklaven, die mit der nationalen Wirtschaft nicht verbunden sind. Auch kann ein erhöhter Energieeinsatz entwicklungshemmend sein, wenn eine kapital- und energieintensive und damit arbeitssparende Produktionsweise den Abbau der Arbeitslosigkeit verhindert und somit die breite Masse von der Verteilung des erwirtschafteten Einkommens ausschließt. Aber auch ein Entwicklungsweg, der an den Grundbedürfnissen der breiten Massen ausgerichtet ist, wird durch den Aufbau eines eigenen Grundstoff- und Produktionsgütersektors sowie eines Bereiches zur Produktion von Massenkonsumgütern zu einem erhöhten Energieverbrauch führen. In den Ländern, die nicht über ausreichende Möglichkeiten zur Nutzung der Wasserkraft verfügen, wird Öl eine bedeutende Rolle bei der Stromerzeugung spielen. Der Transportsektor beruht auf Öl. Zwar könnte er langfristig auch mit synthetischem Treibstoff aus Biomasse (z.B. Zuckerrohr) betrieben werden, aber die Folge einer solchen Umstellung für die Nahrungsmittelversorgung in der Dritten Welt wäre verheerend, da der Nahrungsmittelanbau zurückgedrängt würde.“ Eine Ausweitung des Verbrauchs der traditionellen Energiequelle Holz wäre aus ökologischen Gründen schädlich. Auch wenn die regenerativen Energiequellen Wind und Biogas einen Teil des Energieverbrauchs decken können, werden die Entwicklungsländer ohne Öl auf wachsende Energieimporte angewiesen sein. Öl wird hierbei eine überragende Rolle spielen. Je mehr die begrenzten

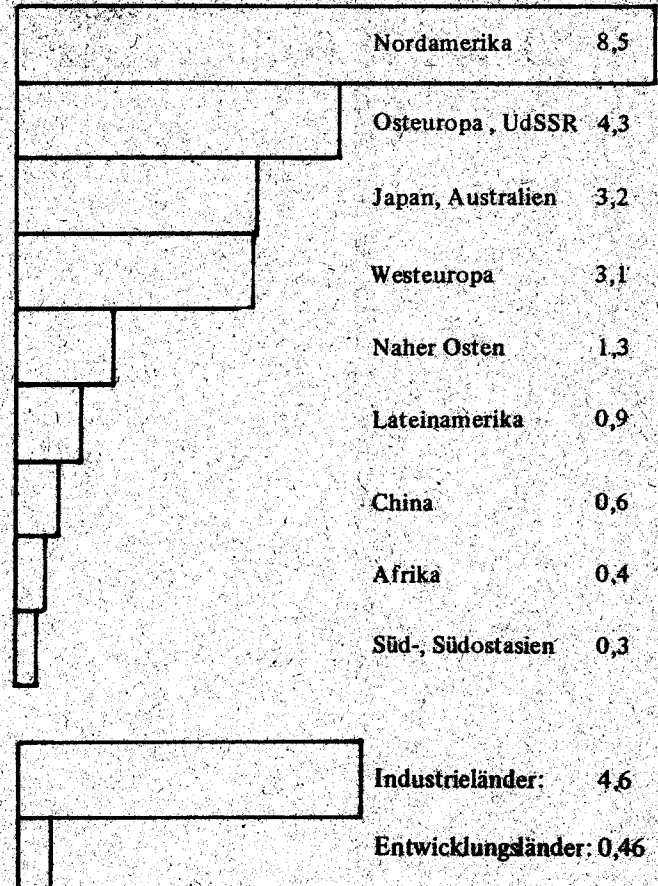
Aufteilung der Weltbevölkerung 1980⁵)



Weltbevölkerung: 4,3 Mrd.
Industrieländer: 27,1 %
Entwicklungsländer: 72,9 %

Pro-Kopfverbrauch an Energie 1980⁵)

— in t Öleinheiten —



Energieressourcen von den Industrieländern beansprucht werden, desto schwerer wird es den Ländern der Dritten Welt fallen, ihren Energiebedarf zu decken. Soweit ist der hier zur Diskussion stehenden Argumentation zuzustimmen.

Spart der Energieweg, der auf den weiteren Ausbau der Atomenergie setzt, Öl?

Weitverbreitete Ansicht in der gegenwärtigen Energiediskussion ist die Annahme, die Energiestrategie, die auf den weiteren Ausbau der Atomenergie setzt, würde gleichzeitig Öl und andere fossile Energieträger einsparen. Nur wenn dies zutrifft, hat das Argument, mit dem Ausbau der Atomenergie würden Energieträger für die Dritte Welt freigesetzt, einen Sinn. Die üblichen Prognosen des zukünftigen BRD-Bedarfs an Primärenergieträgern nehmen für das Industrieland BRD, das schon heute über einen hohen Pro-Kopf-Energieverbrauch verfügt, weiterhin erhebliche Zuwächse an. Die gültige, zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung nimmt für das Jahr 2000 einen Primärenergieverbrauch von 600 Mio t SKE (Steinkohleeinheiten) an, gegenüber 347,7 Mio t SKE 1975. In dieser Fortschreibung ist die Bundesregierung noch davon ausgegangen, daß im Jahre 2000 etwas mehr als ein Viertel des prognostizierten Verbrauchs durch Atomenergie gedeckt werden kann; der Beitrag der Atomenergie sollte gegenüber 1975 auf mehr als das Zwanzigfache gesteigert werden (1975: 7,1 Mio t SKE, 2000: 163 Mio t SKE). Trotz dieses gewaltigen Ausbaus der Atomenergie wäre der „Rest“, der nicht durch Atomenergie gedeckter Teil des prognostizierten Verbrauchs, höher als der heutige Gesamtverbrauch. Im Programm der Bundesregierung ist für das Jahr 2000 ein Verbrauch der fossilen Energieträger vor-

gesehen, der nochmals deutlich über dem heutigen Verbrauch liegt (1975: 331 Mio t SKE; 2000: 399 Mio t SKE). Trotz eines massiven Ausbaus der Atomenergie wird das Energieproblem also nicht kleiner, sondern größer.⁷⁾ Die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Deutschen Bundestages hat einen energiepolitischen Pfad berechnet, der dem Energieprogramm der Bundesregierung (in seiner zweiten Fortschreibung) etwa entspricht: Energieeinsparungen werden nur in dem bisherigen – niedrigen – Trend veranschlagt. Für das Jahr 2000 wird der gleiche Primärenergieverbrauch prognostiziert wie von der Bundesregierung (600 Mio t SKE), für das Jahr 2030 sogar 800 Mio t SKE. Zur Deckung eines Teils dieses Verbrauchs werden Atomkraftwerke mit einer Leistung veranschlagt, die für das Jahr 2000 knapp 60, für das Jahr 2030 etwa 125 Atomkraftwerken mit 1300 Megawatt (etwa Biblis B) entspricht. Jährlich müßten etwa drei bis vier Atomkraftwerke dieser Größe in Auftrag gegeben werden. Im Jahre 2030 müßten jährlich etwa vier solcher Atomkraftwerke als Ersatzinvestition, d.h. als Ersatz für nicht mehr arbeitende, als Ruinen in der Landschaft stehende Atomkraftwerke gebaut werden. Und trotzdem: Zur Deckung des stark gestiegenen Verbrauchs muß in diesem Szenario der Einsatz von Erdöl und Erdgas gleichbleiben, der Einsatz der Kohle in den nächsten 50 Jahren verdoppelt werden. Die BRD würde weiterhin in hohem Maße Erdöl und Erdgas und in steigendem Maße auch Kohle und Natururan importieren müssen.⁸⁾ Trotz des massiven Ausbaus der Atomenergie kann also keine Rede davon sein, daß die BRD Energieträger freisetzen würde, die anderen, etwa der Dritten Welt, fehlen. Ohne eine Energiestrategie, die auf starke Einsparung von Energie durch bessere Nutzung setzt, wird das Gegenteil der Fall sein.

Und weltweit?

Wie sähe weltweit die Energieversorgung aus, wenn der Pro-Kopf-Verbrauch auch in den Industrieländern weiter zunähme und gleichzeitig die Atomenergie massiv ausgebaut würde? Das Programm Energiesysteme des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA) bei Wien hat hierzu unter der Leitung von W. Häfele (Kernforschungszentrum Karlsruhe) Prognosen aufgestellt. Die Forschergruppe prognostiziert für das Jahr 2030 in einem „niedrigen“ Szenario einen Weltenergieverbrauch von 22,4 Terrawattjahren, und in einem hohen Szenario von 35,7 Terrawattjahren, sie nimmt also gegenüber 1975 eine Verdreifachung bzw. Vervielfachung des Weltenergieverbrauchs an (1 Terrawattjahr pro Jahr – TWa/a – entspricht etwa 1 Mrd. t SKE). Die deutsche Zusammenfassung des IIASA-Berichts⁹⁾ wimmelt geradezu von Hinweisen auf die Notwendigkeit, die krassen Unterschiede im Energieverbrauch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abzubauen. Die Zahlen sprechen allerdings eine ganz andere Sprache. Zwar steigt in den Szenarien des IIASA der Primärenergieverbrauch der Industrieländer mit geringeren Wachstumsraten als der der Entwicklungsländer; ein Ausgleich kann aber so nicht stattfinden. Ein Nordamerikaner, der heute durchschnittlich mehr als 50 mal so viel Energie verbraucht als ein Bewohner Schwarzafrikas und des nichtkommunistischen Asiens, wird im Jahre 2000 „nur“ noch 30 mal und 2030 „nur“ noch 20 mal soviel verbrauchen. Der absolute Verbrauchsunterschied nimmt in diesen Szenarien dagegen noch zu. Während der Nordamerikaner heute durchschnittlich etwa 11 kW/a mehr verbraucht als ein Bewohner Schwarzafrikas und des nichtkommunistischen Asiens, wird er, je nach Szenario, im Jahre 2030 einen Mehrverbrauch von 13 bzw. 18 kW/a haben.¹⁰⁾ 60 % der Energie, die

zur Lage Betr. Energie

Die Krise um Afghanistan,
die Lage in Persien,
die bedrohlichen Ölpreis-
steigerungen zeigen:
Wir brauchen zusätzliche
Energiequellen, Alternativen
zum Öl. Wir brauchen
die Kernkraft. Auch gegen
Eppler und seine SPD.

Wenn Sie am 18. März nicht
zum Wählen gehen können:
machen Sie Entschuldigung!
Keine Stimme darf fehlen!

CDU 

Kernenergie spart Öl: CDU-Wahlanzeige in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (1980)

im Jahre 2000 mehr verbraucht wird als heute (und 50 % des Mehrverbrauchs im Jahre 2030) wird – den IIASA-Szenarien zufolge – in den Industrieländern verbraucht werden, auf die schon 80 % des heutigen Verbrauchs fallen. Obwohl nur etwa 10 % des Weltbevölkerungswachstums in den nächsten 50 Jahren (8 Mrd. Menschen 2030 gegenüber 4 Mrd. 1975) auf die Industrieländer entfallen wird, soll – so die Prognosen – der Löwenanteil des Verbrauchswachstums den Industrieländern gehören.¹¹⁾ Für die Vervielfachung des Weltenergieverbrauchs werden also in erster Linie die Industrieländer verantwortlich sein, die schon heute über einen hohen Pro-Kopf-Verbrauch verfügen, und nicht – wie man eigentlich erwarten würde und wie einem im verbalen Beiwerk zu den Zahlen suggeriert wird – die Entwicklungsländer, die heute wenig verbrauchen und zudem eine stark wachsende Bevölkerung haben.

Und wie soll – den IIASA-Szenarien zufolge – der gegenüber heute verdreifachte bzw. vervierfachte Weltenergiebedarf gedeckt werden? Trotz massivem Ausbau der Atom- und insbesondere der Brütertechnologie (auf das 40fache ihres Wertes von 1975) werden drei- bis fünfmal soviel Kohle wie heute, zwei- bis viermal soviel Erdgas und 1,4 bis 1,9 mal soviel Erdöl verbraucht werden.¹²⁾ Auch in weltweitem Rahmen zeigt sich: Ohne Strategien der Energieeinsparung durch bessere Nutzung insbesondere in den Industrieländern wachsen die Energieprobleme weiter. Es dürfte eindeutig sein, daß im Falle von Versorgungsengpässen – etwa wenn die Förderländer zur Wahrung ihrer langfristigen Interessen nicht zu Fördersteigerungen bereit

sind, die den IASA-Prognosen entsprechen — die relativ kaufkräftigeren Industrieländer in der Konkurrenz mit den Entwicklungsländern um ein knappes Energieangebot die Oberhand behielten.

Wieviel Öl kann durch ein Atomkraftwerk denn eingespart werden?

Ob es um die Durchsetzung eines Atomkraftwerks in Wyhl geht oder um Biblis C, der Hinweis auf das dadurch ersetzte Öl fehlt nicht. Atomkraftwerke erzeugen Strom; Strom ist aber eine Endenergie, die in der BRD praktisch unabhängig vom Öl ist. Strom wird nur zu etwa 6 % aus Öl erzeugt, hauptsächlich für Spitzenlast, die nicht durch Atomenergie erzeugt werden kann.¹³⁾ Um also Öl durch Strom ersetzen zu können, müßte der Strom zur Raumheizung eingesetzt werden. Wieviel Öl könnte ein Atomkraftwerk dann ersetzen? Legen wir wieder ein Atomkraftwerk mit 1300 Megawatt zugrunde, also den größten bisher in der BRD gebauten oder geplanten Typ. Bei einer Arbeitsverfügbarkeit von 60 % erzeugt ein solches Kraftwerk pro Jahr 0,84 Mio t SKE (Steinkohleeinheiten) Strom¹⁴⁾, was etwa 0,59 Mio t Öl entspricht. 1980 verbrauchte die BRD 131,1 Mio t Öl¹⁵⁾. Ein Groß-Atomkraftwerk könnte, würde sein Strom ausschließlich zum Ersetzen von Öl genutzt, zu einer Senkung des BRD-Ölverbrauchs um nicht einmal 0,5 % führen.^{14a)}

Der Ölverbrauch der BRD war 1980 um 16 Mio t niedriger als 1979¹⁶⁾, während die nukleare Energieerzeugung sich nicht verändert hat.¹⁷⁾ Das weniger verbrauchte Öl ist also nicht durch Atomstrom ersetzt worden, sondern durch Verbrauchssenkung und bessere Nutzung eingespart worden. Nur um die eingesparte Menge von 16 Mio t durch Atomstrom zu ersetzen, hätten 27 große Atomkraftwerke mit 1300 Megawatt gebaut werden müssen. Sie hätten allerdings erst nach einer Bauzeit von sechs bis acht, möglicherweise auch mehr Jahren zum Ölersatz beitragen können — einmal vorausgesetzt, 27 Atomkraftwerke wären überhaupt politisch durchsetzbar — während Einsparungen schon heute Wirkung zeigen. Atomkraftwerke können also nur sehr wenig Öl ersetzen und sie können es nur mit langen Verzögerungen. Auch das spricht gegen das Argument, wir bräuchten in der BRD Atomkraftwerke, um für die Dritte Welt Öl zu sparen.

Wie knapp ist Öl? Wie knapp ist Uran?

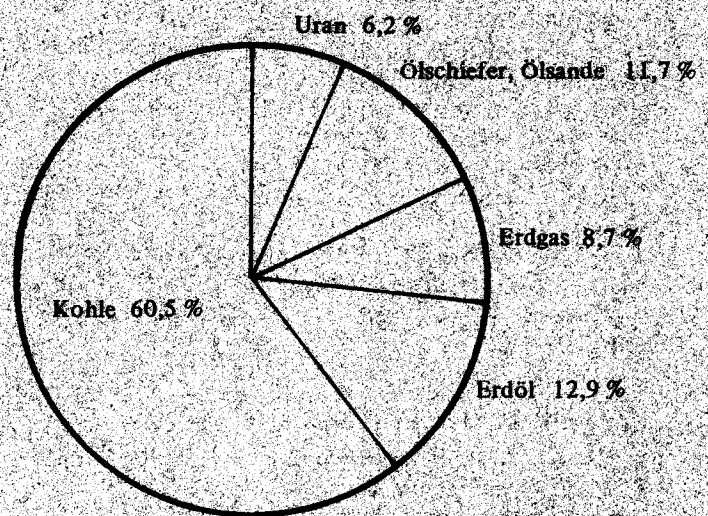
Fester Bestandteil des Arguments, durch Atomenergie müsse Öl ersetzt werden, ist der Verweis auf die knappen Ölreserven. 30 Jahre würde das Öl noch reichen, ist eine Ansicht mit weiter Verbreitung. Auf 30 Jahre kommt man, wenn man die nachgewiesenen Ölreserven von etwa 90 Mrd. t durch den heutigen Weltölverbrauch von 3 Mrd. t teilt.¹⁸⁾ Als nachgewiesene Reserven werden aber nur Vorkommen erfasst, die heute bereits bekannt, unter heutigen technischen und ökonomischen Bedingungen förderbar und bereits zur Produktion ausgetestet oder hierzu bestimmt sind.¹⁹⁾ Die Höhe der nachgewiesenen Reserven ist somit abhängig von den Suchanstrengungen und den sonstigen Investitionsentscheidungen der Ölgesellschaften. Der Erdölgeologe Beckmann: „Für Unternehmen, die in die Ölsuche sehr viel Geld investieren müssen, sind 30 Jahre durchaus eine lange Zeit. Warum sollen sie jetzt schon Öl erschließen, das sie erst in 40 oder 50 Jahren verkaufen können?“²⁰⁾

Will man also beurteilen, welche Rolle Öl in der zukünftigen Energieversorgung spielen kann, muß man Schätzungen über die gesamten gewinnbaren Ölressourcen und diejenigen anderer Energieträger zugrundelegen. Die letzte Welt-

energiekonferenz 1980 in München hat hierzu Schätzungen angegeben (siehe Schaubild). Sogenanntes konventionelles Öl (Öl, wie es heute gefördert wird) ist knapp in Relation zur Kohle. Die verfügbar zu machenden Ressourcen an konventionellem Öl entsprechen etwa dem Hundertfachen des heutigen Weltölverbrauchs und Öle, die — übrigens mit großen Umweltproblemen — zusätzlich aus Ölschiefer und Teersanden gewonnen werden können, entsprechen etwa dem 150fachen des heutigen Ölverbrauchs. Uran unter heutigen Reaktorausnutzungsgraden aber hat einen weit kleineren Anteil an den heute verfügbaren Reserven wie an den zu erschließenden Ressourcen als Öl, an den Ressourcen insgesamt nur einen Anteil von 1,3 %. Erst die Brutertechnologie würde den Atomenergieanteil erhöhen. Wenn also Reaktoren, wie sie in Biblis stehen oder in Wyhl gebaut werden sollen, mit dem Hinweis gerechtfertigt wer-

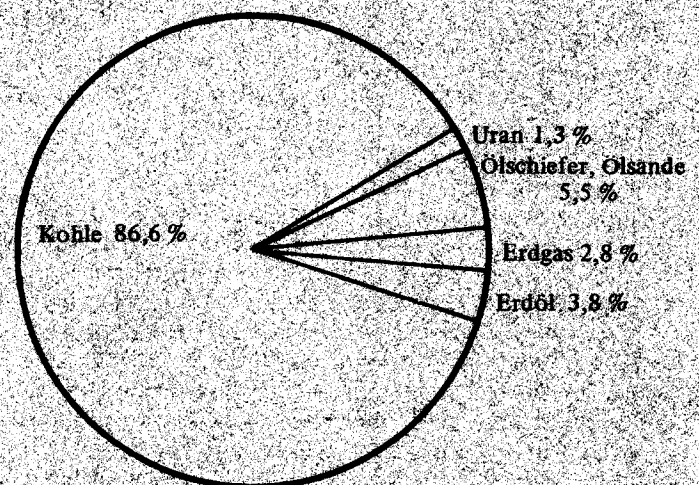
Vorräte an fossilen Energieträgern und Uran²¹⁾

Nachgewiesene und förderbare Reserven



Weltenergiereserven: 740 Mrd. t Öleinheiten

Verfügbar zu machende Ressourcen

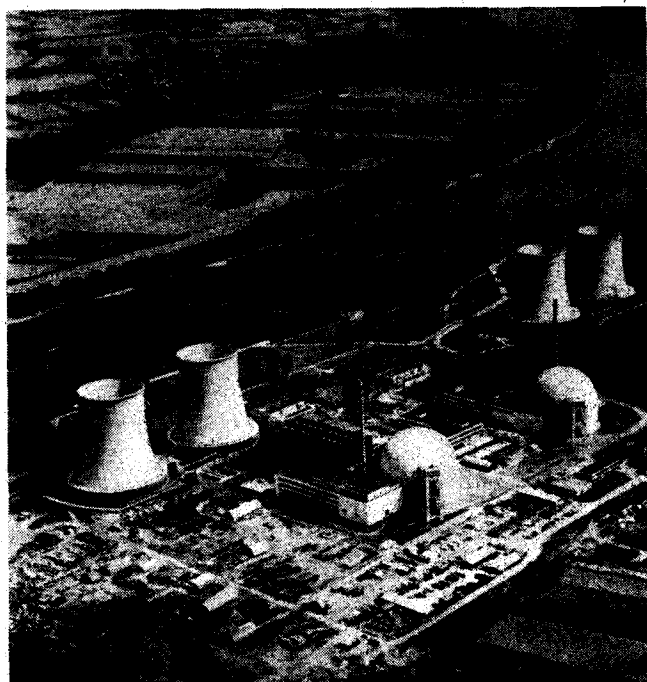


Weltenergieressourcen: 8 333 Mrd. t Öleinheiten

Zum Vergleich Weltenergieverbrauch 1980:
6,9 Mrd. t Öleinheiten

(Uran unter heutigen Reaktorausnutzungsgraden)

den sollen, die knappen Ressourcen für die Weltenergieversorgung würden diese Reaktoren erfordern, so ist dies eine bewußte Irreführung: Auch die Protagonisten einer Atomzukunft wie etwa die Mitarbeiter der ILASA-Gruppe entwerfen Szenarien, die hauptsächlich auf Kohle, Öl und Gas beruhen.



Biblis

Eine Strategie besserer Energienutzung ist notwendig

Die Verfechter der nuklearen Zukunft bemühen in ihrer Argumentation die Dritte Welt zu Unrecht: Die Energiestrategie, die auf eine weitere Ausdehnung des Energieverbrauchs und den gleichzeitigen massiven Ausbau der Atomenergie setzt, spart kein Öl; die Atomenergie kann nicht einmal annähernd den Mehrverbrauch decken. Auch der Bau zahlreicher, neuer Atomkraftwerke, deren Strom ausschließlich zum Ersatz von Öl verwandt würde, würde nur relativ geringe Öleinsparungen bewirken. Beides zeigt drastisch die Notwendigkeit, durch bessere Nutzung der Energie den Verbrauch in den Industrieländern zu stabilisieren oder, wenn möglich, zu senken. Würde eine solche Energiestrategie in den Industrieländern durchgesetzt, so würden auch die Chancen für die Dritte Welt verbessert, ihren Energiebedarf zu befriedigen. Für die BRD hat ein Autorenteam des Freiburger Öko-Instituts ein Szenario berechnet²²), das die Möglichkeiten einer solchen Strategie absteckt.

Das Team stellt folgende Frage: „Ist es technisch möglich und wirtschaftlich machbar, daß sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft bei weiterem Wirtschaftswachstum mit Energie versorgen kann — aber ohne Einsatz von Kernenergie und mit rasch sinkendem Erdöleinsatz?“ In einem 50 Jahre umfassenden Szenario berechnen die Autoren des Öko-Instituts die Entwicklung des Energieverbrauchs, die möglich ist, wenn der besseren Energienutzung oberste energiepolitische Priorität zukommt. Hierbei berücksichtigen sie Nutzungstechniken, die heute verfügbar und erprobt sind. Sie lassen viele Möglichkeiten außer Acht, durch veränderte Verhaltensweisen, wie beispielsweise durch Verlagerung vom Individual- zum Kollektivverkehr, Energie zu sparen. Die Autoren legen zudem recht optimistische Annahmen über das Wirtschaftswachstum zugrunde. Mit ihrem Szenario wollen sie eine Ober-

grenze bestimmen, über der der Energieverbrauch als Folge schlechter Energienutzung anzusehen ist.

Einsparungsmöglichkeiten

Bei den Überlegungen zur besseren Energienutzung ist die Unterscheidung zwischen Energieverbrauch und Energiedienstleistung grundlegend. Für die selbe Energiedienstleistung „warmes Haus“ zum Beispiel müssen je nach Qualität der Wärmedämmung völlig unterschiedliche Heizölmengen verbrannt werden: Für ein Einfamilienhaus mit 100 Quadratmetern pro Winter 3900 Liter bei dem überwiegenden Gebäudebestand der BRD, 2100 Liter bei heutigen Bauvorschriften, 1000 Liter bei dem heute in Schweden üblichen Baustandard. Schon heute werden Häuser kommerziell angeboten, deren Isolierung die Wärmeverluste auf ein Zehntel bis ein Zwanzigstel senkt.

Bei Autos kann durch den Ersatz von Stahl und Eisen durch Kunststoffe, geringeren Luftwiderstand, Gürtelreifen, verbesserte Motoren und Getriebe der Kraftstoffverbrauch um 60 % gesenkt werden. Auch bei Haushaltsgeräten bestehen erhebliche Möglichkeiten besserer Energienutzung. Bei Kühlschränken beispielsweise kann der Stromverbrauch durch bessere Wärmedämmung des Geräts und durch eine verdreifachte Wärmetauscherfläche auf ein Sechstel gesenkt werden. Auch bei den anderen Stromverschwendern im Haushalt, Gefriergeräte, Waschmaschinen, Spülmaschinen, Herde, rechnen die Autoren erhebliche Einsparungsmöglichkeiten vor. Dabei können sie sich auf Analysen stützen, die zum Teil von der Elektrizitätswirtschaft selbst stammen.

Beim Energiebedarf der Industrie ist zu berücksichtigen, daß der Verbrauch der einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich ist: So verbraucht die Grundstoffindustrie (Eisen, Stahl, Metalle, Chemie u.a.) mehr als 70 % der industriellen Energie, während die Investitionsgüterindustrie mit mehr als 50 % der Industriebeschäftigten nur etwa 10 % des industriellen Energieverbrauchs benötigt. Gerade aber die energieintensive Grundstoffindustrie wächst weniger stark als die anderen Sektoren der Industrie, und die Industrie wiederum wächst weniger stark als der Dienstleistungsbereich. Schon allein dieser Strukturwandel bewirkt, daß das Wachstum des Energieverbrauchs auch ohne Maßnahmen besserer Energienutzung hinter dem wirtschaftlichen Wachstum zurückbliebe. Durch bessere Energienutzung läßt sich der Energieverbrauch der Industrie auch absolut senken. Durch die Kopplung von Produktionsvorgängen kann die Wärme, die bei einem Produktionsprozeß als Abwärme anfällt, für einen zweiten nachgeschalteten Prozeß eingesetzt werden, ohne daß für diesen ein zusätzlicher Einsatz von Energie nötig ist. Durch diese Prozeßkopplungen sind besonders hohe Einsparungen zu erreichen.

Die Berechnungen zu den möglichen Einsparungen beim industriellen Energieverbrauch stützen sich auf eine Studie, die für das Bundesministerium für Forschung und Technologie erstellt wurde. Bezeichnenderweise ist der Inhalt dieser Studie nur äußerst zaghaft öffentlich verbreitet worden.

Bei ihrer Berechnung des künftigen Energiebedarfs nehmen die Autoren an, daß die Techniken der besseren Energienutzung ausschließlich im Zuge sowieso fälliger Ersatz- und Instandsetzungsmaßnahmen eingeführt werden. Bei Haushaltsgeräten beispielsweise mit einer Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren würden, nachdem die energiesparenden Geräte auf dem Markt sind, jedes Jahr etwa 7 bis 10 % der Geräte ersetzt. Die Verbesserung der Wärmedämmung erfolgt, um die Kosten zu senken, im Rahmen der Renovie-

rungen, die im Mittel alle 25 Jahre erfolgen. Das bemerkenswerte Ergebnis dieser Berechnungen: Trotz Wirtschaftswachstum, also trotz wachsender Energiedienstleistungen, kann der Energieverbrauch (Endenergiebedarf) auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Im Jahre 2000 wird er 20 % unter dem Niveau von 1973 liegen. Bessere Energienutzung, der wirtschaftliche Strukturwandel und der Bevölkerungsrückgang werden dazu führen, daß der Energieverbrauch bis zum Jahre 2030 auf fast die Hälfte des heutigen Verbrauchs zurückgeht. Natürlich ist dies nur zu erreichen, wenn der besseren Energienutzung besondere Priorität zukommt.

Wie kann dieser Energiebedarf gedeckt werden?

Die Autoren des Öko-Instituts haben verschiedene Varianten durchgerechnet. Dabei soll der Strom zum Teil in sogenannten Kraft-Wärmekopplungsanlagen erzeugt werden. Solche Anlagen bewähren sich bereits im Alltag. „So versorgen die Stadtwerke in Heidenheim ihre Kunden mit Wärme und Strom aus Blockheizkraftwerken in unmittelbarer Verbrauchernähe: gasgetriebene Verbrennungsmotoren mit angekoppelten Stromgeneratoren erzeugen hier Strom, während die Motorabwärme über einen Warmwasserkreislauf die Häuser in der Nachbarschaft heizt.“

Bei diesen Anlagen kann bis zu 90 % der eingesetzten Energie als Strom oder Wärme genutzt werden, während bei der zentralen, nicht mit Wärmeerzeugung gekoppelten Stromerzeugung Zweidrittel der eingesetzten Primärenergie als Abwärme verloren gehen. Auch die vorwiegend im norddeutschen Raum gegebenen Möglichkeiten der Nutzung der Windkraft zur Stromerzeugung werden berücksichtigt. Nicht erfaßt ist der Strom, den Solarzellen abgeben können. Wenn diese Art der Stromerzeugung wirtschaftlich wird, kann der Einsatz fossiler Brennstoffe wie Kohle oder Gas oder die Nutzung des Windes entsprechend reduziert werden. Treibstoffe können nicht nur aus Erdöl, sondern auch aus Kohle

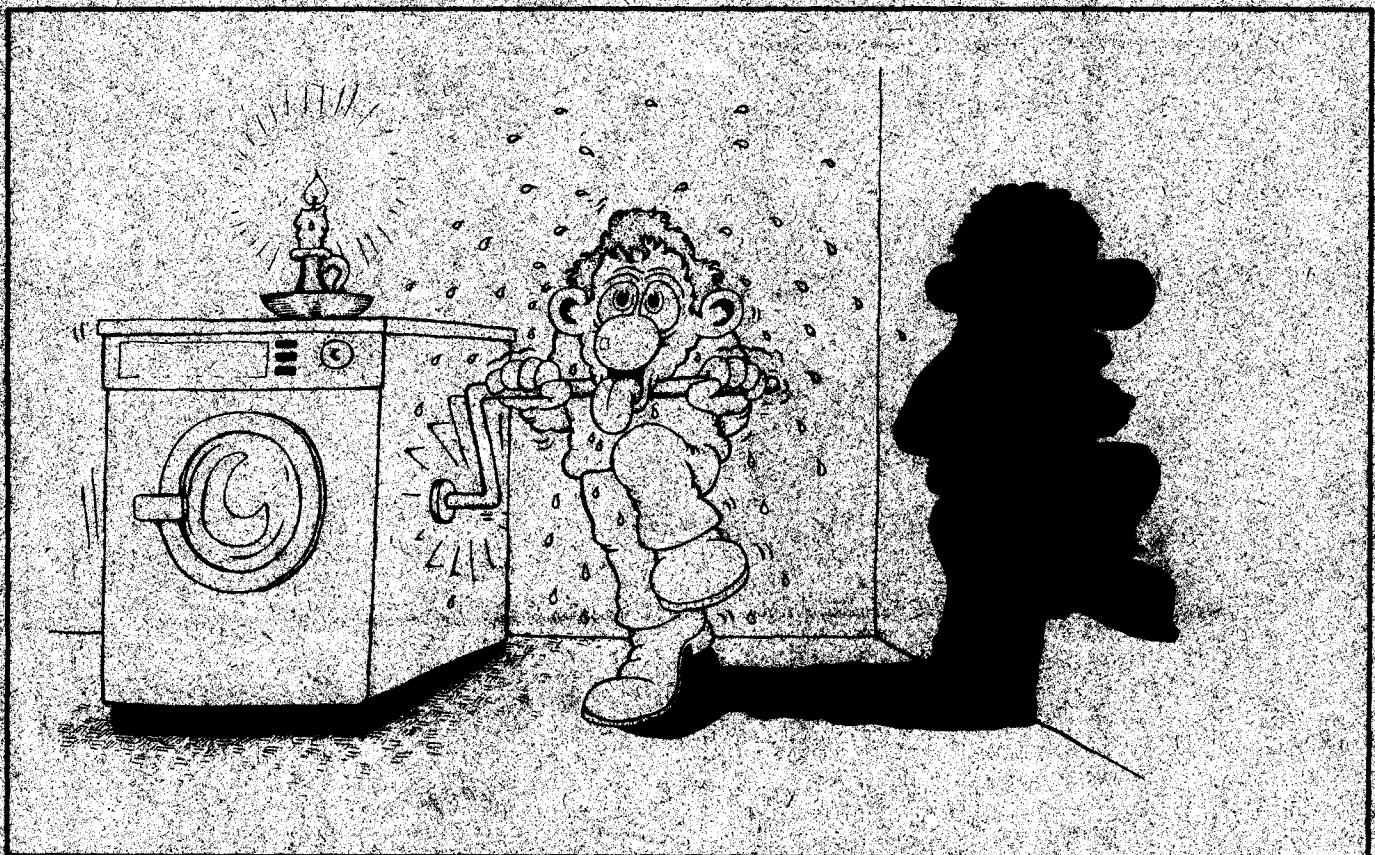
oder aus Biomasse wie landwirtschaftlichen Abfällen oder Holz erzeugt werden.

In einer der Varianten der Deckung des Energieverbrauchs werden Erdöl und Erdgas in den nächsten 30 bis 40 Jahren völlig ersetzt. Diese Variante stellt also den Extremfall dar, dem die Energieversorgung ausgesetzt sein könnte. Der Energiebedarf, wie er sich bei konsequenter besserer Energienutzung stellt, kann durch Kohle, Wind, Sonne für Niedertemperaturwärme und durch Biomasse gedeckt werden. Der Kohlebedarf würde die Einsatzmenge von 1974 nicht überschreiten. Die erneuerbaren Energiequellen könnten einen Anteil von etwa 45 % am Energieverbrauch decken. Unabhängige Voraussetzung für diese hohe Bedeutung erneuerbarer Energiequellen ist allerdings, daß die Möglichkeiten besserer Energienutzung konsequent ergriffen werden.

Die Berechnungen des Öko-Instituts zu den Möglichkeiten einer Energieversorgung mit sinkendem Primärenergieverbrauch sind scharf kritisiert worden, insbesondere von der Kernforschungsanlage Jülich, ²³) deren auf einer Pressekonferenz getroffenen abkatzenden Formulierungen, „in der Sache unzutreffend, in der Analyse fehlerhaft, in der Intention illusionär“, ein breites Presseecho gefunden haben. Aber auch die Jülicher hielten die vorgeschlagenen Einsparungen im Prinzip für technisch machbar; ihre harten Kritikpunkte führen nur zu geringfügigen Korrekturen des im Szenario des Öko-Instituts veranschlagten Energieverbrauchs. ²⁴)

Schlußfolgerungen

Die Vertreter der offiziellen Energiepolitik – Bundesregierung, Energieindustrie – können ihre Politik nicht glaubhaft mit Versorgungsinteressen der Dritten Welt rechtfertigen. Ihr Weg – weiter wachsender Energieverbrauch auch in den Industrieländern bei massivem Ausbau der Atom-



Volk ohne Strom: Aus einer der Panikanzeigen der Elektrizitätswerke

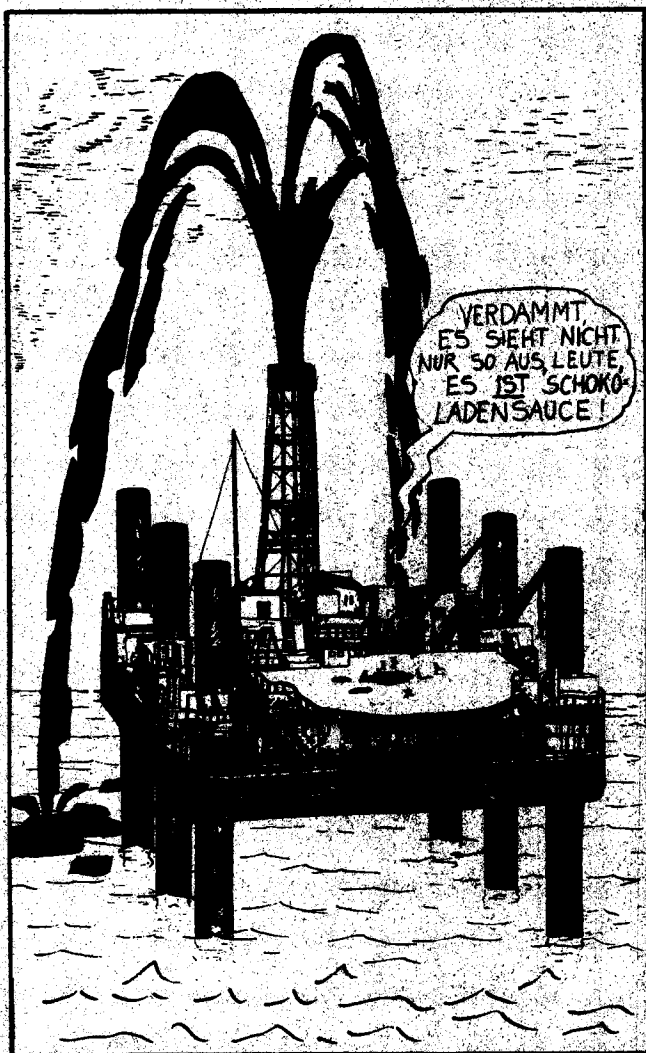
energie – wird zum Einsatz von noch mehr Öl, Kohle, Gas zwingen, da die Atomenergie nur einen Teil des Energie-mehrverbrauches decken könnte. Diese Energiestrategie setzt also keine Energieträger für die Dritte Welt frei. Von den Kritikern einer nuklearen Zukunft der BRD werden in verstärktem Maße Alternativen für die Energieversorgung aufgezeigt, die auf einer konsequenten besseren Nutzung der eingesetzten Energie beruhen. Eine solche Energiestrategie schafft die Möglichkeit, auch ohne Atomenergie den Verbrauch fossiler Energieträger zu senken, übrigens ohne daß der Zwang entsteht, die Waschmaschine mit hängender Zunge selber zu kurbeln, ohne den Schrecken eines „Volks ohne Strom“, den die Stromverkaufsunternehmen in Panikanzeigen an die Wand malen. Eine Strategie besserer Energienutzung in den Industrieländern ist die Voraussetzung für einen Abbau des Verbrauchsgefälles zwischen den Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt. Die hohen Pro-Kopf-Verbräuche, die etwa in den IIASA-Szenarien für die Industrieländer angenommen werden, könnten gar nicht weltweit realisiert werden. In ihrem hohen Szenario nimmt das IIASA einen Pro-Kopf-Verbrauch der Nordamerikaner von 19 kWa/a an. Wollten alle acht Milliarden Menschen, die für das Jahr 2030 erwartet werden, dann ebensoviel verbrauchen, müßte der Weltenergieverbrauch gegenüber heute verzwanzigfacht werden. Der jährliche Weltenergieverbrauch müßte dann einen Energieinhalt haben, der fast dem Anderthalbfachen aller heute nachgewiesenen Ölreserven entspricht. Die Rechnung mit diesem absurden Ergebnis soll zeigen, daß bei

weiterem Steigen des Pro-Kopf-Energieverbrauches in den Industrieländern das Gefälle im Energieverbrauch festgeschrieben werden muß. Nur eine Strategie, die durch bessere Energienutzung den Pro-Kopf-Verbrauch in den Industrieländern stabilisiert bzw. senkt, kann zu Recht das Argument einer gerechteren internationalen Verteilung für sich ins Feld führen. Ob eine solche Strategie – gegen die Expansionsinteressen der Energieverkaufsunternehmen – in der BRD durchsetzbar ist, wird von der weiteren Entwicklung der Umweltbewegung abhängen.

gc

Anmerkungen:

- 1) Informationskreis Kernenergie, Bonn: Anzeige für die Publikation „Energie-Story“.
- 2) H. Buddenberg: Eröffnungsrede, Energieforum '81, Berlin.
- 3) Rede von J. Ertl auf dem Hearing Global 2000 der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bonn (19./20.5.1981), abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung: Dokumentation. Global 2000, Mai 1981.
- 4) Horst Grannenberger in der Ausgabe vom 24.2.81, S. 5 ff.
- 5) British Petroleum Company: BP Statistical Review of the World Oil Industry 1980, London 1981, S. 20 u. 32; Statistisches Bundesamt: Statistik des Auslandes. Internationale Monatszahlen, Oktober 1980.
- 6) Zum brasilianischen Programm: Dieter Breuer: Benzin aus Alkohol. Probleme einer neuen Energietechnologie in Brasilien, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 4.11.1979.
- 7) Barbara Ruske, Dieter Teufel, Das sanfte Energie-Handbuch. Wege aus der Unvernunft der Energieplanung in der Bundesrepublik, Reinbek 1980 (rororo 4725), S. 156 f.
- 8) Zukünftige Kernenergiepolitik. Kriterien, Möglichkeiten, Empfehlungen. Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Teil I, Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung 1/80 (hrsg. vom Deutschen Bundestag), S. 75 – 79.
- 9) Robert Gerwin: Die Weltenergieperspektive. Analyse bis zum Jahr 2030 nach dem IIASA-Forschungsbericht „Energy in a Finite World“. Vorgelegt von der Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1980.
- 10) Ebd. Seite Tab. 10.2 und 10.5, S. 171 u. 186.
- 11) Ebd. Seite Tab. 9.2 und 10.2, S. 164 u. 171.
- 12) Ebd. S. 176 ff.
- 13) Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Hrsg.): Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland, Loseblattausgabe, Frankfurt 1971 ff. Ausgabe 1979; Klaus Trauber: Der Bau von Kernkraftwerken behindert die Öleinsparung, Frankfurter Rundschau 19.6.1981.
- 14) 1 t SKZ = 8130 kWh. Vgl. Dieter Teufel: Atomkraftwerke lösen das Ölproblem nicht, in: Blätter für dt. und intern. Politik, 4/81, S. 485 f.
- 14a) Berücksichtigt man, daß Öl zum Heizen hauptsächlich im Winter eingesetzt wird, der zum Ersatz des Öls benötigte Strom also nicht jahreszeitlich gleichmäßig verteilt benötigt wird, so ergibt sich eine noch höhere Kraftwerkskapazität, die zur Einsparung der gleichen Ölmenge erforderlich ist.
- 15) ESSO AG: Oeldorado, Ausgabe 1980, Hamburg 1981.
- 16) Ebd.
- 17) BP Statistical Review 1980, S. 31.
- 18) ESSO AG: Oeldorado, Ausgabe 1980.
- 19) Pierre Desprairies: Worldwide Petroleum Supply Limits. Ultimate Resources and Maximum Annual Production of Conventional Petroleum; Possible Resources of Unconventional Petroleum, in: World Energy Resources. The Full Reports of the Conservation Commission of the World Energy Conference, Guildford u. New York 1978, S. 17 ff.
- 20) Interview mit dem Erdölgeologen H. Beckmann, in: Geo, Nr. 2, Februar 1980, S. 156.
- 21) Heinz J. Schürmann: Versorgungsperspektiven und energiewirtschaftspolitische Schlussfolgerungen – Bestandsaufnahme nach der 11. Weltenergiekonferenz, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft 4/1980, S. 326. Unter den Ressourcen sind hier nur Energievorräte erfasst mit voraussichtlicher Wirtschaftlichkeit und technischer Förderbarkeit. Schätzungen zu Öl auch bei Desprairies (Fußnote 19).
- 22) F. Krause, H. Bossel, K.-F. Müller-Reßmann: Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts/Freiburg, Frankfurt 1980 (Verlag S. Fischer, DM 20,-).
- 23) K. Schmitz, A. Voss: Energiewende? Analysen, Fragen und Anmerkungen zu dem vom ÖKO-Institut vorgelegten „Alternativ-Bericht“, Aktionsbeiträge zur Energiediskussion Nr. 2, Kernforschungsanlage Jülich, April 1980.
- 24) K.-F. Müller-Reßmann/H. Bossel: Ein Bären dienst für die Kernenergie. Stellungnahme zur Kritik an der KFA Jülich an der „Energiewende“, Öko-Bericht Nr. 14 (Öko-Institut Freiburg).



Auf der Suche nach neuen Energiequellen

LESEBRRIEFE

Das: „Hefen des 1.3.56“, Nr. 95, Mai 1961,
S. 14 ff.

Kauf der Güter

Der oben genannte Artikel ist im Wesentlichen wohl richtig. Meiner Erwähnung macht ihr einen Fehler bei der Betrachtung des Fleischverbrauchs.

1. Obere Präzision: Kalorien statt Eiweiß

Die häufigste Fehleinschätzung heißt mangelnder Eiweißmangel, sondern Eiweißmangel. Oder ist es auch nicht? Selbst von diesem Standpunkt aus wäre ein zentraler Fleischverzehr unvernünftig gegenüber den Arafen. Für eine Nahrungskategorie benötigt man bei:

Hier: 1 Weizenkalorieneinheit(en)

Hier: 12

Hier: 4

Hier: 3

Hier: 10

Hier: 7

Laut Frances Moore Lappe „Die Öko-Diet“ S. 19 f. kommt man zu anderen Ergebnissen:

Zur Erzeugung einer Einheit tierisches Eiweiß bedarf es des Einsatzes folgender Mengen von pflanzlichen Eiweiß:

Hier: 16, Schwein: 6, Truthahn: 4, Eier: Brühhühner: 3,

1 Liter Milch: 1, Also: 1 Pfund Getreide oder Bohnen

und nötig, um 1 Pfund Rindfleisch zu produzieren. Als Maßstab gilt die Eiweißproduktion und nicht die Kalorienproduktion.

2. Tierzucht ohne Naturwiderstandsfähigkeit gegenüber den Menschen

Ein Rind benötigt kein hochwertiges Futter. Wilder Kauri leben von Gras, Rinde, Zellulose. Man hat sich schon Widerkauer mit ausgequelltem Apfelsinenabfall, Kakaoabfall, Kaffeebohnenresten und überreifen Bananen gefüttert. Viehhaltung ist sehr anwoll, wenn damit Abfall beseitigt werden kann oder wenn ein Land zum Anbau nicht geeignet ist. Zumindest Vieh pro Weide ist natürlich der höchste Ertrag. Man muß vor einer zu großen Viehdichte warnen. Als Konsequenz: Haustiere dürfen niemals Nahrungskonkurrenten für den Menschen werden, sondern nur unbrauchbares Land ökologisch nicht gefährdend nutzbar oder Abfall beseitigen. Sonst fressen wir mittels Tieren den Armut der Welt weg.

Von Euren Artikel muß man auf eine Verunsicherung des Lesers verzichten. Konsequenz wäre eine möglichst wenig Fleisch zu essen und auf Milch- und Eiweißprodukten, erst Schwein oder Geflügel umzustiegen. Der Löwenanteil des Essens sollte aus vegetarischen Lebensmitteln bestehen (geplant).

Hilke Beck, Chemnitz-Zentrum

Ihrer Artikel in Nr. 93 über die Pflanzenwelt in der 3. Welt zeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit auf das Leben der Natur und der Menschen die Chemiekongresse ihre Macht ausbreiten und nutzen. Der Aufsatz zeigt das Gefährliche, die von der Kongresse ausgeht, nicht deutlich. Ich habe es versucht, da darauf hinzuweisen. Dennoch ist es zu wünschen, daß etwas Ernsthaftes nicht der grundsätzliche Fehler entsteht, weil kein Weg in die Zukunft gezeigt.

Zum ersten Punkt: Jedes Pestizid, ob erlaubt oder verboten, zielt auf die Zerstörung eines Teils der Natur (Schadnackten, Pilze, ...). Der Gedanke eines biologischen Gleichgewichts zeigt einem schon, daß es ein Wunder in die Natur gegeben wird, danach an ganz anderer Seite als ungetriebene „Nebenwirkung“ zeigt. Aber auch folgender Gedanke wird kaum gedacht: Pflanze und Schadnackte gehören zusammen. Die Pflanzen, die durch Kunststoffe, besonders Stickstoff, im Wachstum getrieben wird, haben keine Substanz, keine

Widerstandskraft. Aber wenn man noch etwas tiefer denkt und beobachtet, was die sog. Schadnackten machen, kommt man darauf, daß sie an den Pflanzen selbst etwas anstellen, was der Mensch durch sein Gewandeln verursacht hat. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Kunststoffe und Giftigkeit. Die Ursache der Schwierigkeiten besteht darin, daß man nicht die Zusammenhänge und die Bedingungen des Lebens versteht. Man verwirrt die Naturwissenschaften der organischen und anorganischen Chemie auf etwas so Lebendiges wie die Pflanzen an.

Ein Weg, aus diesem Kreislauf der Gifte wird auf den biologisch-dynamischen Hofen gegangen. Man kann die Erfahrungen vor aber nicht einfach auf die 3. Welt übertragen. Es gibt Versuche, in der Tropen neue Wege zu gehen, wie z.B. in dem Verlag „Lebendige Erde“ als Sammelband unter dem Titel „Tropische Bodenbearbeitung“ veröffentlicht worden sind.

Armin Altes, Vöhring

Das: „Hefen des 1.3.56“, Nr. 91, Februar 1961,
S. 31 ff.

Günther-Bianchi

Bei der Beurteilung der in Afrika leider recht häufigen Tatsache scheint es uns für Freunde des afrikanischen Befreiungskampfes besonders wichtig, wiederum gegenüber den Vertretern des Imperialismus zu sein. Fortschrittliche Entwicklungen in afrikanischen Ländern zu machen. Unter Berücksichtigung nach (vgl. Arbeiterkampf 1961, 3.1.1961, S. 39) ist diese Gefahr bei dem Putsch vom 14.11.1960 in Guinea-Bissau gegeben, während es in einem Artikel von Altes (Hefen 91, Heft 31, S. 31 - 37) eher heruntergespielt wird, was wir nur ganz kurz an einigen Beispielen darzustellen wollen.

Ich habe in der Widersprüche und Unterschiede zwischen dem durch den Staatsstreich an die Macht gekommenen Revolutionär und den Kräften um die neo-koloniale Gruppe UPANG (die sich gegen eine angebliche kapitalistische Fremdherrschaft wendet) ein hohes Maß an Bewusstsein für die Ermordung anderer, beteiligt war und den Putsch begünstigt) auf ihr Spiel von zwei Parteien, eine davon demokratisch ist, kommt in das Spiel, das die beiden wollen. „Schwierigkeiten, die nicht zu lösen sind“, von der neuen Führung nicht zugelassen werden“ (S. 31) und „die revolutionäre Kräfte um Bourboul“ hatten den „Kapitalisten“, die Schuld an der Krise zugeschrieben“ (S. 36). Tatsache scheint uns dagegen zu sein, daß Mitglieder der Revolutionäre kaum eine Gelegenheit sahen, gegen den „kapitalistischen Kolonialismus“ und den „Mythos der Einheit“ (mit den Kapitalisten) zu polemisieren (wie z.B. der Vizepräsident der Revolutionäre

tes laut afrique-asie 232), was doch fatal an die alten tribalistischen Spaltungsmanöver der portugiesischen Kolonialherren unter Spínola erinnert. Eine gewisse Ausnahme macht lediglich der neue Präsident Nino Vieira, der noch gelegentlich von den Prinzipien der PAIGC gesprochen hat, die den gemeinsamen Befreiungskampf der Kapverden und Guinea-Bissaus angeführt hat.

— Die Freilassung Barbosas und seiner Kumpane darauf zurückzuführen, daß „die Tore der Gefängnisse anscheinend recht wahllos geöffnet wurden“ (S. 31) geht wohl ebenso an der Realität vorbei; tatsächlich arbeitet der Revolutionsrat offenbar an einer vollständigen Rehabilitierung aller Gegner des Befreiungskampfes, z.B. der proimperialistischen Grüppchen UPANG und FLING und selbst von Agenten der portugiesischen Geheimpolizei PIDE, wie es zum Ausdruck kommt, z.B. in der Ermunterung der prokolonialistischen Exilguineer in Portugal zur „Heimkehr“ oder der Beweinung von Söldnerführern, die nach Überfällen auf das befreite Guinea-Bissau bzw. im Befreiungskrieg erschossen wurden, im regierungsamtlichen Organ „No Pintcha“ (nach afrique-asie 229). Gleichzeitig werden alte Führer des Befreiungskampfes und der PAIGC „schlimmerer Verbrechen als jemals bei den Portugiesen“ bezichtigt (Revolutionsratsmitglied J. Turpin laut afrique-asie 228). Angesichts dieser politischen Umbewertung der Parteien im Befreiungskrieg eueren Artikel mit „Noch gibt es keinen grundlegenden Wandel“ zu überschreiben, erscheint uns doch als ziemliche Verharmlosung.

— Mit leichter Hand wird von euch die Auflösung der gewählten Organe wie z.B. der Nationalversammlung festgestellt; schließlich „hätte es auch für demokratische Kräfte keine Alternative zum Putsch gegeben“ (S. 31)! Unserer Ansicht nach ist dagegen dieses Vorgehen der Putschisten ein vehementer Verstoß gegen die Form von Auseinander-

setzungen in einem antiimperialistischen Land (oder meint ihr, daß das Regime des Ex-Staatspräsidenten Luiz Cabral konterrevolutionär war?).

— Wie wird wohl die von euch geforderte „politische Analyse“ der PAIGC (die ja im übrigen weitgehend kaltgestellt wurde) aussehen, wo doch — abgesehen von den beim Putsch erschossenen Parteiführern — allein 3 CEL (Politbüro) und 7 CSL (ZK)-Mitglieder im Knast sitzen, andererseits aber z.B. Nationalbankgouverneur Monteiro in das höchste PAIGC-Gremium kooptiert wurde, der zwar nie Parteimitglied war, den sich aber schon 1973 die portugiesischen Kolonialisten als Nachfolger des in ihrem Auftrag ermordeten Amílcar Cabral wünschten? (vgl. afrique-asie 228 und 232). Es wäre sicher naiv, sich von einer von solchen, eher zur nationalen Bourgeoisie gehörigen Leuten geleisteten „Analyse“ Aufklärung über die unbestritten vorhandenen Fehlentwicklungen vor dem Putsch und Schritte gegen die von euch zu recht konstatierten Verbürgerlichungstendenzen in Armee und Verwaltung zu erhoffen.

Unserer Einschätzung nach ist der Solidaritätsbewegung nicht damit gedient, Enttäuschung über die Entwicklung in Guinea-Bissau zu überspielen, indem Fakten wie z.B. die oben genannten unterbewertet oder übergangen werden. Wir haben besonders nach der sehr umfassenden Berichterstattung in „afrique-asie“ sowie der kritischen Haltung von MPLA und FRELIMO zum Putsch eigentlich von euch eine kritische Auseinandersetzung mit eurem ersten Artikel erwartet und darum noch die Hefte 92 und 93 abgewartet, die aber leider nichts zu Guinea-Bissau enthielten. Wir würden eine öffentliche Auseinandersetzung über diese und weitere Fragen zur Belebung der Internationalismus-Diskussion in der BRD begrüßen.

Mit solidarischen Grüßen
Afrika-Kommission des KB

PRESSEMITTEILUNG DER COUNTERSPY-REDAKTION



Dank der Sorgfalt einiger Journalisten des früheren Frankfurter Informationsdienstes wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unter dem Titel „CounterSpy-A Special Issue Focusing On The CIA In Germany“ eine Broschüre anonym in der BRD versandt wurde/wird. Diese Broschüre wurde nicht von CounterSpy hergestellt; Konrad Ege, der zur Zeit bei CounterSpy in Washington arbeitet, ist nicht der Verfasser des Artikels „FRD: Made in USA — Second Part.“ Vielmehr, diese Broschüre ist eine grobe und dumm-dreiste Fälschung, die darauf abzielt, CounterSpy zu diskreditieren. Die Broschüre enthält wilde und dumme Anschuldigungen über CIA-Infiltration der Umweltschutzbewegung und progressiver Organisationen der BRD.

Eine Namensliste von „CIA-Beamten“, die angeblich in der BRD stationiert sind, ist falsch. Allerdings wurde ein korrekter Name der Liste der „CIA-Beamten“ beigefügt.

Der Umschlag der Broschüre wurde von einer früheren

Ausgabe von CounterSpy übernommen. Diese Ausgabe hatte den Titel „Special Issue Focusing on the CIA“ Die Fälscher setzten dazu „In Germany“.

Die Adresse des CounterSpy in der gefälschten Ausgabe ist inkorrekt, ebenso die Telefonnummern, Abonnement-Preise und die Namen der Herausgeber, die alle nicht mehr bei CounterSpy arbeiten.

Wir wissen nicht, wer dieses Pamphlet herausgegeben hat. Derartige tige „dirty tricks“ haben allerdings Tradition in den USA und sind während der 60er Jahre oft von Geheimdiensten dazu benutzt worden, progressive Publikationen zu diskreditieren.

CounterSpy ist eine Zeitschrift, die seit acht Jahren von einer Gruppe unabhängiger Journalisten in Washington D.C. herausgegeben wird. CounterSpy berichtet über die Aktivitäten der US-Geheimdienste und anderer Organe der US-Außenpolitik.

CounterSpy bittet alle fortschrittlichen und alternativen Zeitschriften in der BRD ihre Leser/innen auf diese Fälschung aufmerksam zu machen.

RÜSTUNG

Die Bundesrepublik – Ein Waffenexportland?

1. Das Ausmaß der Rüstungsexporte der BRD

Heutzutage finden wir Waffen aus der BRD in aller Welt. Im Krieg zwischen Irak und Iran kommen auf beiden Seiten deutsche Waffen zum Einsatz. Der Iran kauft auf deutschen Panzern, der Irak schenkt mit Kanonen aus der BRD. In Uganda wird das deutsche Gewehr G 3 eingesetzt. Argentinien kontrahiert mit deutschen Kriegsschiffen den Beagle Kanal. Die Liba habe sich an der Festsetzung sehr auch nebensächliche Ausrüstung von Groß-Flugzeugen (siehe auch nebensächliche Ausrüstung von Groß-Flugzeugen der BRD). Überall auf der Welt, wo Konflikte die Länder erschüttern und Menschen aufeinander schießen, sind Waffen "made in Germany" heiß begehrt (Stirn vom 14.8.80). Die BRD nimmt heute den Rang eines Großwaffenexportlandes ein. Nach Angaben der Stockholm Institute für Friedensforschung (SIPRI) nahm die BRD 1979 den 6. Platz der Waffenexporteure (nach den USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und Italien) ein mit einem Export im Umfang von 1,4 Mrd. Dollar (1). Die amerikanische Abrüstungskontrollbehörde (ACBA) stuft die BRD für das Jahr 1978 auf dem 5. Rang ein, wobei nur 30 % des Gesamtwaffenexportes in NATO- oder gleichgestellte Länder, 70 % aber in Entwicklungsländer gingen. Die Bundesregierung selbst gibt für 75 % des Rüstungsexportes die NATO-Länder als Empfänger an (Angaben nach: Süddeutsche Zeitung vom 4./5.7.1981). Die wichtigsten Empfängerländer in der Dritten Welt liegen in Südamerika und im Nahen Osten (siehe Karten). Insgesamt sind 71 von den circa 80 Ländern, die Waffen erhielten, Entwicklungsländer.

Dabei hat die BRD – wie der Bonner Friedensforscher Ehrenborg ausführte – die höchsten Zuwachsraten im weltweiten Waffengeschäft aufzuweisen. Allein der bundesdeutsche Export für schwere Waffen in die Dritte Welt ist im Vergleich zwischen den Zeiträumen 1961/69 und 1975/77 um 990 % gestiegen (Frankfurter Rundschau 3.4.1981).

Nach einem internen Zahlenwerk der Bundesregierung machte der Waffenexport 1979 mit 1,5 Mrd. DM nur 0,49 % des Gesamtexportes aus, für den rüstungsfähigen Export (darunter werden Lastkraftwagen, Elektronik, optische Geräte und Fertigungsanlagen für Lizenzarbeiten verstanden) wird ein Umfang von 0,9 Mrd. DM entspricht 0,3 % des Gesamtexportes, angegeben (Frankfurter Rundschau 23.4.1981). Mit diesem geringen Anteil von Kriegswaffen am Gesamtexport versucht die Bundesregierung ihre restriktive Rüstungsexportpolitik zu beweisen (2). Da die BRD jedoch ein hohes Gesamtexportvolumen hat und Rüstungsgüter auch in geringen Mengen verheerende Folgen in den Entwicklungsländern herbeiführen können, bleibt diese Argumentation sehr fragwürdig.

Außerdem sind die Daten über Rüstungsexporte sehr unterschiedlich, oft ungenau und überhaupt mit Vorbehalt zu genießen. So werden verschiedene Maßstäbe als Kriterien der Berechnungen angelegt (z.B. die Unterscheidung in Waffenexporteure und rüstungsfähige Güter) oder die Berechnungsgrundlagen überhaupt nicht erwähnt. Zusätzlich wird versucht, in den Statistiken die Realität zu ver-

Tabelle 1
Die größten Rüstungsexporteure aus der Bundesrepublik an nicht-Entwicklungsländer*

Waffenexporteur	Exportierte Waffen	Empfängerland	Wert in Mrd. DM
Waffenexporteur: Deutschland			
1. Rüstungsexporte			
1. Rüstungsexporte	Algerien/Indonesien	Algerien	
2. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
3. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
4. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
5. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
6. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
7. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
8. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
9. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
10. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
2. Rüstungsexporte			
1. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
2. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
3. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
4. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
5. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
6. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
7. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
8. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
9. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
10. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
3. Rüstungsexporte			
1. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
2. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
3. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
4. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
5. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
6. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
7. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
8. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
9. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4
10. Rüstungsexporte	Indonesien	Indonesien	1,4

tuschen, indem z.B. die Lieferungen an andere europäische Länder, die Vor- oder Teillieferungen für deren Waffenexport in Länder der Dritten Welt darstellen, nicht erwähnt werden. Auch die Ausbildung von Personal und der Export von Know-How wird bei den Angaben über den Rüstungsexport in die Dritte Welt nicht berücksichtigt.

Die Behauptung gewisser Politiker und Rüstungsindustrieller (3), daß Waffenexporte Konfliktgebiete sicherer machen, klingt geradezu lächerlich angesichts der Tatsache, daß zwischen 1945 und 1976 weltweit über 120 kriegsrische Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Von den 71 Entwicklungsländern, mit denen rüstungswirtschaftliche Beziehungen bestehen, waren 41, also 60 %, an einem oder mehreren dieser Kriege beteiligt. Die Wahrscheinlichkeit, daß Waffen und anderes militärische Gerät aus der BRD bei Konflikten eingesetzt werden, ist also sehr hoch. (4) Es ist anzunehmen, daß dies von der Bundesregierung bewußt in Kauf genommen wird.

Ein weiteres Ansteigen der Rüstungsexporte ist dabei abzusehen: Nach einem Bericht von ACDA wurden in der BRD zwischen 1974 und 1979 Waffen im Wert von 12 Mrd. DM bestellt, aber nur im Wert von 5 Mrd. DM exportiert. Damit besteht allein aus diesen Jahren ein Auftragsvolumen von 7 Mrd. DM für das Jahr 1980/81, wozu noch weitere neue Aufträge kommen (5).

II. Rechtliche Grundlagen des Waffenexportes

Das beschriebene Ausmaß des Waffenexportes widerspricht der von der Bundesregierung betrieuerten restriktiven Waffenexportpolitik. Bundeskanzler Schmidt erklärte vor der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im Mai 1978: „Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses ... In internationale Spannungsgebiete lassen wir Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zu.“ (6) Die Bundesregierung verfügt auch über ein rechtliches Instrumentarium, mit dem der sich ausweitende Rüstungshandel eingeschränkt werden könnte — jedoch nur bei entsprechender Interpretation der gesetzlichen Regelungen.

Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen ist der Artikel 26 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Abs. 2: Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Dieses Bundesgesetz ist das erst 12 Jahre später (1961) in Kraft getretene Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), das in Verbindung mit dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) die näheren Bestimmungen der Genehmigungspflicht für die Produktion und den Handel mit Waffen enthält.

Das Kriegswaffenkontrollgesetz regelt die Genehmigungspflicht für die Herstellung und den Handel von Kriegswaffen. Exporte von Kriegswaffen bedürfen demnach grundsätzlich der Genehmigung. Diese muß versagt werden, wenn „1. die Gefahr besteht, daß Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg verwendet werden. 2. Grund zur Annahme besteht, daß die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde“ (KWKG, § 6, Ziffer 3).

Die Genehmigung kann versagt werden, wenn „Grund zu der Annahme besteht, daß ihre Erteilung dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern zuwiderlaufen würde.“ (§ 6, Ziffer 1).

Nach § 27 des KWKG werden die Verpflichtungen der BRD aufgrund zwischenstaatlicher Verträge nicht berührt. Diese Bestimmungen reichen in keiner Weise aus, die Bundesregierung zu einer eindeutigen Exportbeschränkung zu zwingen.



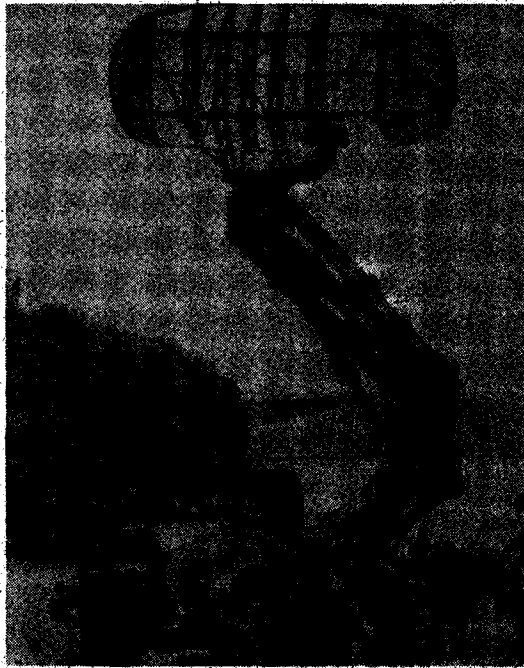
Dies verdeutlicht auch die im Anhang des KWKG aufgeführte Liste der Gegenstände, die als Kriegswaffen bezeichnet werden. Die dort nicht erfaßten Waffen (z.B. Pistolen) gelten nicht als Kriegswaffen im Sinne des KWKG und sind somit auch nicht genehmigungspflichtig. Weiterhin enthält die Liste nur Gattungsbezeichnungen (z.B. Kampfpanzer), nicht aber Typenbezeichnungen (z.B. Leopard I, Gepard), so daß jeweils von den Genehmigungsbehörden zu entscheiden ist, ob das Gerät grundsätzlich für militärische Zwecke konstruiert und damit genehmigungspflichtig ist. Somit wird nur ein Teil des gesamten militärischen Materials erfaßt. Darüber hinaus erstrecken sich die Bestimmungen des KWKG nur auf die Herstellung von Kriegswaffen auf dem Gebiet der BRD und erfassen nicht die Waffenproduktion durch Deutsche im Ausland.

Durch das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) gibt es eine weitgehendere Möglichkeit zur Begrenzung des Rüstungsexportes. Nach § 7 kann eine Beschränkung erfolgen, um „die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten und eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten“ (AWG, § 7, Ziffer 1). Im Anhang werden die genehmigungspflichtigen Rüstungsgüter aufgeführt. Diese Liste ist umfassender als die Kriegswaffenliste des KWKG; denn sie erklärt auch Bauelemente, elektronische Ausrüstungsgegenstände etc. für genehmigungspflichtige Rüstungsgüter.

Die 1971 verabschiedeten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sollen den Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden festlegen. In den „Grundsätzen“



deren Nato-Partner keinerlei Exportbeschränkungen unterliegen, werden die deutschen Waffen oder Waffenteile formal an einen der Partner verkauft, der die Waffen dann - nach der Endfertigung - an das eigentliche Empfängerland weiterverkauft. Der deutsch-französische Geheimvertrag von 1972 garantiert ein solches Vorgehen. „Die beiden Regierungen haben vereinbart, daß sie jeweils die andere Regierung nicht daran hindern werden, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen.“ (10)



Tiefflieger-Radar MP DR 30/1 von Siemens, das eine Reichweite von 30 km hat

Da zur Zeit mindestens 3/4 aller in der Entwicklung befindlichen Waffensysteme zumindest bilateral konstruiert und gefertigt werden, „dürfte die Bundesregierung gezwungen sein, im Sinne von Gleichbehandlung auch bei deutsch-britischen und deutsch-italienischen Koproduktionen entsprechend dem Abkommen mit Frankreich zu verfahren.“ (11) Die meisten Waffen finden über Frankreich ihren Weg in die 3. Welt. „Insbesondere die Struktur des Euromissile-Konsortiums, in dem die Firma MBB und Aerospatiale die Hauptpartner sind, hat den Export von westdeutscher Rüstungstechnologie in eine steigende Zahl von Ländern der dritten Welt möglich gemacht, ohne daß die westdeutsche Kontrolle greift. Produkte von Euro-missile wie die Panzerabwehrk Waffen HOT und MILAN, werden offiziell von Frankreich verkauft. Viele französische Kunden wären nach den westdeutschen Richtlinien... vom Empfang westdeutscher Waffen ausgeschlossen.“ (12) Auf diese Art (und Weise) erhielt Brasilien 1971 U-Boot-Jagdflugzeuge und 1976 Roland Flugabwehrraketen auf westdeutschen Marder-Panzern montiert, Südafrika ca. 24 Transall-Transporter, Israel 12 Raketen-schnellboote und Zaire ROLAND und MILAN Raketen. Am Nah-Ost-Geschäft ist die deutsche Rüstungsindustrie ebenfalls über Frankreich beteiligt. Der Emir von Katar erhielt 6 Alpha-Jets, mit Ägypten besteht ein Vertrag über 44 Alpha-Jets und 100.000 MILAN Raketen, davon sind 2.000 für Syrien. Auch der Irak schießt mit deutsch-französischer Koproduktion MILAN. Laut der Westberliner Zeitung der „Abend“ vom 8.1.81 sind bereits 31 Alpha-Jets geliefert worden. Siemens ist über eine französische Firma an der Lieferung von Radar-Anlagen und Blindflugsystemen be-

teiligt. Daimler-Benz hatte schon 1974 10.000 LKW's geliefert. (Angaben nach 'Spiegel' vom 19.1.81 und 'taz' vom 14.11.80).

2. Auslagerung der Rüstungsproduktion

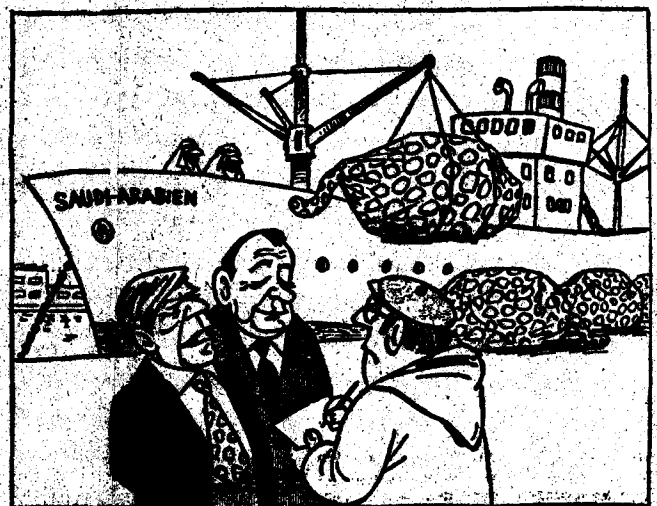
Eine andere Möglichkeit die Exportbestimmungen zu unterlaufen, ist die Auslagerung der letzten Produktionsstufe in ein oder mehrere Entwicklungsländer. Von dort werden die Waffen dann oft weiterexportiert. Lürssen z.B. fertigt in Malaysia kleine Marineeinheiten. (13) Diese Art von Waffenexport ist empirisch kaum faßbar.

3. Export von Produktionsanlagen und Lizenzproduktionen

Auf dem Gebiet des Exports von Rüstungsproduktionsanlagen, vor allem zur Herstellung von Kleinwaffen, Maschinengewehren und Munition hat die BRD seit 1960 besondere Anstrengungen unternommen. In Konkurrenz zu den alten Kolonialmächten Frankreich und England, die nur fertige Waffen exportierten, kam die BRD dem Streben der jungen Nationalstaaten nach Unabhängigkeit und einer eigenen Waffenproduktion entgegen.

In Asien und Afrika war die BRD durch die bundeseigene Firma Fritz-Werner Industrieausrüstungen GmbH am Aufbau von Rüstungsbetrieben beteiligt. Ebenso beim Ausbau der persischen Gewehr- und Munitionsfabrikation, am Bau von Militärfabriken in Guinea, Nigeria, Israel und Indonesien. (14) Nach Saudi-Arabien wurde eine Waffenfirma unter dem Decknamen „Sägewerk“ geliefert (15). Nepal bekam eine 12 Mill. Waffenfirma. (Neue vom 13.3.80).

Im Anti-Weißbuch von 1974 heißt es zum Export von Produktionsanlagen: „Während also die englische und die französische Regierung sich durch ihre Tauschgeschäfte Waffen gegen Öl öffentlichen Protesten aussetzen, scheint es der Bundesregierung zu gelingen, sich durch den weniger spektakulären Transfer von Produktionseinrichtungen zur Wartung und möglichen Fertigung von Waffen auf eben dem gleichen Wege ohne lästige Kritik in den Besitz von Öl zu versetzen.“ (16) Für die Errichtung einer solchen Firma im Ausland, sind „allein die Rechtsvorschriften des betreffenden ausländischen Staates maßgebend“, (17) d.h., die Bundesregierung akzeptiert mit der Verlagerung und Errichtung deutscher Waffenproduktionsfabriken im Ausland die Umgehung des KWKG und AWG ('Neue', 20.1.81). Produktionsstätten des vielseitig verwendbaren Exportschlagers, dem G-3 Gewehr der schwäbischen Rüstungs-



„Was soll schon sein? Leoparden für den Zoo von Riad.“

schießende Heckler & Koch befinden sich in Brasilien, Iran, Saudi Arabien, Malaysia, Pakistan und Griechenland. In mindestens 30 Ländern – überwiegend Entwicklungs- und Polizeiland oder -armeen mit dem deutschen G-3 Gewehren ausgerüstet. Unter anderem: Brasilien, Bolivien, Chile, Dominikanische Republik, El Salvador, Indonesien, Pakistan, Uganda. In Argentinien werden mit Unterstützung von Thyssen-Henschel und Rheinmetall Panzer in Lizenz gebaut. Helmut Schmidt empfand den Sandi-Arabischen Auftrag, den deutschen Panzer „Marder“ in Argentinien zu besorgen. Der Marder wird dort unter dem Namen „Tari“ gebaut (Spiegel vom 17.1.1981). Die Flaker baut mit Hilfe der Luther-Werke Rammachweg und Kripp-Rasen eine Panzerfertigungsanlage für den Leopard 1. In Iran und Malaysia werden nach westdeutschen Know-how Schnellboote gebaut (Dt. Allg. Sonntagsblatt, 30.11.1980).

4. Export von Rüstungsstoffen

Eine weitere Möglichkeit der Umgehung der Rüstungsbeschränkungen bietet das schon erwähnte „Markieren Prinzip“. Einzelne Bauteile – die nicht als Waffen gerechnet werden und somit auch nicht genehmigungspflichtig sind und nicht als militärisch erfasst werden – werden an den Empfänger oder einen Zwischenhändler geliefert und dort montiert. Fragatten der Vickers-Werft wurden in Brasilien aufmontiert. Marder-Rüstungsteile wurden nach Frankreich verkauft, dort mit der deutsch-französischen Gemeinschaftsrakete ROLAND vervollständigt und nach Brasilien geliefert. Italien bietet Interessenten diese Kampfpanzer „Lion“ an, der „in Wahrheit eine kaum veränderte Kopie des deutschen Rüstungslagers „Leopard“ ist ... die Hälfte der Bauteile wird in westdeutschen Werken produziert.“ (Spiegel vom Dez. 1976). Mit diesem Trick gelangte der Panzer Leopard 1 sogar nach Libyen.

Durchweichungen bei Rheinmetall

Im DÜSSELDORF, 14. August. Vierzig Beamte des Bundeskriminalamtes haben in dieser Woche die Räume der Düsseldorf-Rheinmetall AG durchsucht, um einer für Argentinien bestellten Lieferung von Panzerminen auf die Spur zu kommen, die ihr Ziel nie erreichte. Der Vorstand der Rheinmetall bestreitet am Freitag den Ermittlungsergebnissen. Einleitend in Firmenkreisen gewarnt zu haben, es handle sich um Verbindungen, die seit Jahren laudieren und die von Rheinmetall unterstützt würden. Schon im vergangenen August war wegen der Geschäfte der Vorstand erhoben worden. Mundstillschließungen von Rheinmetall sollen auf dem Umweg über Privatleute nach Saudi-Arabien gelangt.

(FAZ vom 15.8.81)

Die aufgezählte Lückenhaftigkeit der gesetzlichen Bestimmungen, die unzureichende Genehmigungspraxis der Bundesregierung und die Möglichkeiten der Umgehung der Exportbeschränkungen durch Koproduktion, Untervergleich, Verkauf und Erhaltung von Ersatzteilen lassen vermuten, daß die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Rechtfertigung und Veranschaulichung der exportierenden Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung dienen.

IV. Tendenzen in der Rüstungsexportpolitik

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß in der BRD trotz der bestehenden scheinbar einschränkenden Ge-

setzen der Rüstungsexportpolitik, sich und gerade mit Hinblick auf die UN-Charta, trotz einer Vielzahl gesetzlicher Bestimmungen hat die Bundesregierung eine Linie der Selbstzensur und Zurückhaltung als erwünscht empfunden. Von einer klaren Rüstungsexportpolitik dürfte keine Rede sein. Diese jedoch ablesen selbst die beschriebenen gesetzlichen Regelungen ein Abbild der tatsächlichen Rüstungsexportpolitik im Zusammenhang mit der Diskussion um die Lieferung von 12 Bionics in Chile und Leopard 1 Panzer an Saudi Arabien beweist eine Mehrheit der Parteien. Darüber, den Begriff des „Spannungsgelastes“ neu zu definieren bzw. fallenzulassen und die dementsprechenden Regelungen in den „Politischen Grundsätzen“ neu zu formulieren.

Ging die Debatte um die Exporte nach Chile und Saudi Arabien Anfang noch davon, Begründungen dafür zu liefern, ob dem Land als „Spannungsgelast“ einzustufen seien (18), und die Exporte schließlich heute einen Schritt weiter. So hat es für den CDU-Vorsitzenden Ebeling, Akt der Rüstung im deutschen und europäischen Interesse, andere Freunde zu halten, auch wenn diese Gründe in Spannungsgelasten fallen (FR 22.1.81). Außenminister Genscher, der hoch im Herbst letzten Jahres vor der 35. Uno-Generalversammlung verteilte Karte: „Die Welt braucht keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Wettlauf in der Hilfe für die Entwicklungsländer ... Wir dürfen nicht zusehen, wenn Waffen in Entwicklungsländer gepumpt werden, die nicht Rüstung brauchen, sondern Schulen und Krankenhäuser ...“ äußert nun „Zweifel an der Tauglichkeit des Begriffs „Spannungsgelast“ als Kriterium für ein Verbot von Waffenlieferungen“ (FAZ, 19.1.81). Stattdessen will er bei der Beurteilung der Rüstungsexportpolitik die sicherheits- und energiepolitischen Interessen der BRD stärker im Vordergrund sehen (FAZ, 19.1.1981). Insgesamt geht es für die Regierung und die Mehrheit der Exporteure darum, Begründungen und Rechtfertigungen der Rüstungsexportpolitik und eine Ausweitung der Waffenlieferungen zu geben. Dabei werden unterschiedliche Argumente angeführt.

Rüstungsexport, Handelsbeziehungen

Das Waffengeschäft mit Saudi Arabien wird unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß Saudi Arabien 29 % der gesamten Rüstungsbilanz beisteuert, das es Absatzmarkt für bundesdeutsche Exporte im Wert von 4 Mrd. DM jährlich sei und die BRD inzwischen Handelsbilanz von 5,5 Mrd. DM dort aufgenommen habe (19). Die „wirtschaftspolitischen Sicherheitsinteressen“ der BRD müßten bei einer Beurteilung dieses Geschäftes im Vordergrund stehen (FR vom 21.2.1981).

(Im nachfolgenden Artikel: „Waffen-Rüstungsexporte“ werden die ökonomischen Gründe genauer untersucht.)

Arbeitsbeschäftigung

(vgl. dazu den Artikel: „Sichern Waffenexport Arbeitsplätze?“)

Friedenssicherung

Die Lieferung von Waffen in „Spannungsgelasten“ könnte auch unter dem Aspekt der Stabilität und Verteidigungsbereitschaft der Länder notwendig werden. Wenn deutsche Waffenlieferungen dazu beitragen, „Gleichgewicht zu schaffen, und sich dort, wo eine Seite überlegen ist, der anderen Seite wenigstens die Möglichkeit zur Selbstverteidigung zu geben, also stabilisierend zu wirken, so kann das sehr wohl Teil unserer Friedenspolitik sein“ (Bundesaußenminister Genscher, zitiert in: FAZ, 19.1.1981).

– Strategisches Sicherheitsbedürfnis

Ein neues Konzept für den Waffenexport soll auch mit der Begründung ausgearbeitet werden, die „bisherige Rüstungsexport-Doktrin passe nicht mehr in die veränderte Weltlage, denn die sowjetische Expansionspolitik lasse kaum noch krisenfreie Räume in der Welt übrig“ (Tagespiegel, 10.1.1981). (20)



Die verstärkte Vertretung des „nationalen Interesses der BRD (21) auf wirtschaftlichem, außenpolitischem und strategischem Gebiet, wodurch sich obige Argumente zusammenfassen lassen, spiegelt die Bemühungen der Bundesregierung wider, eine ihrer Stärke entsprechende „neue Rolle“ im weltpolitischen Geschehen zu spielen. „Die Wirtschafts macht Westdeutschland werde immer stärker gefordert, zum politischen Gleichgewicht nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch anderswo in der Welt beizutragen“ (H. Schmidt, zit. nach: Der Spiegel, 26.1.81).

Die angestrebte wirtschaftliche und außenpolitische Einflußnahme, von der die Ausweitung des Rüstungsexportes nur einen kleinen Ausschnitt darstellt, verträgt sich nicht länger mit Gesetzen, die unter anderen historischen Bedingungen entstanden. Damals (1961) spielte die BRD im internationalen Staatensystem noch eine eher untergeordnete Rolle. Die Kapazitäten der wiederentstehenden Rüstungsindustrie waren durch den Aufbau der Bundeswehr nahezu ausgelastet, zudem ließ die noch starke Antikriegsbewegung die Frage des Rüstungsexportes gar nicht aufkommen. Insofern waren die Gesetze damals gut geeignet, einerseits keinen Exporte von Waffen auf dem Gebiet der „sonstigen Rüstungsgüter“ zuzulassen, andererseits gaben sie der Bundesregierung die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit die Rolle eines „Friedensapostels“ zu spielen. Heute dagegen streben Bundesregierung und Rüstungslobby eine Ausweitung ihres wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflusses an. Die Rüstungsexportgesetze, Relikte der Vergangenheit, sind nicht mehr notwendig und werden geändert, um auch die letzte Hemmschwelle für den Rüstungsexport zu beseitigen. Das Saudi-Arabien-Geschäft zeigt hier neue Wege auf. Zur Bedienung und Wartung der zu liefernden Leopard-Panzer mußten rund 1000 Berater, Mechaniker und Ausbilder nach Saudi-Arabien entsandt werden. Andere Staaten der Dritten Welt wollen und werden mit Sicherheit folgen. Die Bundesregierung kann bei der Vertretung des „nationalen Interesses“ keine Rücksicht darauf nehmen, ob die von ihr gelieferten Waffen für kriegerische Zwecke eingesetzt werden – die Interessen der Bevölkerung in den Staaten der Dritten Welt bleiben unberücksichtigt. Dies noch als Teil einer Friedenspolitik durch die Herstellung von politischem und militärischem Gleichgewicht hinzustellen – dem scheint als Zielvorstellung eine Situation zugrundezuliegen, in der sich beide Seiten eines Konfliktes bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen, beide mit bundesrepublikanischen Waffen beliefert und ausgerüstet, was natürlich die Verdienstmöglichkeiten der bundesrepublikanischen Rüstungsindustrie immer steigern könnte – ist ein Zynismus, dem die Antikriegs- und Friedensbewegung verstärkt entgegenzutreten hat.

Anmerkungen

mrm / jfw

- 1) Der Überblick, 1/81, S. 4.
- 2) Vgl. Weißbuch 1979 – Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. vom BM der Verteidigung 1979.
- 3) vgl. „Militär“, Nr. 92, S. 10.
- 4) M. Bräuer, H. Wulf, Deutsche Waffen über alles? in: Deutsches Allgemeine Sonntagsblatt, 30.11.1980.
- 5) Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/81 S. 331, Köln 1981.
- 6) Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um abzurüsten? Reimer bei Hamburg, 1980, S. 260.
- 7) Eckhart Fischer, die militärische Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika in: Forum – Zeitschrift für transnationale Politik, 2/81 S. 44.
- 8) Dagobert Kayser, Polizeiausrüstung für die Dritte Welt in: Der Überblick, 1/81, S. 14 ff.
- 9) Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/81, S. 331.
- 10) U. Albrecht, Die Bundesrepublik im Waffenhandel, in: terre des hommes, 4/80, S. 6.
- 11) Studiengruppe Militärpolitik, Ein Anti-Weißbuch, S. 133, Reimer bei Hamburg 1974.
- 12) SIPRI – Jahrbuch, 80/81, S. 94.
- 13) Studiengruppe Militärpolitik, Ein Anti-Weißbuch, S. 134, Reimer bei Hamburg 1974.
- 14) Allgemeine, 1/6/76.
- 15) Arbeitskreis 194, 2.2.81.
- 16) Studiengruppe Militärpolitik, a.a.O., S. 194.
- 17) Staatsrat Gröner im Bundestag, zitiert in: Die Neue, 20.1.1981.
- 18) Vgl. Antimilitarismus Information 1/81, S. 11-12.
- 19) Vgl. Antimilitarismus Allgemeine vom 10.1.1981.
- 20) Vgl. in diesen Argumenten den Artikel: „Diskussion um neue Waffenexportrichtlinien der Bundesrepublik“ in: Antimilitarismus Information 2/81, S. 25 – 28.
- 21) Vgl. zum Begriff „Nationales Interesse“: FR, 19.1.1981 und: Antimilitarismus Information 2/81, a.a.O.

Der von Dornier produzierte Alpha Jet

Besondere staatliche Unterstützung wurde der deutschen Luftfahrtindustrie zuteil. Die Beschaffung des Starfighters, die nach den Worten des damaligen Verteidigungsministers Strauß militärisch überhaupt nicht erforderlich war, gab ihr die Gelegenheit, sich in der Lizenzproduktion das notwendige technische Know-how zu verschaffen, um zu einem späteren Zeitpunkt eigene Entwicklungen anpacken zu können. 1)

Bis Mitte der 60er Jahre werden so die Grundlagen für eine leistungsfähige bundesdeutsche Rüstungsindustrie geschaffen, gleichzeitig aber auch für all die Probleme, mit denen sich der Staat bis heute im Rüstungsbereich konfrontiert sieht.

Auslastungsschwierigkeiten der deutschen Rüstungsindustrie

Der Staat greift in nahezu alle Bereiche der Rüstungsindustrie ein. Er vergibt die Entwicklungs- und Produktionsaufträge, er legt fest, welchen Anforderungen eine Waffe genügen muß, er stellt Forschungsgelder zur Verfügung, er kauft das fertige Produkt und bestimmt schließlich, ob die Waffen an andere Staaten verkauft werden dürfen oder nicht.

In hohem Maße von den Entscheidungen des Staatsapparates abhängig, versucht die deutsche Rüstungsindustrie, die im Gegensatz zu vielen anderen Ländern privat-kapitalistisch organisiert ist, den Staat auch für die Folgeprobleme der Rüstungsproduktion – die Auslastung der Kapazitäten – verantwortlich zu machen.

Schwankungen in der Auslastung rüstungs-industrieller Kapazitäten treten entsprechend den Beschaffungszyklen der Bundeswehr auf. Folgt der Produktion eines Waffensystems nicht ein weiteres Programm, so hat dies eine Unterauslastung der Kapazitäten zur Folge. Die Beschaffungszyklen werden nicht allein auf die Auslastung der Rüstungsindustrie hin ausgerichtet; sie unterliegen ebenso übergeordneten politischen und ökonomischen Bestimmungsgründen.

Obwohl Ende der 60er Jahre die Kapazitäten der deutschen Luftfahrtindustrie zeitweise nur zu 50% ausgelastet waren, wurde das neue Kampfflugzeug 'Phantom' vollständig in den USA beschafft, weil das Abkommen zum Devisenausgleich die BRD dazu verpflichtete, in den USA Waffen einzukaufen in Höhe der Stationierungskosten der amerikanischen Armee in der BRD.

Obwohl der Staat der Rüstungsindustrie nie eine Auslastungs-

garantie geben konnte, hat er bisher immer versucht, Rüstungsindustrien vor allem in technologisch anspruchsvollen Bereichen zu erhalten. Ein derartiger Fall trat 1958 bei der Firma Dornier ein, die bis dahin das auslaufende Flugzeug Do 27 produzierte. Da keine Anschlußaufträge vorlagen – Entlassungen der Beschäftigten waren zu befürchten – unterbreitete die Firma der Regierung Pläne zur Entwicklung eines Senkrechtstarters. Dornier erhielt den Auftrag. Sehr viel später wurde das Projekt eingestellt, weil ein militärischer Bedarf für einen Senkrechtstarter nicht vorlag. Bis dahin hatte dieses Projekt zusammen mit anderen, aus ähnlichen Gründen vergebenen Projekten 2 Mrd. verschlungen.

Dieses Beispiel macht deutlich, daß der Staat zwar nicht in jedem Fall Produktionskapazitäten auslasten kann, die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aber zu erhalten versucht, um sich für spätere Beschaffungsvorhaben die Möglichkeiten offenzuhalten. 2)

Mit der Vergabe von Entwicklungsaufträgen lassen sich Aus-



„Leopard“-Montage bei Rheinmetall

lastungsprobleme allenfalls kurzfristig lösen. Mary Kaldor hat 1972 nachzuweisen versucht, daß die Entwicklung und Produktion neuer komplexer Waffensysteme die Tendenz in sich birgt, die Rüstungskapazitäten auszudehnen. Die Kapazitäten erhöhen sich, weil es für die schwieriger werdenden Verbesserungen, die aus Konkurrenzgründen in einem möglichst kurzen Zeitraum vorgenommen werden müssen, eines größeren Personal- und Sachaufwandes bedarf. Auch die Notwendigkeit, größere Stückzahlen zu produzieren, um die gestiegenen Entwicklungs- und Produktionskosten auf mehr Einheiten verteilen zu können, tragen zu einer Erhöhung der Kapazitäten bei. 3)

Tatsächlich haben sich in der Vergangenheit die Zeitspannen für Forschung und Entwicklung neuer Waffensysteme verlängert, ebenso wie Stückzahlen nicht erhöht, sondern wie beim Tornado gesenkt wurden. Dennoch steigen die Kapazitäten weiter, weil die Forschungs- und Entwicklungszeiten nicht beliebig verlängert werden können, soll das neue Waffensystem bei seiner Einführung nicht schon veraltet sein. Auch die Senkung der Stückzahlen ist nicht beliebig, da dadurch die Stückkosten ansteigen, und unter einer bestimmten Stückzahl das Waffensystem militärisch sinnlos wird. Am Ende eines jeden Entwicklungs- und Produktionsprogrammes steht damit der Staat erneut vor dem Problem, die jetzt noch größeren Kapazitäten der Rüstungsindustrie auszulasten.

Zusätzlich verschärft wird das Problem dadurch, daß Waffensysteme durch tatsächliche oder vermeintliche technologische Weiterentwicklungen der Konkurrenten oder Gegner veralten und aufgrund militärischer Überlegungen durch eigene Neuentwicklungen abgelöst werden. Die Rüstungsindustrie macht sich dies zunutze, indem sie den „Veraltungsprozeß“ von Waffensystemen durch ständige Konstruktionsverbesserungen beschleunigt, um sich so eine Verstetigung des Rüstungsgeschäftes zu sichern.

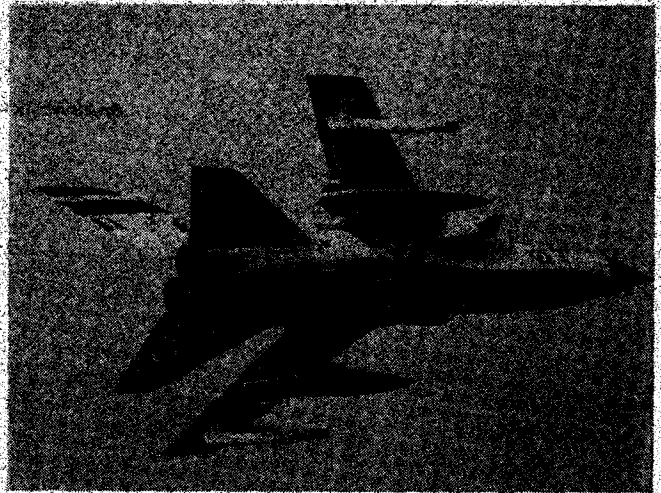
Das Zusammenspiel militärischer (bessere Waffen) und industrieller Interessen (Verstetigung des Rüstungsgeschäftes) löst daher eine Dynamik aus, in deren Verlauf sich Rüstung immer mehr beschleunigt und sich schließlich von militärischen Überlegungen abkoppelt.

Das Problem der Auslastung der Rüstungskapazitäten wird daher für den Staat immer weniger lösbar, insbesondere deshalb nicht, weil der ständige Ausbau der Rüstungskapazitäten sich mit einer Explosion der Preise neuer Waffensysteme verbindet. 4)

Die Preisspirale

Die Preise neuer Waffensysteme steigen sprunghaft an. In der Regel sind sie nach der Fertigstellung doppelt so hoch wie ursprünglich von der Rüstungsindustrie vorgelegt. Besonders hoch sind die Preissteigerungen im Bereich der Luft- und Rüstungsindustrie: kostete ein Starfighter bei Produktionsende schon 12 Mio DM, so mußte für das neue Kampfflugzeug MRCA Tornado bereits zu Beginn ein Durchschnittspreis von 26,4 Mio DM veranschlagt werden. Inzwischen rechnet man mit einem Systempreis von 80 Mio DM. 5)

Diese Preissteigerungen lassen sich vor allem auf zwei Gründe zurückführen: die steigende Komplexität neuer Waffensysteme und auf das Verfahren der Preisfestsetzung bei Rüstungsgütern. Die Entwicklung neuer Waffensysteme wird immer schwieriger, da die technologischen Möglichkeiten, Konstruktionen zu verbessern, nahezu ausgereizt sind. Daher muß ein immer größerer Aufwand an Personal und Sachanlagen betrieben werden, der mit höheren Kosten verbunden ist. Zusätzliche Verteuerungen der Waffensysteme entstehen aber auch dadurch, daß sich während der Entwicklungsphase militärstrategische Überlegungen ändern



Tornado

und neue Ansprüche an die Waffensysteme gestellt werden. Weitere Preissteigerungen werden durch das Verfahren verursacht, mit dem die Preise neuer Waffensysteme festgelegt werden. 6) Da die Waffensysteme auf Bestellung produziert werden, ergibt sich nicht wie bei zivilen Produkten ein Marktpreis. Der Preis von Waffen muß daher administrativ festgelegt werden. Bis Anfang der 70er Jahre wurde dabei das Verfahren der Selbstkostenerstattung zugrunde gelegt. Demzufolge werden dem Rüstungsunternehmen alle entstandenen Kosten einschließlich die der Forschung und Entwicklung rückerstattet. Zusätzlich erhält das waffenproduzierende Unternehmen einen Gewinnaufschlag, der sich zwischen 2,5 und 5 Prozent der Nettoselbstkosten bewegt. Der Gewinn des Unternehmens ist also umso höher, je mehr Kosten es vorweisen kann. D.h. in dieses Verfahren ist eine Automatik eingebaut, die eine ständige Kostensteigerung und damit auch Preissteigerung zur Folge hat. Dies könnte nur dann verhindert werden, wenn es dem Staatsapparat gelänge, eine wirksame Kostenkontrolle durchzuführen. Aber dazu ist er nach eigenem Bekunden immer weniger in der Lage, weil weder die Mittel noch die qualifizierten Fachkräfte für die Durchführung wirksamer Kontrollen bei immer komplexer werdenden Waffensystemen zur Verfügung stehen. Für den Unternehmer bestehen daher keine Anreize mehr, möglichst effizient, d.h. kostensparend zu produzieren; manchen Unternehmen gelingt es sogar, Kosten, die bei der Produktion ziviler Güter anfallen, in die Kostenkalkulation militärischer Güter einzurechnen.

Lösungsstrategien

Die Belastung durch die explosionsartig ansteigenden Preise neuer Waffensysteme sowie der Druck, die aufgebauten Rüstungskapazitäten auch auszulasten, wird immer größer für den Staat. Aber kein Staat kann es sich auf Dauer leisten, seinen Rüstungshaushalt ständig real auszuweiten, nicht einmal dann, wenn er bereit wäre, dies auch gegen innenpolitischen Widerstand gewaltsam durchzusetzen. Da der Staat aber nicht gewillt ist, seine rüstungspolitischen Ziele aufzugeben, sucht er nach Mitteln, mit denen er ein weiteres Anwachsen der Folgeprobleme verringern und möglichst verhindern kann. Dabei lassen sich Maßnahmen wie die Streichung wenig wichtiger Beschaffungsvorhaben und die Reduzierung von Stückzahlen von solchen unterscheiden, die auf eine eher langfristige Problemlösung abzielen. Die wichtigsten langfristig angelegten Maßnahmen waren bisher:

Reorganisation der Beschaffung

Die Planungseuphorie Ende der 60er Jahre ergriff auch das Verteidigungsministerium. Dort wurden Vorstellungen entwickelt, die eine langfristige Militärkonzeption und eine Verstärkung der Beschaffungspolitik beabsichtigten. Der Versuch, das Beschaffungswesen zu reorganisieren, um es den gesteigerten Ansprüchen entsprechend zu gestalten, wurde 1969 von der neuen SPD-FDP-Regierung initiiert und in die Tat umgesetzt. Kommissionen erarbeiteten eine Bestandsaufnahme und sprachen Empfehlungen aus. Künftig wollte man Fehler, wie sie bei der Beschaffung des Starfighters unterliefen, vermeiden. Dieser wurde in Dienst gestellt, ohne das Ende der Erprobungsphase abzuwarten. Die Beseitigung der deswegen auftretenden Mängel führten zu einer Mehrbelastung des Haushalts in Höhe von 77 Mio. DM. 8)

Das Ziel, die knappen finanziellen Mittel des Staates wirkungsvoller einzusetzen, schien durch eine Verbesserung der Verwaltungsstruktur und durch eine intensivere Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie erreichbar zu sein. Die Regelungen sahen eine Zusammenfassung der bis dahin zersplitterten Teilkompetenzen vor. Künftig soll für ein neues Waffensystem von Beginn an ein Systembeauftragter für die militärischen Belange verantwortlich sein. Ihm zur Seite gestellt ist ein Projektbeauftragter, dessen wichtigste Aufgabe es ist, die Verbindung mit der Rüstungsindustrie zu halten. Die staatliche Bürokratie konnte aufgrund mangelnder Fachkompetenz nicht alle Management und Kontrollfunktionen, die bei der Entwicklung und Konstruktion immer komplexer werdender Waffensysteme anfallen, wahrnehmen. Diese Aufgaben wurden daher ausgelagert und einem Generalauftragnehmer überantwortet. In der Hoffnung, eine weitere Quelle ständig steigender Rüstungskosten zu beseitigen, wurde das neue Selbstkostenfestpreisverfahren eingeführt. Dieses bis heute angewendete Verfahren sieht für neue Waffensysteme eine verbindliche Kostenkalkulation durch die Auftragnehmer vor. Die Preise steigen dennoch,



Die Feldhaubitze 70 in der Serienproduktion bei Rheinmetall

da Vertragsklauseln die Weitergabe von Kostensteigerungen erlauben.

Schließlich institutionalisierte man die Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie mit der Gründung des „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises“.

Ihm gehören neben den Spitzen des Militärs und des Bundesverteidigungsministeriums die Vertreter aller wichtigen Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik an. Offiziell hat dieser Arbeitskreis die Aufgabe, gemeinsame Stellungnahmen zu rüstungswirtschaftlichen Problemen zu erarbeiten. Vermutlich steht aber auch die Absicht des Staates dahinter, einen Teil der ihm aufgezwungenen Verantwortung für die Auslastung der Kapazitäten an die Industrie zurückzugeben. Insgesamt muß der Erfolg dieser Reorganisation eher gering eingeschätzt werden. Zwar konnten finanzielle Mittel durch eine effizientere Organisation der Bürokratie eingespart werden, aber die allgemeine Entwicklung, die Ausweitung der Rüstungskapazitäten und steigende Kosten, wurde dadurch nicht aufgehalten.

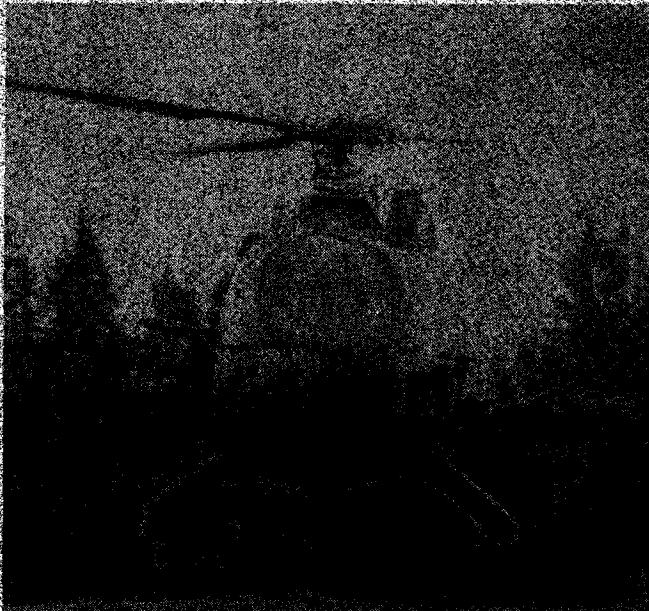
Förderung der Konzentration

Die im internationalen Vergleich kleinen deutschen Rüstungsunternehmen, erschwerten einen kostengünstigen Einsatz staatlicher Mittel. Der Staat war daher an einer Fusionierung der deutschen Rüstungsunternehmen stark interessiert. Deutlich wird dies aus einem Bericht des Bundesausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den Zusammenschluß der Luft- und Raumfahrtindustrie mit dem Mittel der Auftragsvergabe und der Darlehensgewährung zu erzwingen. Tatsächlich wurden 1968 vom Haushaltsausschuß die Mittel für die Entwicklung des Tornadovorgängers NKF gesperrt, um Fusionen zu erzwingen. Nach der Fusion von Messerschmitt und Bölkow wurden davon wieder 30 Mio. DM freigegeben. 8) Der Staat verfolgte mit seiner Fusionspolitik folgende Ziele: Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich, Rationalisierungseffekte durch den Abbau von Doppel- und Überkapazitäten sowie der Konzentration der Forschungs- und Entwicklungseinheiten und eine Verbesserung des Managements. Angestrebt wurden auch Fusionen zwischen Rüstungsunternehmen und Großunternehmen mit überwiegend ziviler Produktion. Durch den dadurch verringerten Anteil der Rüstungsproduktion an der Gesamtproduktion versprach man sich eine Senkung der Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen.

Günstig waren die Durchsetzungschancen für diese Politik vor allem in der Luftfahrtindustrie, weil diese von den Rüstungsaufträgen wesentlich abhängig war. Zwischen 1960 und 1970 schlossen sich die 12 wichtigsten Unternehmen zu fünf marktbeherrschenden Unternehmen zusammen. Obwohl Teilerfolge dieser Politik nicht bestritten werden können, blieb eine wirksame Entlastung des Staates aus. Die Fusionen haben kaum zu einer Zusammenlegung der räumlich weit verteilten Rüstungsbetriebsstätten und damit zu einer Einschränkung vorhandener Kapazitäten geführt. Wesentliche kostendämpfende Effekte blieben daher aus. Positive Auswirkungen werden außerdem durch die gegenüber dem Staat verstärkte Verhandlungsposition der fusionierten und in Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossenen Unternehmen zunichte gemacht. Die Bemühungen der Konzentrationspolitik müssen daher als weitgehend gescheitert angesehen werden.

Internationale Rüstungskooperation

Nur hohe Stückzahlen ermöglichen relativ niedrige Stückkosten bei der Produktion komplexer Waffensysteme.



Hohe Stückzahlen können sich aber die wenigsten Staaten leisten, auch nicht die ökonomisch relativ starke Bundesrepublik. Eine eigene nationale Produktion komplexer Waffensysteme ließe sich daher nur dann noch durchführen, wenn man sich auf bestimmte Rüstungsbereiche beschränkte. Damit liefe man aber Gefahr, von Rüstungsimporten abhängig zu werden.

Eine Möglichkeit, die Enge des nationalen Marktes zu überwinden, ist die Rüstungskoooperation mit anderen Ländern. Dadurch können nicht nur hohe Stückzahlen produziert werden, zusätzlich können auch durch Vermeidung von Doppelentwicklungen und durch die Reduzierung von Rüstungskapazitäten weitere Kosten eingespart werden. Darüberhinaus versprach man sich durch die Rüstungskoooperation nicht nur eine Standardisierung der Waffensysteme, sondern auch einen kräftigen Impuls für die europäische Integration.

Heute wird nahezu jedes Rüstungsprojekt mit einem oder mit mehreren Partnern entwickelt und produziert, am bekanntesten dürfte das MRCA Tornado-Projekt sein.⁹⁾ Von einer Rüstungskoooperation erwartet man keine absoluten Kosteneinsparungen. Im Gegenteil, man rechnet damit, daß bei jedem Projekt die Gesamtkosten, verglichen mit einer nationalen Entwicklung und Produktion höher liegen. Dennoch wird es für die beteiligten Partner im Endeffekt billiger, da die Kosten aufgeteilt werden. Bei drei Partnern sollen die Kosteneinsparungen für jeden etwa 40 Prozent betragen. Diese Kosteneinsparungen sind jedoch bei den bisher durchgeführten Projekten nicht oder nicht im erwarteten Maße eingetreten.

Die Gründe sind darin zu sehen, daß unterschiedliche Interessen der beteiligten Staaten, sowie deren Bemühungen, Vorteile für die eigene Industrie zu erzielen, eine echte Kooperation bisher verhindert haben. Entlastungen des Rüstungshaushaltes wurden nicht erreicht, weil sich unterschiedliche militärische Anforderungen an die Gemeinschaftsprojekte nicht auf einen Nenner bringen ließen. Daher konnte entweder der Vorteil hoher Stückzahlen nicht für alle Einzelteile ausgespielt werden oder man entwickelte mit höherem Kostenaufwand sehr viel komplexere, aber allen Ansprüchen genügende Vielzweck-Waffen. Kapazitätsausweitungen konnten dadurch nicht vermieden werden. Man kann sie aber auch deswegen nicht vermeiden, weil die Aufträge in der Regel nicht nach den Leistungsfähigkeiten und Kapazitäten der nationalen Industrien verteilt werden, sondern entspre-

chend den nationalen Finanzierungskosten und den nationalen Beschaffungsrahmen für das Endprodukt. Statt eine einzige transnationale Produktionslinie aufzubauen, wurden bislang in jedem der beteiligten Länder eigene Endfertigungsänder eingesetzt. Für den Triebwerksbau des Starfighters wurden bzw. in der BRD (bei BMW), Belgien (Fabrique d'Armes) und Italien (bei Fiat) jeweils eigene Fertigungslinien errichtet.

Rüstungsexporte als Ausweg

Alle bisherigen Versuche, die Folgen der in den 50er Jahren getroffenen rüstungspolitischen Entscheidungen zu reduzieren und einzudämmen, blieben bisher nahezu ergebnislos. Sowohl die Rüstungskapazitäten als auch die Kosten der Waffenproduktion steigen kontinuierlich.

Diese Entwicklung hat bis heute wegen der hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und wegen des noch geringen Umfangs der Rüstungsproduktion noch keine ernsthafte innenpolitische Krise zur Folge gehabt. Dies wird sich aber aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und der durch Reagan weltweit verschärfen Rüstungskonkurrenz auf Dauer nicht vermeiden lassen, falls keine anderen Lösungen gefunden werden können.

Auch eine Umschichtung im Bundeshaushalt von den Sozialleistungen hin zu den Rüstungsausgaben dürfte langfristig keine durchsetzbare Lösung sein. Hält man an den bisherigen rüstungspolitischen Zielen fest, bleibt daher letztlich nur eines: Waffen zu exportieren. Der Waffenexport ermöglicht höhere Stückzahlen, könnte weitere Preissteigerungen aufhalten und der Rüstungsindustrie eine stetige Anlastung der Kapazitäten garantieren. Daß das nicht nur eine hypothetische Lösung ist, dürften die Diskussionen um den Panzerexport nach Saudi-Arabien belegen. Der von den Amerikanern geforderte höhere Beitrag der Bundesrepublik zur „Sicherung“ des Weltfriedens, der Waffenexporte an Bündnispartner mitzuschließen, dient daher als willkommene Entschuldigung.

ANMERKUNGEN

- 1) vgl. Schlötter, P., Rüstungspolitik, S. 15 f.
- 2) vgl. ders., S. 28–33.
- 3) vgl. Kaldor, M., European Defence Industries National and International Implications, in: Monographs, I, Series, Nr. 8, Hrg. Institute for the Study of International Organisation, University of Sussex, 1972.
- 4) vgl. Kaldor, M., Rüstungsbarock, S. 52 ff.
- 5) vgl. Albrecht/Lock/Wulf, Arbeitsplätze, S. 59 ff.
- 6) vgl. Schmidt, M. G., Staatsapparat, S. 184–188.
- 7) vgl. Schlötter, P., a.a.O., S. 66.
- 8) vgl. ders., S. 92.
- 9) vgl. Albrecht/Lock/Wulf, a.a.O., S. 72–83.

Verwendete Literatur

- Albrecht, U./Lock, Peter/Wulf, Herbert, Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen. Reinbek bei Hamburg, 1978.
- Börschelt, Carola/Schlötter, Peter: Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Einführung und Kritik. Frankfurt/New York, 1980.
- Kaldor, Mary, Rüstungsbarock. Das Arsenal der Zerstörung und das Ende der militärischen Technik-Logik. Berlin, 1981.
- Schlötter, Peter, Rüstungspolitik in der Bundesrepublik. Die Beispiele Starfighter und Phantom. Frankfurt/New York, 1975.
- Schmidt, Heinrich, „Tornado“ Militär- und Rüstungspolitik in der BRD. Die transnationale Rüstungsproduktion der Luftfahrtindustrie. Frankfurt, 1979.
- Schmidt, Manfred G., Staatsapparat und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (1966–1973). Schranken und Folgeprobleme der Staatsinterventionspolitik im Militär- und Rüstungssektor. Gießen, 1975.

Sichern Waffenexporte Arbeitsplätze?

Einige wirtschaftspolitische Überlegungen zum Kriegsgüterexport

In der politischen Diskussion über den Rüstungsexport in der BRD erfreuen sich neben den außen- und sicherheitspolitischen Argumenten solche Überlegungen großer Wirksamkeit, die die wunden Punkte der Wirtschaftskrise, nämlich Arbeitslosigkeit, Energieknappheit und Exportflaute, mittels Rüstungsexporten heilen wollen. Diese Diskussion, in der immer wieder die scheinbaren wirtschaftlichen Vorteile des Kriegsgüterexports für »uns« in den Vordergrund geschoben werden, schafft Unsicherheit bis weit in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Dieser Artikel untersucht einige der wesentlichen wirtschaftspolitischen Diskussionspunkte und kommt zu dem Schluß, daß Rüstungsexporte als Wunderwaffe des ökonomischen Krisenmanagements ungeeignet sind. In bestimmten Situationen (U-Boot-Lieferungen an Chile und andere Länder) ist das Arbeitsplatzargument jedoch zutreffend und muß von Gegnern der Rüstungsexporte ernst genommen werden.

Die folgenden Ausführungen sind eine Inhaltsübersicht einer Reihe von Arbeiten, die in den letzten Jahren zum Thema erschienen und am Ende dieses Artikels aufgeführt sind. Alle diese Aufsätze bringen im wesentlichen identische Argumentationen. Obwohl aus linker Sicht geschrieben, versetzen sie sich in die Köpfe der Regierung und warnen vor falschen Hoffnungen, die wirtschaftspolitische Strategien in Rüstungsexporte legen (können).

Wenden wir uns zunächst Überlegungen zu, die die mittel- bis langfristigen beschäftigungs- und strukturpolitischen Effekte eines Ausbaus der Rüstungsindustrie untersuchen, um später auf die Frage des Rüstungsexports in der heutigen Situation zurückzukommen.

Rüstungsproduktion bewirkt eine langfristig folgenreiche Deformation der Industriestruktur. Die Entwicklung und Fertigung von Waffensystemen beansprucht nicht nur einen wesentlichen Prozentsatz der staatlichen Finanzmittel, sondern zieht auch schöpferische Kapazitäten, Produktionsanlagen und einen überdurchschnittlich qualifizierten Stab an Facharbeitern und Ingenieuren einer alternativen, zivilorientierten Verwendung ab. Auch heute, mitten in einer Krise mit mehr als einer Million registrierten Arbeitslosen, gibt es in weiten Teilen der Wirtschaft einen Fehlbestand an Fachkräften. Die Rüstungsindustrie hingegen bindet viele.

Ähnliches gilt für die Erhaltung und Weiterentwicklung des technologischen Standes des Industriegüterangebots. Die mit großen Aufwand an Personal und Finanzen betriebene Rüstungsforschung und -entwicklung zieht die anderweitig benötigten Kapazitäten für technologische Innovationen ab. Der viel zitierte zivile Nutzen militärischer Forschung und Entwicklung ist im Vergleich zum Aufwand gering. Spektakulär herausgestellte Einzelbeispiele, wie etwa die britisch-französische

Wundermaschine »Concorde«, die eher als Riesenspielzeug denn als ökonomisch sinnvolle Reiseverbesserung angesehen werden muß, ändern nichts an der geringen zivilen Verwendbarkeit der zunehmend komplizierteren und spezialisierteren Tötungsapparate.

Geringe Aufwendungen für Rüstung, geringe Belastung der produktiven Basis der nationalen Ökonomie durch Rüstungsforschung und -produktion stellen einen wichtigen Faktor für das überdurchschnittlich starke wirtschaftliche Wachstum, den Erfolg auf dem Weltmarkt und die Prosperität der BRD und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg dar, wie der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Kurt W. Rothschild (Kyklos XXVI, 73) am Beispiel der Entwicklung führender OECD-Länder nachgewiesen hat.

Will die Regierung durch Förderungsprogramme Arbeitsplätze schaffen, so ist sie schlecht beraten, dies im Rüstungssektor zu versuchen, denn zivile



Verwendungen von staatlichen Mitteln sind in der Regel weitaus beschäftigungswirksamer als Rüstungsausgaben. Eine Untersuchung aus den USA zeigt beispielsweise, daß eine Milliarde Dollar Endnachfrage in der Rüstungsproduktion 75 710 Arbeitsplätze schaffen kann, in der Bauindustrie aber 100 072, im

Gesundheitswesen 1989/90 und im Erschöpfungssektor 1977/79 (Ergebnisse der Input-Output-Analyse des Bureau of Labor Statistics der USA). Eine weitere nordamerikanische Analyse (Berges, Journal for Regional Science, Vol. 15, 1975) berechnet eine Verringerung der Arbeitslosenquote um 2,1 Prozent, wenn dreißig Prozent des Verteidigungshaushalts zugunsten anderer Bereiche umgeschichtet würden. Würde umgekehrt der Verteidigungshaushalt auf Kosten anderer Einnahmen um dreißig Prozent aufgestockt, so würde sich die Arbeitslosenquote um zusätzliche 1,3 Prozent vergrößern.

Die Waffenindustrie ist mehr als andere Branchen außerordentlich großen Schwankungen ausgesetzt. Wenn sie einen Großauftrag erhalten hat, geht es ihr gut, wenn die Serienfertigung zu Ende ist, liegen ihre Kapazitäten brach. Arbeitsplätze im Rüstungsbereich sind also keineswegs sicherer als in anderen Branchen. Im Gegenteil, sie sind tendenziell weit stärker gefährdet.

Rüstungsproduktion gefährdet also mittel- bis langfristig weitaus mehr Arbeitsplätze als kurzfristig in der Rüstungsindustrie geschaffen werden können. Schon aus solchen rein wirtschaftswirtschaftlichen Überlegungen heraus verbietet sich eine Ausweitung der Produktion zu Exportzwecken. Wirtschaftspolitisch sinnvoll ist hingegen eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Bereiche, die sogenannte Konversion.

Die BRD ist traditionell ein Land mit gewaltigen Exportüberschüssen. Seit gut einem Jahr aber ist der Außenhandel auch insofern in eine Krise geraten, die andere Industrieländer schon länger kennen: die Zahlungsbilanz hat ein Loch und die Devisenreserven nehmen ab.

Bilden sich in einer solchen Situation nicht Waffenexporte und eine Aufweichung des Kriegswaffenkontrollgesetzes an, zumal deutsche Waffen in aller Welt hoch begehrt werden?

Waffenexporte erweisen sich bei einigen Nachbarn jedoch als zweischneidige Schwerter bei der Lösung von Außenhandels- und Beschäftigungsproblemen. Angesichts der begrenzten Zahlungsfähigkeit der Dritten Welt (außer GPEC) gehen Rüstungsgüter regelmäßig zulasten von zivilen Importen, steigern also per saldo nicht den Export

der Industrieländer. Es findet lediglich eine Verlagerung in der Handelsstruktur statt. Schlimmer wiegt jedoch, daß Rüstungsexporte der wirtschaftlichen Entwicklung der armen Länder alles andere als förderlich sind. Knappes Kapital wird für unproduktive Panzer und Flugzeuge verwendet, die womöglich auch weitere Produktionsanlagen kaputt machen. Das Wachstum und damit die weiteren Exportmöglichkeiten für die BRD nehmen ab, sie verliert ihre Exportmärkte statt sie zu sichern. Auch unter dem Exportgesichtspunkt ist der Ausbau der deutschen Waffenindustrie also nicht zu rechtfertigen. Das wissen auch die Industrien und reagieren sehr zurückhaltend auf Exportpläne, die den Ausbau von Produktionskapazitäten voraussetzen, wie die Lieferung von Leopardern nach Saudi-Arabien.

Kurzfristige Überlegungen

Das Gewicht der Argumente gegen einen Ausbau der Rüstungsindustrie, eine Erweiterung der Kapazitäten im Hinblick auf Exporte, ist enorm. Die Waffenproduktion bindet zumeist qualifiziertes und innovatorisches Personal in zu wenig beschäftigungswirksamen, leidet mehr als andere Branchen unter konjunkturellen Zyklen und ist zur Sanierung der Zahlungsbilanz nicht geeignet. Über diese Zusammenhänge besteht Einigkeit zwischen Regierung, Rüstungsindustrie und Friedensbewegung.

Andere Überlegungen müssen jedoch angestellt werden, wenn es um die Auslastung bestehender Kapazitäten durch befristete Exportproduktion geht. Musterbeispiel ist die Lieferung von U-Booten. Es handelt sich um eine strukturschwache Branche (Werftindustrie), die prinzipiell ebenso gut für militärische wie für zivile Kunden arbeiten kann, seit Jahren aber kaum mehr Auftragsgeber findet. Zudem sind die Werften regional konzentriert, was die Folgen von Massenentlassungen verschärfen würde. In einer solchen Situation, die zwar durch eine rechtschaulende Strukturpolitik hätte abgemildert werden können, aber kurzfristig nicht wendensicherbar ist, muß ein Großauftrag aus dem Ausland allen Beteiligten wie ein Rettungsanker erscheinen. Deshalb reagieren die Mehrheit der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften positiv auf den chinesischen Auftrag, bei aller Abneigung gegen die Mörderbaiten Pinchets.

Auch in anderen Bereichen, insbesondere bei kleinen Waffen und militärischen Ausrüstungsgütern, kann eine Exportgenehmigung durch die Bundesregierung durchaus dabei helfen, in Gefahr geratenen Arbeitsplätze zu sichern. Wirtschaftspolitische Überlegungen zeigen, daß die mittel- bis langfristigen Auswirkungen der Rüstungs-

exporte eindeutig negativ sind. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß durch die Ausfuhr von Waffen Arbeitsplätze kurzfristig gesichert werden können. Waffenexporte müssen aber schon deswegen abgelehnt werden, weil sie in den Ländern, in die sie exportiert werden, verheerende Schäden anrichten. Sth.

Literatur (Auswahl):

Fischer, Martina: Arbeitsplätze durch Rüstungsexport? in: Express, Nr. 4,81, S. 3f
Grünwald, Guido: Warnung vor einem Mythos. Sichert Rüstung Arbeitsplätze?, in: Forum Europa, Nr. 1/2,79, S. 57-62
Lock, Peter u. Wulf, Herbert: Rüstung und Unterentwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 318,79, S. 3-28

Rodejohann, Jo u. Wellmann, Christian: Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze, in: der überblick, Nr. 2,81, S. 91-95

Wellmann, Christian: Rüstungsproduktion, Arbeitsplätze und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 78/79, S. 191-203

GESUNDHEITSTAG '81 in HAMBURG



Der Gesundheitstag, der letztes Jahr das erste Mal als alternative Auseinandersetzung mit dem umfassenden Thema „Gesundheit“ parallel zu dem herkömmlichen Ärztetag in Berlin stattfand, war auf großes Interesse gestoßen. Deshalb wurde für '81 wieder ein Gesundheitstag vorbereitet, der auf einen Aufhänger wie den Ärztetag verzichten kann.

Neben Themenkomplexen wie 'Gesundheit und Umwelt', 'Gesundheit oder Krieg', 'Tod und Sterben', 'Frauen', 'Schwule', 'Selbsthilfebewegung - Selbstbestimmung', 'Psychotherapie in der Krise', etc. gibt es auch diesmal wieder einen Bereich zu Gesundheit und Dritte Welt. Er behandelt im wesentlichen den Aspekt 'Krankheit und Heilung im Kulturvergleich' und die Erfahrungen von Mitarbeitern einiger Basisgesundheitsprojekte.

Das Thema 'Krankheit und Heilung im Kulturvergleich' soll anhand der Vorstellung traditioneller Heilsysteme das westliche 'Gesundheitswesen' in Frage stellen. Gleichzeitig soll mit einem Blick auf den Umgang mit Gesundheit und Krankheit anderer Völker Veränderungen der Einstellung gegenüber unserem Krank- und Gesundsein angeregt werden.

Ein völkerkundlicher Beitrag beschäftigt sich mit der Frage: „Sind Heilrituale dasselbe wie Psychotherapien?“ Darin werden Kräuterkenntnisse der Pharmakologie und der 'Böse Blick' der psychoanalytischen Therapie vergleichend gegenübergestellt. Eine Gleichsetzung des Heilrituals mit der Psychotherapie wird abgelehnt, da das Heilritual in anderen gesellschaftlichen und zudem mythischen Zusammenhängen steht, also auch andere Lebensformen als die unseren voraussetzt. Ein anderer, ebenfalls völkerkundlicher Beitrag thematisiert den Austausch zwischen schamanistischen Heilritualen und der westlichen Medizin. In einem Hospital einer nordwest-nepalesischen Stadt stehen Kranken drei traditionelle Heilsysteme und die westliche Medizin zur Verfügung. Schamane, Stammespriester und buddhistische Mönche gehen in ihren Krankheitsauffassungen und Therapieformen auf die sozialen und religiösen Ursachen einer Krankheit ein. Die westliche Medizin wird lediglich als eine sinnvolle Ergänzung zu ihren traditionellen Heilsystemen eingesetzt. Sie verzeichnet oft rasche Heilerfolge und wird als eine weitere Form der magischen Therapie verstanden.

In einem Referat über traditionelle Medizin auf den Kap Verden wird der kulturelle Einfluß der portugiesischen Kolonialisten auf die Volksmedizin untersucht.

Die Fragestellung, ob es möglich ist, traditionelle chinesische Medizin mit der westlichen Medizin zu verbinden, wird in einem weiteren Referat verneint, da beide Medizinarten auf sich widersprechenden theoretischen Grundlagen beruhen, die sich nicht vereinbaren lassen. Welchen Stellenwert nehmen auf der anderen Seite Elemente der chinesischen Medizin wie Heilkräuter, Akkupunktur und Massage in unserer Medizin ein? In dieser Arbeitsgruppe sollen möglichst viele Erfahrungen ausgetauscht werden.

Ein umfangreiches Gebiet nehmen diesmal Beiträge zu der Pharmaindustrie und ihren Praktiken in der Dritten Welt ein. Geplant sind Referate zum Einsatz von Pestiziden in der Dritten Welt, zur Geburtenkontrolle und zu Verhütungs- und Arzneimitteln. Dabei soll aufgezeigt werden, mit welchen Methoden die Pharmaindustrie ihre Profitgier befriedigt und welche Auswirkungen das auf die Menschen hat.

Seit geraumer Zeit bereitet eine Projektgruppe des Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO), eine Kampagne gegen die Machenschaften dieser Konzerne vor. Vertreter der Gruppe werden das Projekt vorstellen und Vorschläge machen, wie man gegen die Pharma-Industrie vorgehen kann. Hatte auf dem letzten Gesundheitstag der Aspekt der Solidaritätsarbeit eine wichtige Rolle gespielt, so werden nun Berichte zurückgekehrter Entwicklungshelfer über praktische Erfahrungen aus der Arbeit in Basisgesundheitsprojekten im Vordergrund stehen. Ehemalige Entwicklungshelfer der verschiedenen deutschen Entwicklungsdienste wollen in einer Podiumsdiskussion („Hilfe die Helfer kommen“) die Entwicklungshilfe problematisieren. Schließlich gibt es wieder ein großes Solidaritätsfest mit verschiedenen Musikgruppen und Informationen zu Mittelamerika.

bam

Für den Gesundheitstag vom 30. Sept. bis 4. Okt. '81 kann man sich bei der folgenden Stelle anmelden:

Büro GESUNDHEITSTAG 1981
Neubertstraße 24, 2000 Hamburg 76
Telefon: 040/2500795 oder 040/277192

Ökonomische Auswirkungen militärisch bedingten Technologietransfers

Aufrüstung und Militarismus in der Dritten Welt bringen eine Menge militärischer, politischer und sozialer Probleme mit sich: sie erhöhen die Kriegsgefahr, d.h. die Neigung, innen- und außenpolitische Konflikte mit Waffen zu entscheiden; sie sichern die Macht privilegierter Oberschichten zum Nachteil der übrigen Bevölkerung militärisch ab und verlängern bzw. verschärfen damit noch das Leiden der verarmten Massen an den sozialen Mißständen und Ungleichheiten. Aber Aufrüstung und Militarismus haben auch einschneidende ökonomische Konsequenzen. Es geht in dem nun folgenden Artikel darum, die Folgen von Rüstungsimporten für die Wirtschaften unterentwickelter Länder darzustellen. Denn die große politische Macht des Militärs bedeutet auch, daß dieses weitgehend bestimmt, welche Art von Gütern das Land einführt und welche Güter im Zuge des Aufbaus einer eigenen Industrie hergestellt werden.

In der entwicklungspolitischen Diskussion ist häufig die These vertreten worden, das Militär eigne sich besser als jede andere Organisation dazu, die Industrialisierung eines Entwicklungslandes voranzutreiben. Denn es gewähre äußere und innere Sicherheit, funktioniere im Vergleich zu anderen staatlichen und privaten Einrichtungen relativ gut und verfüge über ausgebildete Techniker usw. Selbst wenn die Militärs bei Industrialisierungsversuchen vorwiegend auf die Produktion von Waffen und militärischem Gerät abzielen, würde eine solche militärische Industrialisierung doch auch Anstöße zur Schaffung von Kapazitäten für die Produktion ziviler Güter geben, da Rüstungsproduktion auf Vorleistungen anderer Industriezweige angewiesen sei. So könne dann aus militärischem Interesse die Errichtung ganzer Industrien wie Schwer-, Automobil- oder Flugzeugindustrie initiiert werden. Die Beispiele von Ländern, die eine sog. „nachholende kapitalistische Industrialisierung“ (u.a. mit einer umfangreichen Rüstungsindustrie) durchgeführt haben, wie im 19. Jahrhundert das zaristische Rußland oder Japan, scheinen diese Behauptungen zu bestätigen. Während es für Japan offenbar möglich gewesen ist, den allgemeinen Stand der damaligen Industrialisierung zu erreichen (führend waren Schwer- und eisenverarbeitende Industrie), so scheint es doch heute für Entwicklungslander ein Ding der Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit auf das enorm fortgeschrittene Industrialisierungsniveau der Industrienationen zu kommen, das heute zusätzlich eine hochgradige Diversifizierung in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungs- und Forschungsbereich verlangt.¹⁾

Im folgenden sollen nun die negativen ökonomischen Auswirkungen militärisch bedingten Technologietransfers in Entwicklungsändern beschrieben werden (s. Begrifflichkeit s. Kasten!). Ich werde dabei im wesentlichen der Darstellung von H. Wulf, „Rüstungsimport als Technologietransfer“, folgen.²⁾ Wulf zeigt die negativen Auswirkungen der Rüstungsimporte an den vier Bereichen „Importkapazität“, „Industrialisierung“, „Infrastruktur“ und „Beschäftigung“ auf. Ausgeklammert werden die Bereiche „Energie“ und „Rohstoffe“, die zwar nicht unbedeutend wichtig sind, die aber laut Wulf nur weiteres Faktormaterial, nicht aber grundsätzlich neue Einsichten für das Thema bringen würden.

ERLÄUTERUNG EINIGER BEGRIFFE

Waffensystem: — Waffe +

In W
gen:

Güter und Dienstleistungen
Zusatzgeräte und
rüstungsg-

P

Be-

und

in

Transfermethoden:

- Direktexport von Waffensystemen
- Exporte von Teilen, Subsystemen, die vor Ort einsam montiert werden
- Verlagerung von Produktionsstätten
- Koproduktion
- Verleihung / Vermietung (Waffen „leasing“)

Albatros Verlag
Postfach 180155
D-6000 Frankfurt/M-19

1. Reduzierung der Importkapazität durch Rüstungsimporte

Unter „Importkapazität“ versteht man die internationale Zahlungsfähigkeit eines Landes, u.a. seinen Bestand an Devisen. Diese braucht es, um die Importe von Gütern, die es nicht besitzt, aber für den eigenen Konsum oder die eigene Produktion benötigt, bezahlen zu können.

Die Importkapazität nun, die von Rüstungseinfuhren aufgebraucht wird und daher für Zivilgüterimporte fehlt, ist zum Teil sehr erheblich. Dabei muß noch in Rechnung gestellt werden, daß die veröffentlichten Daten zu Rüstungsimporten meist zu niedrig bzw. unvollständig angegeben sind. Bei 10 der wichtigsten Rüstungsimportländer (vgl. Tabelle) betrugen die Rüstungseinfuhren im Zeitraum von 1966 – 1975 mehr als 10 % des Gesamtimports, bei Ländern wie Südkorea, Syrien und der Türkei zeitweise sogar 20 % und mehr. In Zeiten, in denen die Importkapazität schrumpft, werden z.T. bestehende zivile Industrialisierungsprogramme zusammengestrichen, während der Umfang militärischer Importe durchaus aufrechterhalten wird. So stehen militärische Ausgaben häufig in direkter Konkurrenz zu zivilen. Als 1976 im Iran die Öleinnahmen zurückgingen, legte man die Pläne zur Errichtung von drei Ölraffinerien und einer Kunstdüngerfabrik zusammen mit anderen Projekten auf Eis, die Militärprogramme hingegen blieben unangetastet. In Indien sollen die Devisenkosten der beiden Kriege von 1965 und 1971 als gewichtiger Faktor zum Rückgang des industriellen Wachstums in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre beigetragen haben.³⁾

Der hohe Anteil der Rüstungseinfuhren am Gesamttechnologieimport in den Hauptrüstungsimportländern führt auf lange Sicht dazu, daß die Importstruktur dieser Länder sich zunehmend auf militärische „Erfordernisse“ ausrichtet. Denn hat man erst einmal hochwertige moderne Waffensysteme oder entsprechende Produktionstechnologie im Land, dann wird man die (Un)Geister, die man rief, nicht so leicht wieder los. Jeder dieser Importe zieht eine Kette zusätzlicher Nachfrage und ergänzender Lieferungen nach sich; die Einfuhr weiterer Waffensysteme, Ersatzteile, Wartungsinstrumente, Dienstleistungen usw. wird erforderlich, die nicht unbeträchtliche Folgekosten entstehen lassen. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

- Die Rüstungsexporte der USA von 1950 – 1975 setzten sich wie folgt zusammen:

Waffen und Munition	40,4 %
Ergänzende Ausrüstung	18,5 %
Ersatzteile	17,1 %
Ergänzende Dienstleistungen	24,0 %

Nicht einmal die Hälfte fiel auf die „eigentlichen“ Waffen, nämlich Waffen und Munition.

- Nach Berechnung der Rand Corporation (= US-Rüstungsunternehmen) betragen die Folgekosten für Kampfflugzeuge bei einem Einsatz von 300 Stunden pro Jahr in 15 Jahren rund 57 % der gesamten Systemkosten
- Die Kosten des Kampfflugzeuges F-5, das Ägypten von den USA kaufte, erhöhten sich flugs von 400 Mio. Dollar auf 700 Mio. Dollar, weil Ägypten (als unterentwickeltes Land) zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen in seinen Luftbasen treffen mußte (die normalerweise in einem entwickelten Land schon vorausgesetzt werden können. Hier tritt das zusätzliche Problem eines Entwicklungslandes zutage, das rüstungstechnologisch über seine Verhältnisse lebt).
- Die Betriebskosten für einen modernen Hub-schrauber belaufen sich bei 200 Flugstunden auf jährlich 100.000 DM. Für Uganda bedeutet der Hub-

Hauptrüstungsimportländer der Dritten Welt

Land	Jahr	Währungs-reserven in Mio. US \$	Rüstungs-importe in Mio. US \$	Rüstungs-importe in % zu Gesamt-importen
1. Ägypten	1965	193	92	9,9
	1970	167	369	46,9
	1975	294	175	4,7
2. Griechenland	1965	250	62	5,5
	1970	310	188	9,6
	1975	931	182	3,3
3. Indien	1965	599	181	4,6
	1970	1.006	159	5,7
	1975	1.373	141	2,2
4. Iran	1965	236	49	5,7
	1970	208	234	14,1
	1975	8.697	990	9,6
5. Irak	1965	234	38	8,4
	1970	462	51	10,0
	1975	2.727	434	10,3
6. Israel	1965	643	51	6,2
	1970	449	216	15,3
	1975	1.183	674	16,3
7. Korea (Süd)	1965	146	106	22,9
	1970	610	268	13,5
	1975	1.550	148	2,0
8. Libyen	1965	246	9	7,8
	1970	1.560	86	15,5
	1975	2.195	260	7,3
9. Saudi-Arabien	1965	726	33	6,4
	1970	682	43	6,2
	1975	23.319	319	4,6
10. Syrien	1965	45	14	6,6
	1970	55	73	20,4
	1975	735	343	20,6
11. Taiwan	1965	300	70	12,6
	1970	624	235	15,4
	1974	1.191	136	2,1
12. Türkei	1965	141	119	20,6
	1970	431	252	28,2
	1975	1.064	186	4,0
13. Vietnam ²⁾	1965	178	366	102,5
	1970	241	885	272,3

Quelle US Arms Control and Disarmament Agency, World Military Expenditures and Arms Transfers, versch. Jhg. UN, Statistical Yearbook, versch. Jhg. und UN Monthly Bulletin of Statistics UN, Bulletin of Statistics on World Trade in Engineering Products 1975, New York 1977 UN, Commodity Trade Statistics, Statistical Papers, Series D I.M.F., International Financial Statistics, August 1977

- 1) Zum Ausgleich der sprunghaften Entwicklung von Rüstungsimporten durch die Lieferung von Großwaffensystemen wurden Durchschnittswerte vom angegebenen Jahr und dem Vorjahr verwendet.
- 2) Nur das vormalige Südvietnam.

schraubereinsatz Kosten pro Jahr von rund 2,3 Mio. DM, für Marokko 10 Mio. DM und für Niger 1,8 Mio. DM, zum größten Teil in Devisen.

- Die Materialerhaltungskosten für einen amerikanischen Kampfpfeiler M-48 mit einer 105 mm-Kanone, der in einer Reihe von Entwicklungsländern im Einsatz ist, betragen pro Jahr bei nur 1.000 gefahrenen Kilometern 29.000 DM. Bei modernen Panzern wie dem „Leopard 2“ verdreifacht sich diese Summe.



Eine Parade mit Tanks in Somalia

Für die meisten Waffengattungen muß ein umfassendes logistisches System (mit meist hohem Importgehalt) organisiert werden, um die Geräte einsatzfähig zu halten. Wenn in einer Armee moderne Kampfmittel wie der westdeutsche „Lanard“ eingesetzt werden, müssen zusätzlich Schutzanzüge beschafft werden, damit die bedrohten Infanterie noch genügend schnell bewegen kann wie der Kampffahrer. Ebenso sah sich der Iran nachdem er sich für den Kauf des amerikanischen F-14 Kampfflugzeug entschieden hatte, zu verlangen, auch das Flugabwehrwaffensystem A-103 zu beschaffen, weil die volle Kampfleistung der F-14 von dessen Radarunterstützung bei der Ortung der Flugziele abhängt.

Ein großer Teil der Einkaufskosten für moderne Waffensysteme fällt in Form von Devisen an, die die erforderlichen Ersatz- und Wartungsgeräte, Ersatzteile und Subsysteme von den Entwicklungsländern selbst nicht hergestellt werden können (entweder auf Grund mangelnder technischer Kapazitäten oder auf Grund technologischer Monopole der Herstellerfirmen). Die Situation verschärft sich noch durch die steigende Komplexität der Waffen sowie durch den immer größer werdenden Kapitaleinsatz bei Produktion, Betrieb und Wartung von militärischen Geräten. Eine weitere Komplikation hervorgerufen wiederum die Notwendigkeit Know-how in Form von immer mehr ausländischen Spezialisten zu „importieren“, die allein noch in der Lage sind, die komplexierten Waffensysteme zu betreiben und instandzusetzen. Die Importkapazität eines unterentwickelten Landes wird dadurch durch einen zusätzlichen Faktor belastet und reduziert.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die Abstandsvergrößerung der Hauptproduktionszentrierender durch Rüstungsimporte und deren Folgekosten weiter wachsen wird. Ausgenommen von dieser Entwicklung werden insbesondere die reichen Oilerländer wie Libyen und Saudi-Arabien, vielleicht Iran und Irak sein. Doch selbst im Iran, der Schätzungen, wo die Regierung von 1973/74 über 100 Milliarden

aus Einkünften aus Erdölverkäufen verfügte, war der Staatshaushalt von 1975 ein Defizit aus. Die politische Entwicklung im Iran, die zum Sturz des Schah führte, wurde nicht zuletzt durch die aufgestaute Rüstung und deren katastrophale Folgen beeinflusst. Der unterentwickelte Iran hatte zur Revolution von Industriemitteln verdrängt, die eng mit den Rüstungsindustrien verknüpft waren. Diese Entwicklung war zudem die Folge der durch die ökonomische Nachkriegsdeformation verursachten Wirtschaftskrisen, die insbesondere in der Entwicklungsländer zu beobachten sind. Hier geht es nicht nur um die Bevölkerungsmehrung, sondern auch um die Landeskatastrophe zu bekämpfen, die durch die wirtschaftliche Krise hervorgerufen wird. Die Verknüpfung zwischen der ökonomischen Krise und der Rüstungsindustrie ist ein zentraler Punkt, der die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Entwicklungsländer drängt.

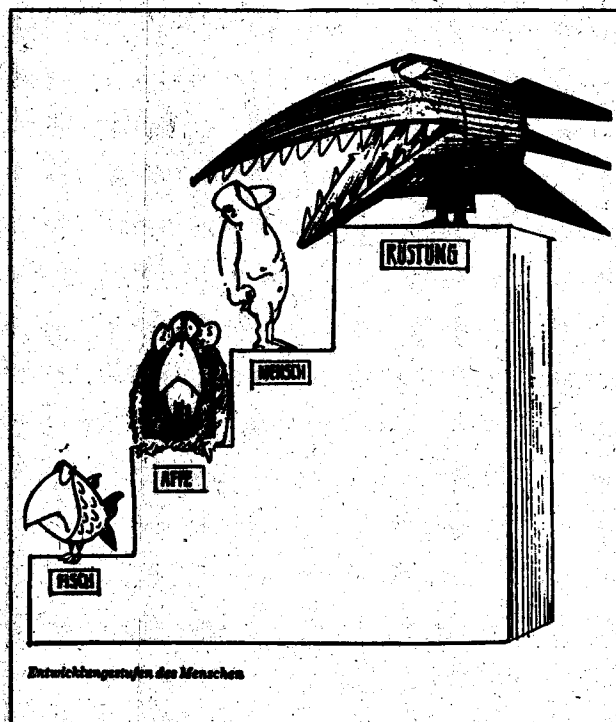


2. Militärisch bedingte Industrialisierung

In diesem Abschnitt geht es um eine Einschätzung der Frage, ob ein unterentwickeltes Land auf dem (Um-)Weg über den Aufbau einer Rüstungsindustrie eine allgemeine Industrialisierung erreichen kann.

Der Aufbau einer Rüstungsindustrie soll, so wird oft behauptet, eine „Pilot“- oder „Lokomotiv“-Funktion für eine allgemeine Industrialisierung besitzen können. Denn die Rüstungsindustrie braucht wegen ihres hohen Bedarfs an Ersatzteilen und technisch hochwertigen Materialien eine Basis- und Zulieferindustrie. Sie kann nicht isoliert, sondern nur im Rahmen einer breiter angelegten Industrie existieren.

Beispielsweise setzt eine eigene Kampfflugzeug- und Rakettenindustrie eine leistungsfähige Leichtmetall- und Elektronikindustrie sowie hochspezialisierte Entwicklungs- und Produktionserfahrungen in der Metallurgie voraus. Schiffsbau und Panzerproduktion basieren u.a. auf Vorleistungen der Stahlindustrie und Kenntnissen in der Produktion und Bearbeitung von großen Gießereistücken. Darüber hinaus brauchen sie Zulieferungen insbesondere aus dem Werkzeugmaschinenbau, an den für die Waffenproduktion charakteristisch hohe Präzisionsanforderungen gestellt werden.



Die 13 größten Waffenexportländer der Dritten Welt (1970–1979)

An- nehmer	Gesamt- wert in Mio US-Dollar	Prozentanteile an Waffenexport aus der Dritten Welt	wichtigste Empfänger- länder	Prozentanteil des Empfängers am Export des Annehmers
Israel	447	26	Südafrika Argentinien El Salvador	35 29 6
Brasilien	349	21	Libyen Chile Abu Dhabi	25 23 6
Iran	160	9	Pakistan Jordanien Äthiopien	75 21 2
Jordanien	159	9	Südafrika Oman Pakistan	90 10 0,2
Südafrika	150	9	Zimbabwe Rhodesien Malawi	98,7 1,3
Libyen	107	6	Uganda Syrien Pakistan	70 24 0,1
Singapur	46	3	Brunei Thailand Kuwait	62 21 2
Argentinien	39	2	Chile Mauretanien Uruguay	54 20 13
Saudi Arabien	31	2	Somalia Jemen, Nord Oman	65 33 2
Kuba	28	2	Peru	100
Ägypten	25	1	Somalia Nigeria Libyen	64 10 5
Indien	18	1	Südafrika Bangladesh Nepal	61 27 12
Indonesien	16	1	Benin Zimbabwe Rhodesien Thailand	63 25 13

Quelle: SIPRI-Jahrbuch 1980

Die Rüstungsindustrie ist insgesamt, viel stärker als die chemische- oder die Stahlindustrie, von einer breiten Palette von Zulieferern abhängig, da moderne Waffensysteme aus extrem vielen Einzelteilen unterschiedlichster Art bestehen. So setzt sich allein der Turm eines modernen Flugabwehrpanzers wie des bundesdeutschen „Gepard“ aus 50 Baugruppen mit über 10.000 Einzelteilen zusammen. Doch die durch die Rüstungsindustrialisierung erzielten „Koppelungseffekte“ zu zivilen Produktionszweigen sind äußerst problematisch. Rüstungsproduktion arbeitet sehr kapitalintensiv, und die Industrien, die durch sie geschaffen werden, haben ebenfalls einen unverhältnismäßig hohen Kapitalbedarf. Ihr hohes technisches Niveau übersteigt den allgemeinen Stand der Technisierung eines Entwicklungslandes in der Regel um ein Vielfaches und ist keineswegs an der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung orientiert. Denn dafür müßte es den Möglichkeiten des Landes angepaßt und auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, also arbeitsintensiv, ausgerichtet sein. Der hohe Stand der Rüstungstechnologie ist aber für eine brauchbare Zivilproduktion – und das gilt z.T. selbst für die Industrieländer – gar nicht erforderlich. Die technologischen Zwänge der Rüstungsindustrie führen schließlich dazu, daß fast die gesamte übrige Industrieproduktion auf die Nachfrage der Rüstung mit ihrer überzüchteten Technologie zugeschnitten wird. So wurde z.B. die südkoreanische „Special Steel Corporation“ nur gegründet, um jährlich 140.000 t spezielle von der Rüstungsindustrie benötigte Stähle zu produzieren.

Daß der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie nicht, wie erhofft, die Importabhängigkeit verringert, weil die einheimische Zuliefererindustrie noch zu schwach ist, zeigt sehr plastisch das Beispiel des argentinischen „Counter-Insurgency“-Flugzeugs „Pucara“: obwohl Argentinien seit Jahren über eine eigene Flugzeugindustrie verfügte, mußte es für die Produktion dieses gar nicht einmal extravaganten Flugzeugs fast alle wichtigen Subsysteme importieren.

Ein weiteres Problem stellt sich im Zusammenhang mit der Vermarktung. Rüstungsgüter sollten wegen der äußerst

hohen Herstellungskosten in großen Stückzahlen produziert werden. Der inländische Markt ist aber meistens zu klein, um größere Mengen militärischer Produkte aufzunehmen; deshalb drängt man zum Export (der außerdem zur Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanzen dienen soll). Da ein Entwicklungsland wegen seines Mangels an Material- und Geldmitteln selten die hohen Stückzahlen erreicht, die für eine rentable Produktion nötig wären, müssen Rüstungsexporte staatlich subventioniert werden, um auf den internationalen Waffenmärkten überhaupt eine Absatzchance zu haben. Das nicht-erreichte Produktionsziel und die daraus folgenden negativen Auswirkungen verstärken sich hier gegenseitig. Die Subventionen drücken erheblich auf „Staatsäckel“, was wiederum die Importkapazität schmälert und die auf Technologieimporte angewiesene Produktion behindert. Hinzu kommt noch, daß die Konkurrenten auf dem internationalen Waffenmarkt häufig dieselben Firmen sind, die die eigene Produktion durch ihre Technologielieferungen überhaupt erst ermöglichen. Gegen diese übermächtige Konkurrenz, von der man eben zu allem Übel auch noch technologisch abhängig ist, können sich waffenexportierende Entwicklungsländer kaum behaupten.

Ironischerweise ließe sich diese Schwierigkeit nur überwinden, wenn diese Entwicklungsländer in die weltweiten Vermarktungsstrategien der großen Rüstungskonzerne einbezogen würden. Doch damit wäre auch der letzte Rest von Unabhängigkeit durch eigene Rüstungsproduktion aufgegeben, die Katze biße sich ein weiteres Mal in den Schwanz.⁴⁾

Als Resultat ließe sich festhalten: der Versuch unterentwickelter Länder, über die Schaffung von Rüstungsproduktionskapazitäten eine allgemeine Industrialisierung zu initiieren, muß scheitern, weil diese auf einem viel zu hohen Technologieniveau ansetzt und bei weitem zu teuer ist. Sie verstärkt die Importabhängigkeit (oder verlagert sie nur auf andere Sektoren), anstatt sie zu verringern. Schließlich wird mit einer derartigen Industrialisierung eine Wirtschaftspolitik betrieben, die der Befriedigung der Grundbedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung zuwiderläuft (einmal unterstellt, daß die Regierungen daran überhaupt ein Interesse haben).

liche

systeme
Der

der

Aus

oder
Der

strukturmaßnahmen zeigt sich
modernen Waffensystemen:

- *Moderne Kampfflugzeuge erfordern nicht nur neue Flugplätze mit entsprechend langen Landebahnen usw., sondern auch moderne Radar- und Flugabwehrsysteme, um funktionsfähig zu sein.*
- *Moderne Kriegsschiffe haben umfangreiche und kostspielige Hafenanlagen und Reparatureinrichtungen zur Voraussetzung.*

Modernes militärisches Gerät, das mit immer mehr elektronischen Instrumenten ausgerüstet wird, bedarf, um überhaupt vom Boden abzuheben, zu rollen, zu schwimmen oder zu schießen, einer elektronischen „Umwelt“, die in unterentwickelten Ländern quasi als technologische Niemandsland transplantiert wird.

Der hohe Aufwand militärischer Infrastruktur tritt auch beim Straßenbau deutlich zutage. Beispielsweise wurden in der Türkei bereits in den 50er Jahren Straßen gebaut, die für die NATO-Strategie eine Rolle spielen. Der Aufwand hierfür überstieg weit das für die Entwicklung im zivilen Bereich erforderliche Maß. Straßen und Brücken mußten breit genug sein, um Panzer tragen zu können und Landemöglichkeiten für Leichtflugzeuge zu bieten. Die Straßenführung mußte sich an der Geschwindigkeit von Lastkraftwagen orientieren, und der Verlauf des Straßennetzes gehörte ganz strategischen Ansprüchen. Nach ähnlichen Gesichtspunkten veranfaßte das indische Militär Straßenbauprojekte in nahezu menschenleeren Gegenden Sikkims und Birmas entlang der chinesischen Grenze, denen ausschließlich militärisch-strategische Bedeutung zukam.

Ein großes Problem bilden auch Infrastruktureinrichtungen, die im Rahmen von Militär „hilfe“ durch Industrieländer gebaut wurden und das Entwicklungsland mit einem langen Schwanz von Folgekosten belasten (z.B. die Militärbasen in Thailand, die nach dem Vietnamkrieg von den Amerikanern verlassen wurden und auch für das Land eine untragbare finanzielle und personelle Bürde darstellen).

Eine der größten (und perversesten) Blüten, die solche militärischen Infrastrukturmaßnahmen in einem Dritte-Welt-Land trieben, ist ein Projekt in Saudi-Arabien, wo mitten in der Wüste eine komplette Militärstadt aus dem Boden gestampft wird. Die Gesamtkosten dieses Projektes sind mit 6 Mrd. US-Dollar veranschlagt. „King Chalid Military City“, wie sich dieses gigantische Bollwerk nennt, soll von 6.500 Soldaten samt ihren Familien bewohnt werden, womit etwa 1 Mio Dollar Kosten auf jeden Soldaten entfallen. Rund 75 % des Baumaterials wird importiert und muß mit erheblichem Aufwand von Schiffen entladen werden (z.B. Löschung von Zement mit Hubschraubern. — (Aber sie haben's ja, die Saudis!)). Daß Infrastrukturmaßnahmen, die auf Grund militärischer Projekte erforderlich sind, riesige Ausmaße annehmen, läßt sich außerdem durch einen Vergleich zur Installation von Kernkraftwerken veranschaulichen. Die Kosten von in wenig erschlossenen Gebieten im Iran errichteten Kernkraftwerken haben sich als geringer herausgestellt als die Kosten für die „begleitenden“ Infrastrukturmaßnahmen (Wasserversorgung, Wohnungen, Straßen, Moscheen etc.).

Aber nicht nur die direkten Kosten sind enorm. Denn die Bereitstellung von Infrastruktur für den Einsatz militärischen Geräts zieht auch die Verwendung kapitalintensiver Technologien im zivilen Bereich nach sich und bedeutet dann auch wachsende Importabhängigkeit von den Industrieländern.

Ergänzend ist noch festzustellen, daß durch militärische Infrastrukturmaßnahmen nicht nur alternative zivile verhindert werden, sondern daß auch bereits bestehende vernachlässigt werden und verfallen. Mitunter kann die Existenzgrundlage ganzer Produktionsweisen und Berufsgruppen einzelner Gebiete gefährdet werden, wie es beispielsweise im Subsistenzsektor von Landwirtschaft und Fischerei vorgekommen ist. Dann werden lebensfähige Erwerbszweige im Zuge des Baus moderner Verkehrssysteme in den Markt eingegliedert oder von bestimmten Standorten verdrängt, was für die betroffene Bevölkerung eine einschneidende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bedeuten kann.

4. Beschäftigungseffekte

Die Militärapparate der ganzen Welt verlangen nicht nur für die Produktion von Waffen, sondern auch für deren Betrieb, Wartung und Reparatur große Mengen qualifizierten Personals. Dieses Personal wird dabei stets zivilen Bereichen entzogen, es wird gesellschaftlich wie wirtschaftlich im unproduktiven Rüstungssektor vergeudet.

Man kann zwar in eingeschränktem Maße in unterentwickelten Ländern davon sprechen, daß im Militärdienst wichtige technische Fähigkeiten z.B. im Straßenbau, der Reparatur von Lastkraftwagen und in der Landwirtschaft erworben werden, die hinterher auch in zivilen Bereichen nützlich sind. Es gilt jedoch zu bedenken, daß dieser Weg des Erwerbs von Fähigkeiten immerhin einen Umweg bedeutet. Anders verhält es sich allerdings beim Erlernen von hochspeziellen Fähigkeiten, z.B. zur Wartung von Kampfflugzeugen, zur Entwicklung von Raketenantriebsaggregaten oder zur Bedienung von Maschinengewehren und Haubitzen. Diese Fähigkeiten sind wohl für den Einsatz in zivilen Bereichen ziemlich untauglich.

Obwohl die schier unersättliche Nachfrage des Militärapparates nach Personal (Soldaten und Zivilpersonal) eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitsplätzen schafft — in Entwicklungsländern ist das Verteidigungsministerium oft der größte Arbeitgeber —, so sind diese Arbeitsplätze doch im

Vergleich zu zivilen zu teuer. Es liegen zwar aus Entwicklungsländern kaum brauchbare Daten vor, nach denen man die Kosten militärisch gebundener Arbeitsplätze berechnen könnte. Doch dürfte es sich hier ähnlich verhalten wie in den USA, für die man errechnet hat, daß durch Ausgaben des Militärhaushalts weniger Arbeitsplätze geschaffen werden können als durch alternative öffentliche Ausgaben (z.B. Investitionen in Landwirtschaft und verarbeitender Industrie). Im Endeffekt verstärken also die Militärausgaben bei den ohnehin nur knappen Finanzmitteln von Dritte-Welt-Staatendie strukturelle Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Die beschäftigungsfördernde Wirkung militärischer Personalsnachfrage wird in dem Maße wieder zurückgenommen, als technisch immer kompliziertere Waffensysteme und Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden. Denn die meist geringe Anzahl einheimischer Fachkräfte muß durch einen wachsenden Anteil von Spezialisten aus dem Ausland ergänzt werden. Diese verlangen in der Regel hohe Bezahlung und einen ihrem Herkunftsland entsprechenden Lebensstandard, ein Faktor, der sich sehr negativ auf die Zahlungsbilanzen niederschlägt (ganz zu schweigen von der zusätzlichen Auslandsabhängigkeit, die dadurch entsteht). Zur Illustration des hohen ausländischen Fachkräftebedarfs sei noch einmal das Beispiel des Iran zur Schatzzeit genannt: als dieser in den USA sieben Boeing-AWACS-Radarfrühwarnsysteme bestellte, wurde für die volle Einsatzfähigkeit des Überwachungssystems sowie der bereits gelieferten zwölf Westinghouse — ADS-4-Bodenradaranlagen ein Bedarf von nicht weniger als 10.840 Fachkräften, meist Amerikanern, errechnet. Um den Mangel an einheimischem Fachpersonal auszugleichen, werden Lehrpläne an Technologieinstituten und Ingenieurschulen auf die Bedürfnisse des Militärsektors ausgerichtet. Die Beschäftigungsaussichten und Verdienstmöglichkeiten der so ausgebildeten Techniker und Ingenieure sind dann zwar im Militärbereich ausgezeichnet, sofern dort genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, sie sind aber auch auf diesen Bereich beschränkt. Finden Absolventen dort keine Arbeit, schwimmen sie häufig mit in dem großen Strom von qualifizierten Fachkräften in Richtung „Erste Welt“, den man allgemein „brain drain“ nennt. Bekannt wurde beispielsweise, daß in den 60er Jahren ägyptische Raketentechniker auf der Suche nach Arbeit auswanderten, und daß argentinische Kernphysiker ihr Land verließen, als das aus militärischen Gründen stark vorangetriebene argentinische Atomprogramm wegen finanzieller Engpässe reduziert wurde.

5. Ergebnisse

Ich habe, vorwiegend an Hand der Ausführungen H. Wulfs, versucht, die wirtschaftliche Seite der Militarisierung unterentwickelter Länder darzustellen. Es sollte eine ökonomische Kritik an den Aufrüstungsprozessen in der Dritten Welt sein, gemessen an den negativen Folgen, die sie für die Nationalökonomien haben. Als Ergebnis kann festgehalten werden:

- Aufrüstung ist für die meisten unterentwickelten Länder zu teuer.
- Rüstungsimporte verschlingen Unmengen knapper Mittel wie Gelder, Rohstoffe und Arbeitskräfte und verhindern damit Entwicklung.
- Rüstungsimporte vertiefen die technologische und finanzielle Abhängigkeit von den Industrienationen.
- Versuche, über militärische Nachfrage im zivilen Bereich Industrie, Infrastruktur oder Arbeitsplätze zu schaffen,

müssen als unnötiger und zu kostspieliger Umweg angesehen werden. Militärisch initiierte Industrialisierung legt diese einseitig auf Rüstungsproduktion und deren überhöhtes Technologieniveau fest.

- Rüstungsimporte und militärische Ausrichtung der Wirtschaft ignorieren nicht zuletzt in zynischer Weise das berechtigte Verlangen eines Großteils der Bevölkerungen nach Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse und der Verwirklichung daran orientierter Entwicklungsstrategien.

pewe

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Ulrich Albrecht/Dieter Ernst/Peter Lock/Herbert Wulf, *Rüstung und Unterentwicklung. Iran, Indien, Griechenland/Türkei: die verschärfte Militarisierung*, soroto aktuell 4004, (1976), S. 184.
- 2) Herbert Wulf, *Rüstungsimporte als Technologietransfer. Die negativen Auswirkungen von Rüstungsimporten auf die Industrialisierung in Peripherieländern*, (Weltforum-Verlag, 1979), 4. Kap. — Vgl. auch die Rezension in: *blätter des iz3w*, Nr. 88, Sept. 1980, S. 42 f.
- 3) Vgl. Mary Kaldor, *Rüstungsbarock. Das Arsenal der Zerstörung und das Ende der militärischen Techno-Logik*, (Rotbuch-Verlag Berlin, 1981), S. 115
- 4) Von dieser allgemein gültigen Situation gibt es bisher nur wenige Ausnahmen. So hat es Brasilien geschafft, sich durch die Qualität und Robustheit seiner Rüstungsprodukte einen gewissen Exportmarkt zu sichern. Seine wüstengängigen Panzermodelle (Cascavel EE-9, Urutu EE-11 u.a.) sind sogar eine Art Export-schlager für Länder in Nah- und Mittelost geworden. Vgl. Anton Leicht, „Rüstungsexportland Brasilien“, in: *der überblick*, (März 1981), 24 ff.
- 5) Vgl. Wulf, *Rüstungsimporte als Technologietransfer*, S. 225, Anm. 1.
- 6) Vgl. Informationszentrum Dritte Welt Freiburg (Hr.), *Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?*, (1978), S. 163, Anm. 1.



MILITÄRPOLITIK DOKUMENTATION

Erscheint viermal im Jahr. Bezugspreise (inkl. Porto und MwSt.):

- im Abonnement für Institutionen DM 50,00
- im Abonnement für Einzelpersonen DM 25,00
- als Einzelheft DM 7,50
- bei Sammelbestellung ab 10 Expl. DM 6,00
- bei Sammelbestellung ab 25 Expl. DM 5,00

Hefte der MILITÄRPOLITIK Dokumentation:

- Heft 7 Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland (117 S.)
- Heft 8 Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs. Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (65 S.)
- Heft 9/10 Rüstungswerbung in der Bundesrepublik (125 S.)
- Heft 11/12 Die Friedensarbeit der Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (168 S.) Einzelheft DM 9,50; ab 10 Expl. DM 8,50; ab 25 Expl. DM 7,50.
- Heft 13 SIPRI-Jahrbuch 1979 (Auszüge) (56 S.)
- Heft 14/15 Rüstungstransfers und Dritte Welt (136 S.) Einzelheft DM 9,50; ab 10 Expl. DM 8,50; ab 25 Expl. DM 7,50
- Heft 16 Atomkriegsfolgen (88 S.)
- Heft 17 SIPRI-Jahrbuch 1980 (Auszüge) (110 S.)
- Heft 18 Rechtliche Grenzen von Rüstungsproduktion und Rüstungshandel. Vorwort von Norbert Gansel, MdB (90 S.)
- Heft 19 Militär und Gewalt im südlichen Afrika (134 S.)
- Heft 20 Frauen und Militär (in Vorbereitung)
- Heft 21 Rüstungspreise, Rüstungsprofite, Rüstungs-inflation (in Vorbereitung)
- EXTRA 1 Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben in 140 Ländern der Erde. Hrsg. v. Ruth Leger Sivard. Vorwort v. Karsten D. Voigt, MdB. (Großformat, 36 S.) Einzelheft DM 6,80; ab 2 Expl. DM 5,80; ab 5 Expl. DM 4,50; ab 10 Expl. DM 4,00; ab 20 Expl. DM 3,50.
- EXTRA 2 USA — UdSSR / Supermächte zwischen Intervention und Selbstüberschätzung. Dokumentation der inneramerikanischen Diskussion. Vorwort v. Gert Krell. (Großformat, 152 S.) Einzelheft DM 9,50; ab 10 Expl. DM 8,50; ab 25 Expl. DM 7,50

HAAG + HERCHEN Verlag GmbH
Fichardstraße 30 — 6000 Frankfurt / Main 1

NEUERSCHEINUNG

Geschichte und Gegenwart wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Unterdrückung in Bolivien.

Herausgeber: Bolivienhilfe des BDKJ Trier — Informationsstelle Lateinamerika Bonn

Dieses Buch zeigt, wie das einstmalige reiche Bolivien durch rücksichtslose Machtinteressen und durch massive ausländische Eingriffe zu einem „Unterentwickelten“ Land gemacht wurde.

ca. 400 S., 12,— DM, Bestell-Nr. 03 012
Bezug: ila, Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

sozialistisches

OSTEUROPAKOMITEE

- INFO 39; Eurokommunismus in der Sowjetunion — Thesen einer oppositionellen Gruppe; CSSR: Berichte und Dokumente über die Repression gegen Charta - 77
- INFO 40; Abovin-Eguides/Podrobinek: Probleme der demokratischen Bewegung in der Sowjetunion; Polen: NOWA — ein Untergrundverlag; CSSR: Prag — Kabul — Olympische Spiele?; UdSSR: Frauenalmanach. Mai 1980 DM 2,00

Bezugsbedingungen: Alle Bestellungen an SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13;

Militärausrüstung und Rüstungstendenzen in Lateinamerika

Im Zeitraum von 1945 bis 1976 wurden auf der ganzen Welt insgesamt 120 Kriege geführt, von denen dreißig in Lateinamerika stattfanden¹. Unterscheidet man zwischen internen Anti-Regime-Kriegen und internationalen Konflikten, ergibt sich für den amerikanischen Subkontinent ein ausgesprochen ungleiches Verhältnis. So waren zwanzig Kriege das Ergebnis von innerstaatlichen Auseinandersetzungen, davon jeweils zehn mit und zehn ohne ausländische Beteiligung, während nur drei zwischenstaatliche Konflikte – Costa Rica – Nicaragua (1955), Honduras – Nicaragua (1957) und der sogenannte Fußballkrieg El Salvador – Honduras (1969) – stattfanden. Damit liegt Lateinamerika nur geringfügig hinter Afrika, was die Zahl der gewaltsamen Konflikte anbetrifft. Angesichts der systemerhaltenden Rolle, die die lateinamerikanischen Streitkräfte mit wenigen und schnell vorübergehenden Ausnahmen in der Geschichte eingenommen haben, sind diese Zahlen wenig überraschend. Auch die waffentechnische Ausstattung der Armeen war lange Zeit auf die innenpolitische Stabilisierungsfunktion ausgerichtet, wenn man von einigen vornehmlich Prestigezwecken dienenden größeren Kriegsgütern absieht. In jüngster Zeit zeichnet sich dagegen eine zahlenmäßige Ausweitung und waffentechnologische Modernisierung der Streitkräfte ab, die auf die Ablösung traditioneller Konfliktmuster hinweist und zu einem Ansteigen der Militärhaushalte führte, auch wenn Lateinamerika noch immer hinter Regionen wie dem Nahen Osten oder Asien liegt, in denen ein hohes Ausmaß an zwischenstaatlicher Gewaltanwendung herrscht.²

Truppenstärke und Rüstungsausgaben

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Truppenstärke lateinamerikanischer Armeen um circa 30 Prozent gestiegen. Die Zahlenangaben der United States Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) für das Jahr 1976 gehen davon aus, daß 1,3 Millionen Lateinamerikaner als Soldaten den verschiedenen Landesstreitkräften angehörten.³ In ganz Lateinamerika kamen im selben Jahr etwa vier Soldaten auf tausend Einwohner. Dies ist erheblich mehr als in Afrika und annähernd gleichviel wie in Asien. Heute verfügen vier lateinamerikanische Staaten (Argentinien, Brasilien, Kuba und Mexiko) über eine reguläre Armee mit mehr als 100.000 Personen.

Der Anstieg der Truppenstärke und der Militärausgaben kann allerdings nicht ausschließlich auf die langjährige Vorherrschaft autoritärer Militärregime zurückgeführt werden, zumal uneingeschränkte demokratische Regierungsformen in Lateinamerika ohnehin die Ausnahme bilden und vielmehr zivilmilitärische Allianzen vorherrschen. Untersuchungen für die Vergangenheit ergaben, daß in Südamerika die Militärausgaben weitgehend unabhängig von der jeweiligen Regimeform anstiegen.⁴ Demokratisch gewählte Regierungen haben häufig vergeblich versucht, die Streitkräfte mit einem hohen Militärhaushalt und einer Vielzahl von Privilegien in das System ziviler Machtausübung einzubinden. Besonders in Chile unter den Frei- und Allende-Regierungen verstanden es die Militärs durch politischen Druck und demonstratives Säbelrasseln, ihren Haushaltsanteil weiter anzuwachsen zu lassen.

Obwohl die Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Herrschaftsformen mithin kein verlässlicher

Indikator zur Erklärung des Rüstungsanstieges ist, hat doch die verstärkte innere Militarisierung und die Betonung der „Nationalen Sicherheit“ nach innen und außen institutionelle und gesellschaftspolitische Widerstände ausgeschaltet und, im Verein mit einer gestiegenen Zahl von Rüstungslieferanten und der Übernahme komplizierter Waffensysteme, einen schnellen Aufwärtstrend bei den Militärausgaben eingeleitet.

Nach Angaben des Stockholmer Institutes für Internationale Friedensforschung (SIPRI) verwendeten die lateinamerikanischen Staaten 1977 über 6.000 Millionen US-Dollar für militärische Zwecke und erreichten damit die höchste Summe in der Geschichte Lateinamerikas.⁵ Zwischen 1968 und 1977 stiegen die Ausgaben um 170 %, womit Lateinamerika etwa die gleichen Zuwachsraten aufwies wie Asien, aber noch hinter Afrika (340 %) und dem Nahen Osten (500 %) lag.

Aufgrund der Unterschiede in Größe und Industrialisierungsgrad der verschiedenen Länder ist es nicht überraschend, daß die Militärausgaben lateinamerikanischer Staaten erheblich voneinander abweichen. In Südamerika entfielen 1977 allein 76,2 % der Gesamtausgaben auf Argentinien, Brasilien und Chile.

Rüstungstendenzen und technologischer Stand der Waffensysteme

Der rasche Anstieg der Militärausgaben hängt vor allem mit der Anschaffung von hochmodernen Waffen zusammen, die in den vergangenen Jahren Zugang in die Arsenale lateinamerikanischer Armeen fanden: Obwohl zunehmend einfachere Rüstungsgüter in Eigenproduktion hergestellt werden, vermehrten sich die Waffenimporte im Zeitabschnitt 1970 – 1974 gegenüber 1965 – 1969 um 129,8 %. Ein besonders hoher Anstieg fand in Venezuela, Peru und Chile statt, Länder die im Gegensatz zu Argentinien und Brasilien noch mit dem Aufbau einer eigenen Waffenindustrie oder der Übernahme einer ausländischen Lizenzproduktion beschäftigt sind. Entscheidend war dabei die Tatsache, daß der Ausrüstungsstand, vor allem der südamerikanischen Streitkräfte, in kurzer Zeit ein relativ hohes technologisches Niveau erreichte und sog. „integrierte Waffensysteme“ nach Lateinamerika gelangten. Den Ausschlag dafür gaben vor allem politische Gründe: Mit dem Ende des Kalten Krieges in den 60er Jahren war auch eine Abnahme der Blockbildung in Lateinamerika verbunden. Darüber hinaus machten die lateinamerikanischen Staaten nun verstärkt Versuche, im militärisch-strategischen Bereich eine größere Unabhängigkeit von dem Diktat der USA zu erzielen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit bestimmten die USA dank ihrer monopolartigen Stellung als Waffenlieferant Lateinamerikas nahezu unangefochten den Rüstungsstand der Streitkräfte in Süd- und Mittelamerika. Im Kontext dieser Abhängigkeitsbeziehungen erwiesen sich Waffenlieferungen oder auch Restriktionen bei Rüstungsgeschäften häufig als eine Steuerungs- und Kontrollmöglichkeit von Seiten der USA. Seit 1968 trat dagegen eine Vergrößerung der Zahl der Rüstungslieferanten ein: Die vier größten Rüstungserzeuger Südamerikas von 1970 bis 1976 waren die USA (29 %), gefolgt von Großbritannien (24 %), Frankreich (19 %) und der Bundesrepublik (12 %). Die USA waren nur noch der Hauptlieferant von zwei Staaten, nämlich Brasi-

lien und Peru, Großbritannien war der Hauptlieferant Argentiniens und Chiles, Frankreich für Venezuela und die Bundesrepublik für Ecuador.⁶ (Vgl. Tabelle 2)

Die Unterschiede zwischen dem traditionellen Ordnungskonzept der USA für den amerikanischen Subkontinent und den Vorstellungen lateinamerikanischer Generale in Bezug auf eine bessere technologische Ausrüstung und erweiterte außenpolitische Rolle ihrer Streitkräfte wurden Mitte der 60er Jahre immer deutlicher. So äußerten die peruanischen Militärs 1965 den Wunsch, alte Flugzeuge durch amerikanische Kampffluger vom Typ F 5 A zu ersetzen. Nachdem die Vereinigten Staaten ablehnten, erwarb die peruanische Luftwaffe französische Mirage V-Überschalljäger und beendete damit gleichzeitig die nahezu zwanzigjährige nordamerikanische Vorherrschaft bei der waffentechnologischen Ausrüstung lateinamerikanischer Armeen.

Im Gegensatz zu den USA, die Rüstungsverkäufe nach Lateinamerika stets eng mit ihren sicherheitspolitischen Interessen und ihrem selbsternannten Anspruch auf eine regionale Vormachtstellung in ganz Amerika verbanden, waren die europäischen Staaten wegen des verschärften Wettkampfes bei Waffenverkäufen von Anfang an bereit, modernste Waffen zu liefern. Damit öffneten sie den Weg für eine zunehmende Kommerzialisierung der Rüstungslieferungen nach Lateinamerika.

Teilweise als Reaktion darauf hob Präsident Richard Nixon 1973 alle einengenden Bestimmungen für den Ex-

port hochentwickelter Waffen in Länder der Dritten Welt auf, worauf es zu der Lieferung von nordamerikanischen Überschallflugzeugen in fünf lateinamerikanische Länder kam. Aktuell wurde die Problematik nordamerikanischer Waffenlieferungen als politisches Steuerungsmittel erst wieder Anfang 1977 unter der Regierung von Jimmy Carter. Dabei erwiesen sich die Versuche der Vereinigten Staaten im Zuge der kurzlebigen Carterschen Menschenrechtspolitik, durch partielle Waffenembargos und Einschränkungen bei der Kreditvergabe Druck auf repressive südamerikanische Militärdiktaturen auszuüben, als Fehlschlag. Dies lag einerseits daran, daß Präsident Carter selbst nur eine halbherzige Politik in diesem Bereich verfolgte, andererseits aber auch an der schnellen Auffüllung der entstandenen Marktlücke durch europäische Waffenlieferungen und der gestiegenen Eigenproduktion von Rüstungsgütern in südamerikanischen Großstaaten. In Einzelfällen kam es anlässlich geplanter Rüstungsgeschäfte sogar zu Konflikten der USA mit anderen Lieferanten. Als 1977 Ecuador 24 Kfir-Überschalljäger in Israel in Auftrag geben wollte, verhinderten die Vereinigten Staaten die Auslieferung, was ihnen aufgrund des nordamerikanischen Triebwerkes des Kampfflugzeuges möglich war. Im nordamerikanischen Kongreß wurde damals als Begründung angeführt, daß man die Lieferung hochmoderner Flugzeuge verhindern wolle, um einen eventuellen Rüstungswettlauf einzudämmen. Schließlich kamen die ecuadorianischen Generale mit Frankreich ins Geschäft und erwarben für einen

Tabelle 1: Bevölkerungszahl, Wachstumstendenzen und Militärausrüstung in Lateinamerika

	Einwohner	durchschnittliches jährliche Bevölkerungswachstum (in %) 1970-77	Projektierte Bevölkerung im Jahr 2000 (in Mio)	Stadtbevölkerung in % der Gesamtbevölkerung	BSP pro Kopf in US \$ 1977	BSP durchschnittlicher jährlicher Zuwachs (in %) 1960-77	Umfang der Streitkräfte	Paramilitärische Verbände
Argentinien	26.740.000	1,3	33	81	1.730	2,7	132.900	42.000
Bolivien	6.280.000	2,9	9	30	630	2,3	22.500	5.000
Brasilien	120.000.000	2,9	200	61	1.360	4,9	281.000	200.000
Chile	11.060.000	1,7	14	79	1.160	1,0	85.000	30.000
Costa Rica	2.100.000	2,5	3	41	1.240	3,2	Militär 1949 abgeschafft	(Zivilgarde) 1.800
Dominik. Rep.	5.270.000	2,9	9	46	840	3,6	18.500	10.000
Ecuador	8.080.000	3,0	14	42	790	3,1	32.800	5.800
El Salvador	4.570.000	2,9	8	40	550	1,8	6.930	3.000
Guatemala	6.820.000	2,9	12	37	790	2,8	17.690	3.000
Guyana	870.000	—	—	—	—	—	5.000	2.500
Haiti	4.910	1,7	8	22	230	0,1	6.550	14.900

wesentlich höheren Preis 24 Mirage-Flugzeuge.⁷

Die waffentechnologische Entwicklung in den vergangenen Jahren hat einen deutlichen Niederschlag im Ausrüstungsstand der lateinamerikanischen Streitkräfte gefunden. Panzer, moderne Kampfflugzeuge, Raketen und Schiffe wurden verstärkt in die Bestände südamerikanischer Armeen aufgenommen. Die Anschaffung von nach 1945 gebauten Kriegsschiffen und Panzern begann bereits in den 50er Jahren. Heute verfügen alle lateinamerikanischen Groß- und Mittelstaaten über solche Waffen. Ende der 60er Jahre tauchten Überschallflugzeuge in den südamerikanischen Luftwaffen auf. Die Anschaffung von Mirage-V-Flugzeugen durch Peru war der Startpunkt für den Export hochmoderner europäischer Kriegsgüter und den Beginn einer Entwicklung, die schnell auf andere Staaten übergriff. So folgte Venezuela 1972 mit nordamerikanischen F-5A-Flugzeugen und Argentinien, Brasilien und Kolumbien mit französischen Mirage. In Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela sind seit 1969 auch Raketensysteme Bestandteil der militärischen Ausrüstung. Mit den modernen Waffensystemen erhöhten sich auch die Anschaffungs- und Unterhaltskosten, die teilweise schon zur Hälfte aus sog. Unterstützungskomponenten wie Infrastruktur, Ersatzteilen, technischen Bauten und zusätzlicher Ausbildung bestehen.⁸

Die politischen Rahmenbedingungen der Aufrüstung

Die gegenwärtige Aufrüstung in Südamerika ist eng mit der Entwicklung der politischen Konflikte in und zwischen den dortigen Staaten und der Art ihrer außenpolitischen Beziehungen verbunden. Bis in die 50er Jahre lieferten die Vereinigten Staaten im Rahmen der Strategie der kontinentalen Verteidigung, die ihre Grundlage in dem einseitig von seiten der USA aufgestellten Konzept

der Westlichen Hemisphäre hatte, vor allem veraltete Waffen aus Überschuß- und Restbeständen nach Lateinamerika. Wegen der mangelnden Infrastruktur war deren Prestigebedeutung zuweilen höher als ihr eventueller Gebrauchswert. Mit dem Abflauen des Kalten Krieges rückte man von dieser kontinentalen Strategie ab und stellte im Zuge der konfliktreichen innenpolitischen Entwicklung nach der kubanischen Revolution 1959, die Frage der „inneren Sicherheit“ und die Anti-Guerilla-Funktionen der lateinamerikanischen Armeen in den Vordergrund.⁹ Aus diesem Grunde begann in den 60er Jahren die Einfuhr von speziell auf den Anti-Guerilla-Kampf abgestellten Waffen. Dabei lag das Schwergewicht nicht auf kompliziertem Kriegsgerät, sondern auf Helikoptern, beweglichen Fahrzeugen und Kommunikationssystemen, um eine bessere Koordination der für den Erhalt der bestehenden Regime eingesetzten Armeen zu erzielen. Dementsprechend waren die meisten lateinamerikanischen Streitkräfte, was die Ausstattung mit schweren Rüstungsgütern anbetraf, völlig veraltet. Bis Mitte der 60er Jahre zählten sie zu den wenigen Armeen auf der Welt, die noch Flugzeuge und Kriegsgüter einsetzten, die ursprünglich für den Zweiten Weltkrieg gebaut worden waren.

Die Importe der jüngeren Vergangenheit bestanden dagegen hauptsächlich aus hochwertigen offensiven und defensiven Waffen. Diese Rüstungstendenzen stehen im Zusammenhang mit dem Entstehen von langandauernden autoritären Militärregimen, neuen regionalen Machtzentren und Einflußsphären in Süd- und Mittelamerika.

Ideologisch versuchen die Militärdiktaturen die Aufrüstung mit der sog. Doktrin der nationalen Sicherheit abzusichern. Diese Staatsideologie der neueren Militärdiktaturen in Südamerika, erklärt die äußere und innere Sicherheit zum obersten Ziel von Staat und Politik. Hierzu gehören ein weit-

Tabelle 2: Waffenlieferungen im Zeitraum von 1967 – 1976 (in Mill. US \$)

nach	Insgesamt	USA	UdSSR	Frankreich	Großbritannien	Bundesrepublik	Canada	Andere
Lateinamerika	3.450	1.022	519	556	469	272	185	429
Argentinien	361	131	—	75	55	45	5	51
Bolivien	45	35	—	1	—	—	1	5
Brasilien	690	300	—	155	105	30	50	51
Chile	355	110	—	11	145	1	1	85
Costa Rica	—	—	—	—	—	—	—	—
Dominik.Rep.	10	10	—	—	—	—	—	—
Ecuador	131	21	—	15	20	20	15	41
El Salvador	15	5	—	—	—	—	—	10
Guatemala	51	35	—	1	—	—	—	15
Haiti	1	1	—	—	—	—	—	1
Honduras	51	15	—	—	—	—	—	35
Kolumbien	175	55	—	55	5	41	—	15
Kuba	355	—	355	—	—	—	—	1
Mexiko	70	21	—	—	40	—	—	10
Nicaragua	15	11	—	—	—	—	—	5
Panama	15	11	—	—	5	—	—	—
Paraguay	25	20	—	—	—	—	—	5
Peru	655	105	165	111	50	90	80	65
Uruguay	50	35	—	—	—	—	—	15
Venezuela	375	105	—	125	45	41	40	15

Quelle: U.S. Arms Control and Disarmament Agency, World Military Expenditures and Arms Transfers 1967 – 1976, Washington 1978, zit. nach Gonzalez a.a.O., S. 68

Militärparade in Rio de Janeiro (aus: „Der Überblick“ 2/81)

gehendes Parteienverbot und der Versuch, politische Aktivitäten und Bewegungen zu verhindern. Bestandteil der sog. Doktrin der nationalen Sicherheit ist auch die „Geopolitik“, eine „Wissenschaft“ vom Einfluß des geographischen Raumes auf den Staat und die politischen Vorgänge. So hat bsw. der chilenische Diktator Pinochet ein bis zu seiner Machtübernahme 1973 nahezu unbekanntes Buch über Geopolitik geschrieben, und in den meisten südamerikanischen Militärakademien gehört die Geopolitik zu den Unterrichtsfächern.

Der in diesen Ideologien implizit enthaltene Expansionsdrang und der erweiterte außenpolitische Handlungsspielraum der Militärregime haben zusammen mit dem Versuch der Diktatoren, interne Schwächen durch außenpolitische Konflikte zu verschleiern, ein Wiedererleben alter Grenzkonflikte und die Auseinandersetzung um geopolitische Einflusssphären bewirkt. Zu den latenten Konflikten gehören die auf das 19. Jahrhundert zurückgehende Auseinandersetzung zwischen Bolivien, Peru und Chile um einen bolivianischen Meerzugang, der langjam. schlafende argentinisch-chilenische Streit um den Beagle-Kanal und die in den letzten Jahren allmählich wiederholte zwischen Brasilien und Argentinien um die regionale Vorherrschaft in Südamerika. In allen angesprochenen Ländern seit 1970 ein starker Anstieg der Militärausgaben zu verzeichnen. Daß die Außenpolitikverträge nicht immer ohne Folgen bleiben, verdeutlicht die Entwicklung zwischen Ecuador und Peru. Zwischen den beiden Staaten kam es in den vergangenen Jahren zu einem regionalen Rüstungswettlauf, der sich schließlich im Januar/Februar 1981 in einem kurzen Grenzkrieg endete.

Bei den gestiegenen finanziellen Aufwendungen für das Militär sind momentan die einzelnen Waffengattungen nicht in gleicher Weise beteiligt. Im Unterschied zu dem Jahrzehnt

1965 — 1965, als das Meer im Zuge der unter nordamerikanischen Regie eingeleiteten Anti-Sowjet-Maßnahmen gegen über Marine und Luftwaffe deutlich höhere finanzielle Zuwendungen erhielt, werden jetzt die Luftwaffe und, in geringerem Maße, die Marine mit modernem Kriegsgüter ausgestattet.

Rüstungsinteressen und Rüstungsproduktion

Bei der Berechnung der Zahl der Rüstungsexporteure treffen der Vernetzungsinteressenkonflikte nach modernem und profitfruchtigem Rüstungsexport mit dem Exportzwang in den europäischen Industriestaaten zusammen, der dort nach dem starken Ausbau der Waffenindustrie entstand. Als Folge der oben skizzierten Rüstungstendenzen haben die europäischen Staaten die USA als Haupthelfer im Lateinamerika als einen beständigen Anstieg bei der Beteiligung am Rüstungsgeschäft verzeichnen, besonders Frankreich und die Bundesrepublik. Seit Ende der 60er Jahre setzte in der bundesdeutschen Rüstungsexportpolitik eine konsequente Phase ein, als deren Resultat u.a. leichte Panzerzüge und Schiffwachen Afrika und Lateinamerika gelangten. Obwohl die 111 von der sozialliberalen Koalition eingesetzten Friedenspolitik-Ministerpersönlichkeiten in Länder der Dritten Welt importieren wollte, nahmen sie in den vergangenen Jahren, besonders auch nach Lateinamerika, beständig zu.¹¹ Mit Argentinien stand nach dem Iran im Jahre 1979 das südamerikanische Land an zweiter Stelle, was den Handel der Bundesrepublik mit Staaten der Dritten Welt anbelangt. Insgesamt lieferte die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren für 433,9 Millionen Mark Waffen an Argentinien; darunter Schnellboote, Torpedos, Flugabwehrkanonen und Panzerschützenpanzer.¹²

Haupthandelspartner der Bundesrepublik in Lateinamerika waren daneben Brasilien, Chile, Ecuador und Peru.

Die Bedeutung der Rüstungsproduktion für die Volkswirtschaften einzelner Staaten macht sich besonders in dem Absinken der Hemmschwelle bei Exporten an unstrittene Regime bemerkbar, unter denen es zu dauernden Verstößen gegen die Menschenrechte kommt. Zum Hauptlieferanten der Somoza-Diktatur in den letzten Monaten vor dem Machtwechsel wurde beispielsweise Israel, dessen wirtschaftliche Lage stark vom Erfolg des Rüstungsexports abhängt.¹² Darüber hinaus war der Erhalt des alten Regimes für Israel aufgrund des entgegengesetzten Abnahmungsverhältnisses der neuen Revolutionsregierung in der UNO von diplomatischem Interesse. Heute sind die Staaten Mittel- und Südamerikas die wichtigsten Empfänger von in Israel gefertigten Waffen, wobei besonders der leichte Transport- und Verbindungsflugzeug Anava eine Vielzahl von Abnehmern fand.

Als weiteres außereuropäisches Land trat seit 1960 die Sowjetunion als Hauptversorger bei der Bewaffnung des revolutionären Kuba auf. In der Folgezeit landeten auch größere Waffenlieferungen osteuropäischer Staaten — z.T. über Kuba — nach Peru statt.

Nationale Rüstungsindustrien in Südamerika am Beispiel Brasilien

Durch den Export von Fertigungsritzen, zahlreichen Kooperationsverträgen und einer steigenden Lizenzproduktion nahm die Waffenherstellung in Südamerika in den letzten Jahren beträchtlich zu. In Argentinien gehen die Bestrebungen zur Eigenversorgung mit Waffen schon auf die erste Regierung Peron in den 50er Jahren zurück, die den Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie vorantrieb, um im Zuge der Importsubstitutionspolitik eine verstärkte Unabhängigkeit gegenüber ausländischen Waffenimporten zu erzielen. Heute ist der Aufbau einer inländischen Rüstungsproduktion in Argentinien und Brasilien soweit gediehen, daß sie sich bereits am internationalen Rüstungsgeschäft beteiligen: Argentinien exportiert Flugzeuge nach Bolivien und für die nähere Zukunft besteht die Möglichkeit einer Ausdehnung der Ausfuhren auf Peru, Libyen und Südafrika.

Das auffälligste Beispiel für Rüstungsproduktion in Südamerika ist der Aufstieg dieses Industriezweiges in Brasilien unter der seit 1964 herrschenden Militärdiktatur. Nachdem Brasilien noch vor anderthalb Jahrzehnten den Großteil seiner Waffen einführen mußte, ist es heute der sechstgrößte Lieferant im internationalen Waffengeschäft. Im Jahre 1979 beschäftigte die brasilianische Rüstungsindustrie über 100.000 Arbeiter und die Waffenexporte standen bei den verarbeitenden Exportproduktionen an fünfter Stelle. Dabei hat sich die brasilianische Rüstungsindustrie vor allem auf die Produktion von leichten Panzerfahrzeugen und Flugzeugen konzentriert, zwei Waffensorten die besonders in anderen Staaten der Dritten Welt Nachfrage finden. Besonders interessant ist für diese Staaten darüber hinaus die Tatsache, daß die in Brasilien hergestellten Waffen einen hohen Anteil von im normalen Handel erhältlichen und relativ einfachen Einzelteilen verwenden und die exportierten Waffen mit Bedienungsanleitungen in der Landessprache und mit Videokassetten liefern, auf denen die Gebrauchsanleitung abgefilmt ist.

Günstige Absatzmärkte für die beweglichen Panzerfahrzeuge vom Typ Cascavel und Sucuri stellen verschiedene Staaten im Nahen und Mittleren Osten dar. So lieferte Brasilien 1979 ganze 1150 Panzerfahrzeuge in diese Region, während die eigene Armee nur 120 Panzer dieses Typs anschaffte. Heute hat die brasilianische Rüstungsindustrie bereits die französische Firma Paulhan, die lange Zeit

der größte Produzent von leichten Panzern war, überrollt.

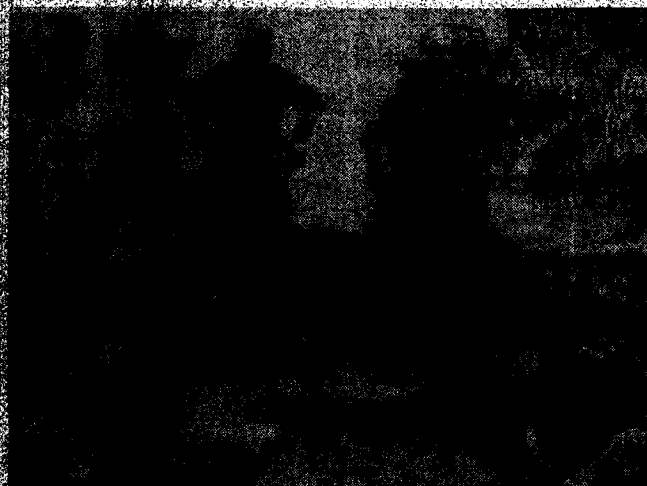
Für die Produktion von Flugzeugen ist die Staatsfirma Embraer zuständig. Die Absicht, die Luftwaffe weitgehend mit eigenen Flugzeugen auszurüsten, ist heute in Brasilien weit fortgeschritten: Knapp 65 % der brasilianischen Luftwaffe besteht aus im Lande hergestellten Flugzeugen. Obwohl die brasilianische Rüstungsindustrie aus Privat- und Staatsfirmen besteht, unterliegt sie militärischer Kontrolle. Von den 55 Unternehmen, die in der einen oder anderen Form mit der Rüstungsindustrie zusammenhängen, werden die zwanzig größten Betriebe von ehemaligen Offizieren geleitet. Auch die Exportlieferungen werden von den Militärs kontrolliert, wobei die Militärdiktatur bislang mit innenpolitischem Geschick verfuhr: So erließ der nationale Diktator bereits 1977 ein Waffenembargo für die Somoza-Diktatur, obwohl Somoza bereit war, höhere Preise zu bezahlen.

Die brasilianische Rüstungsindustrie expandiert weiter. Neben leichten und mittleren Panzern, gepanzerten Raketenwerfern und der 1984 in Serienproduktion gehenden Rakete Piranha, wollen die Militärs ab 1985 in einer Marinewerft in Rio de Janeiro ein eigenes Unterseeboot herstellen.

Eine in sechs weiteren lateinamerikanischen Staaten vorhandene Rüstungsproduktion beruht dagegen stärker auf Lizenzverträgen mit dem Ausland und der Einfuhr von kompletten Fertigungsanlagen, so daß bisher die Herstellung von Leichtwaffen im Vordergrund stand.

Aussichten der künftigen Entwicklung

Als Ergebnis der derzeitigen politischen Entwicklung, der vergrößerten Zahl der Rüstungslieferanten und einer sich ausdehnenden Waffenproduktion in Lateinamerika werden die Militärausgaben weiter ansteigen. Gleichzeitig deuten verschiedene Entwicklungen darauf hin, daß sich die bisherigen Konfliktmuster, d.h. das Vorherrschen von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in einem Wandlungsprozeß befinden und in Zukunft einzelne zwischenstaatliche Auseinandersetzungen aufkommen könnten, zumal



Uruguayische Faschisten vor einem erschossenen Guerillero

sich die militärische Kapazität zur Herbeiführung solcher Konflikte erheblich vergrößerte: die Modernisierung von Luftwaffe und Marine, Ansätze zu einem regionalen Wettrennen zwischen einzelnen Nationalstaaten und das Wiederanleben alter Grenzkonflikte in Südamerika weisen in diese Richtung. Dazu kommt der in jüngerer Zeit wiederholt eingetretene Fall, daß Militärregime aufgrund interner Schwierigkeiten den Versuch unternahmen, außenpolitische Konflikte für innenpolitische Zwecke zu gebrauchen.



MINDERHEITEN

Bangladesh

„Zivilisierung“ eines Bergvolkes

Das im Südosten von Bangladesh gelegene Gebiet der Chittagong Hill Tracts (CHT) unterscheidet sich von den übrigen Landesteilen sehr stark: Die typische Landschaft Bangladeshs ist das flache, vom Deltasystem des Ganges und des Brahmaputra geschaffene Tiefland mit seinen Reisfeldern. Bei den CHT handelt es sich jedoch um ein mit Wäldern und Buschvegetation bestandenes Bergland. Ähnlich stark sind auch die kulturellen Kontraste: einerseits das im Flachland auf engstem Raum lebende 90 Millionen-Volk der Bengalen, das nicht nur ethnisch, sondern auch hinsichtlich seiner Kultur und Tradition, seines Lebens- und Arbeitsrhythmus, erstaunlich einheitlich ist. Auf der anderen Seite: das mit knapp 750 000 Menschen relativ dünn besiedelte Bergland mit seiner kulturellen Vielfalt. Hier leben verschiedene Volksgruppen tibeto-burmanesischen Ursprungs, die eine andere Sprache als die Bewohner des Tieflands sprechen, anderen Religionen als diese angehören und ganz andere Traditionen pflegen.

Auch die Wirtschaftsform dieser Stammesbevölkerung unterscheidet sich extrem von dem intensiven Ackerbau des Tieflandes: die Bergbewohner betreiben nämlich weitgehend Brandrodungsackerbau. Die reiche Vielfalt der Feldfrüchte die hier gedeihen, z.B. Mais, Hirse, Sesam, um nur einige zu nennen, ermöglichte die, vor allem früher, weitgehend übliche Selbstversorgung der einzelnen Haushalte. Obwohl der Feldbau weitgehend individuell geschieht, gibt es keinen individuellen Landbesitz, sondern lediglich ein Nutzungsrecht. Jede Dorfgemeinschaft bestimmt alljährlich ihr gemeinsames Rodungsgebiet und weist dann unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren wie z.B. Bodenbeschaffenheit, Haushaltsgröße etc., den einzelnen Familien ihre Parzellen zu. Dieses System, bei dem man sich um größtmögliche Gerechtigkeit bemüht, sowie eine traditionelle Gleichheitsideologie wirken dem Aufkommen allzu großer Besitzunterschiede entgegen.

Soweit es möglich ist, wird in den schmalen Tälern auch permanenter Ackerbau betrieben.

Die Zerstörung der traditionellen Brandrodungsökonomie

Als zu Beginn der 60er Jahre der größte Fluß der Region, der Karnaphuli aufgestaut wurde, um ein Wasserkraftwerk betreiben zu können, verschwanden 40 % der gesamten, für den Naßreisbau geeigneten Fläche der CHT unter dem Wasser des neuen Stausees und ca. 100 000 Menschen – also etwa ein Viertel der damaligen Bevölkerung – mußten ihr angestammtes Gebiet verlassen. Sie sahen sich meist gezwungen, wieder zur Brandrodung zurückzukehren. Da in den CHT jedoch keine zusätzlichen Flächen mehr durch Brandrodung gewonnen werden können, mußte man die Brachzeit zwischen den Anbauperioden immer weiter verkürzen, so daß sie gebietsweise nur mehr 3 bis 4 Jahre beträgt, obwohl unter den gegebenen klimatischen Bedingungen eine relativ lange Regenerationszeit von 10 bis 15 Jahren erforderlich wäre. Da sich der Boden nicht mehr erholen kann, gehen die Erträge pro Fläche zurück.

Um die Produktion im gewohnten Umfang aufrechtzuerhalten, muß jetzt eine größere Fläche bebaut werden, was wiederum zu schnelleren Umlaufzeiten und einer beschleunigten Verarmung und Erosion des Bodens führt. Genau dieser Zirkel, an dessen Ende der Zusammenbruch einer Brandro-



Wirtschaftsstruktur steht, wurde in den CHT durch den Fall des Stammes in Gang gesetzt und dieser Teufelskreis wird durch die massenhafte Zuwanderung von Bengalen noch weiter beschleunigt.

Kolonisierung durch bengalische Siedler

Der Anstieg der Zuwanderung bengalischer Neusiedler zeigt folgende Zahlen: 1951 bewohnten ca. 287 000 Menschen dieses Gebiet und das Verhältnis Stammesbevölkerung/Bengalen betrug 9 : 1. 1974 lauteten die entsprechenden Zahlen: 508 000 Einwohner bei einem Verhältnis von ca. 7 : 3. Nach der letzten Volkszählung leben inzwischen 746 000 Menschen in den CHT und nach vorläufigen Schätzungen dürfte das Zahlenverhältnis mittlerweile schon 4 : 1 betragen.

Diese Neusiedler beherrschen nicht nur die Sektoren Verwaltung, Handel und Verkehr, sondern nehmen auch auf Kosten der Stammesbevölkerung einen immer größeren Anteil des für permanenten Ackerbau geeigneten Areals in Besitz. Da die Bergbevölkerung ohnehin stark überarmt wird, gelingt es den so Verdrängten kaum, in die modernen Sektoren der Wirtschaft anzuknüpfen. Sie sind damit weitgehend auf die traditionelle Brandrodungswirtschaft angewiesen.

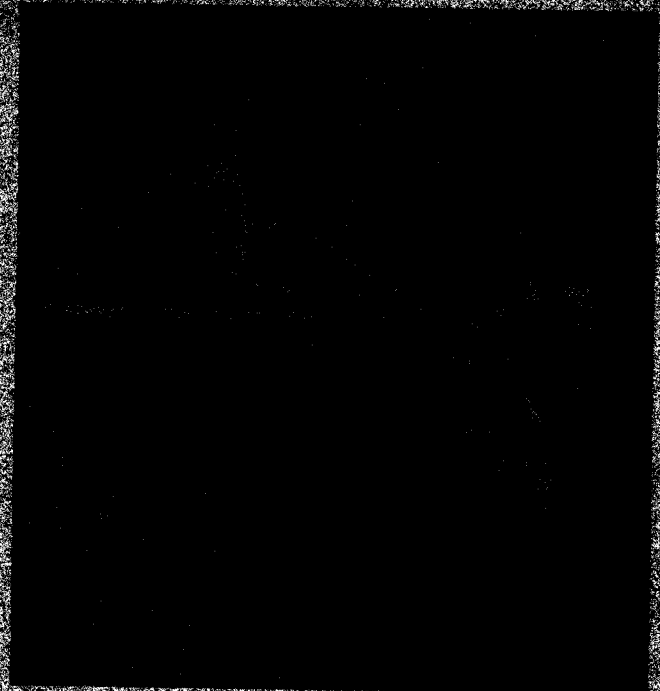
Konservative Bergbewohner?

Eine Integration des Bergvolkes in ein von Bengalen bestimmtes Wirtschaft- und Kultursystem wäre aber ohnehin schwierig, denn die bis zum Fall des Stammes weitgehend intakte, als ökologisch ausbalancierte Brandrodungskultur hatte gegenüber dem permanenten Ackerbau mancherlei Vorteile. Um nur die wichtigsten zu nennen: hohe Erträge bei relativ geringem Arbeits- und Zeitaufwand, geringer Risiko eines totalen Ernteausfalls bei schlechten Witterungsbedingungen, da es unter der Vielzahl der angebauten Feldfrüchte immer einige gibt, für die das jeweilige Wetter dennoch günstig ist.

Die Tatsache, daß es in den CHT traditionsgemäß keinen Bodenbesitz gibt, schützt die Bauern davor, daß sie ihr Land verlieren und damit verarmen, wie das z. B. in den übrigen Teilen Bangladeshs der Fall ist. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Eingebundenheit in einen verwurzelten traditionellen Lebensrhythmus, den die Brandrodung für diese Menschen bedeutet und als ein letzter Punkt sei noch der sehr geringe Arbeitsanteil in den Wintermonaten erwähnt, der den Menschen eine lange Periode der Erholung und der Muße läßt. Der Widerstand gegen eine von außen aufgezwungene „effizientere“ Wirtschaftsform ist also nicht, wie Kritiker des Rodungssystems das gerne darstellen, auf Unwissenheit und Konservatismus zurückzuführen, sondern ihm liegt ein sehr bewußtes Kalkül zugrunde — nicht zuletzt ein ökonomisches.

Ausbeutung und Unterdrückung durch die Regierung

Die Regierung in Dacca sieht in den CHT offensichtlich ein schatzreiches Potential, das es im Interesse der Nation, ohne Rücksicht anzubeuten gilt, um so z. B. den Bevölkerungsschub im Flachland zu lindern oder am besten mit Hilfe des Holzreichtums und der Wasserkraft eine nationale Wirtschaftsentwicklung zu fördern. Was Dacca dabei als „Entwicklung der Region“ bezeichnet, läuft den Interessen der lokalen Bevölkerung diametral entgegen. Durch die brutale Unterdrückung von Seiten der Regierung und durch die massive Zuwanderung von Bengalen aus dem Tiefland wird der Lebensraum und die kulturelle Eigenständigkeit der in den Chittagong Hill Tracts (CHT) lebenden Stammesbevölkerung immer stärker be-



droht. Die Weltöffentlichkeit wurde 1960 auf den Despotismus, den das Militär führt, aufmerksam, als von einem Malakker berichtet wurde, das Pappergelbstein auf dem Marktplatz von Kumbhari eingekerkert hatten. Die Militärs hatten damals das Recht auf Dornenwälder eröffnet, als sich diese u. a. versammelten, um mit Rohmaterialien an einem abgelegenen Tempel zu beten. Mindestens 30 Menschen kamen dabei ums Leben, einige Quellen sprechen sogar von 100 Toten. Das Ziel derartiger Überfälle ist es, die Bevölkerung einzuschrecken, um so die Guerillabewegung *Shanti Bahini* zu isolieren. Dessen Zweck dienen auch Kolonialdemonstrationen der Armut, in deren Verlauf ganze Dörfer zerstört werden. Auch eine Vergrößerung der wirtschaftlichen Verfallungen und bürgerlichen Forderungen durch die Militärs wird betrieben.

Nach Ansicht von *Opanda Lee Chakrabarti*, einem Abgeordneten der Oppositionspartei JSD, kommt der Versuch der Regierung, die Probleme auf diese Weise zu lösen, einem Völkermord gleich. Es bleibt abzuwarten, welche Haltung nach der Ernennung von Zia Rahman, der nun zu wählen ist, Präsident und seine Regierung in dieser Frage einnehmen werden. In dem nachfolgenden Artikel über die Geschichte und gegenwärtige Situation der Widerstandsbewegung in den CHT kommt Sagar Jossan zu dem Fazit: „Eine baldige Lösung des Konflikts ist kaum in Sicht.“ Dieser Satz dürfte auch in der schwer eingetretenen vorläufigen politischen Situation seine Gültigkeit behalten.

Georg Krämer

Die Gegenstände des Widerstandes

Der gegenwärtige Widerstand hat seinen Ursprung in der Protestbewegung gegen den Anschluss der CHT an Pakistan im Jahr 1947. Die politische Verfolgung der Stammesbevölkerung durch das pakistanische Regime führte 1954 zur Gründung einer oppositionellen Studentenorganisation, die ab 1957 im Untergrund arbeiten konnte. Durch den Fall des Krali Stammes und durch die Aufhebung der Sonderstatus, dem dieses Gebiet bis 1964 innehatte, wuchs der Wi-

derstand weiter an, nahm jedoch erst 1966 mit der Gründung der Chittagong Hill Tracts Welfare Association eine feste politische und organisatorische Form an. Der Organisation gehörten hauptsächlich Mitglieder des Chakma Stammes an, der größten Volksgruppe in der CHT. Während des Befreiungskampfes gegen Westpakistan fand eine Umorganisation statt und es entstand die *Parbotya Chittagran Jana Sanghat Samity*, abgekürzt JSS (*CHT People's Solidarity Association*). In ihrer heutigen Form. Aus dieser Zeit stammen auch die vier grundlegenden Forderungen der JSS, in denen diese die Wiederherstellung jener Rechte verlangt, die in einer aus dem Jahre 1900 stammenden Verordnung der britischen Kolonialmacht festgelegt waren: eine weitgehende Selbstverwaltung, eine eigene Volksversammlung, die Beibehaltung der administrativen Rolle der Stammesführer, sowie eine verfassungsmäßige Garantie zum Schutz vor einer weiteren Zuwanderung von Bengalen. Aus Unsicherheit darüber, ob ein unabhängiger Staat Bangladesch oder der Fortbestand eines ungeteilten Pakistans den Interessen der Stammesbevölkerung am ehesten gerecht werde, verhielt sich die Organisation während des Befreiungskampfes relativ passiv. Diese Haltung wurde später als eine Unterstützung Westpakistans ausgelegt und als nach der Erlangung der Unabhängigkeit eine Jagd auf jene eingesetzt, die mit Westpakistan zusammengearbeitet hatten, sah sich die Bevölkerung der CHT schweren Übergriffen ausgesetzt.

Schon während des Krieges waren zehntausende von Bengalen in die CHT eingedrungen und hatten jene Gebiete in Besitz genommen, aus denen die Stammesbevölkerung auf Grund der Kriegswirren geflohen war. In den Wahlen

von 1970 und 1973 erzielte die JSS wichtige Erfolge und ihr Führer, *Narayan Lama* wurde ins Parlament gewählt. Um die Bevölkerung gegen Übergriffe zu verteidigen und um der Forderung nach Selbstverwaltung Nachdruck zu verleihen, wurde 1972 die Volksarmee *Gono Mukti Fauj* als militärischer Zweig der JSS gebildet. Sie erlangte unter der Bevölkerung sehr schnell den Beinamen *Shanti Bahini*, Friedenskämpfer.

Die Maßnahmen des Staates gegen den Widerstand der Stammesbevölkerung

Die Verfassung, die Bangladesch 1972 erhielt, erfüllte keine der Forderungen der JSS, bekräftigte dagegen die Verschlechterungen, die 1964 formell mit der Aufhebung des Sonderstatus eingeführt worden waren. *Sheikh Mujibur Rahman* wies jeglichen Anspruch auf Selbstverwaltung zurück und legte den Führern der JSS nahe, sich für eine totale Integration der CHT in einen einheitlichen Staat Bangladesch einzusetzen. Nach dem Staatsstreich gegen *Mujibur Rahman* im August 1975 hatte es monatelang den Anschein, als sollte es zu einer Verhandlungslösung kommen. Mit der Machtübernahme durch Zia Rahman im November jenes Jahres änderte sich jedoch die Lage mit einem Schlag. Als wenige Wochen nach dem Coup eine Delegation der CHT dem neuen Regime ihre Forderungen übermittelte, war die Antwort eine Welle von Verhaftungen und Übergriffen. Die JSS und ihr Abgeordneter *Mahabendra* gingen daraufhin in den Untergrund. Gleichzeitig nahm der Guerillakampf an Heftigkeit zu, was zu immer blutigeren Auseinandersetzungen führte. Das Regime in Dacca hat während der letzten Jahre vor allem versucht, den Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen. Zu diesem Zweck wurden die regulären Streitkräfte sowie die paramilitärischen Einheiten und die Polizeitruppen in diesem Gebiet ständig verstärkt und haben mittlerweile eine Stärke von etwa 40 bis 50 tausend Mann erreicht. In allen größeren Ansiedlungen in den CHT sind Militärbasen errichtet worden und die Streitkräfte haben nicht nur Heerlager, Büroräume und Schulen, sondern mittlerweile auch Tempel und Klöster als Quartiere bzw. zu anderen Zwecken in Anspruch genommen. Außer diesen Anti-Guerilla-Operationen, für die übrigens auch vor kurzem eigens eine Dschungelschule eingerichtet wurde, werden die Truppen für eine intensive Überwachung der Zivilbevölkerung des Verkehrs und des Handels eingesetzt. Außerdem werden immer wieder unvermittelt Überfälle auf einzelne Dörfer verübt, deren Ziel es ist, der Bevölkerung Angst einzujagen, um sie von einer Zusammenarbeit mit den Guerillas abzuhalten. In einzelnen Gebieten ist die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen unerlässlichen Gütern völlig unterbunden, um so die Guerillas auszuhungern.

Hand in Hand mit den militärischen Maßnahmen geht auch eine immer stärkere Binbindung der CHT in die zivile Verwaltung. Andererseits versucht das Regime aber, den Guerillas und der Politik der JSS auch eine 'positive' Alternative entgegenzusetzen. Eine spezielle Entwicklungsbehörde (CHT Development Board) wurde ins Leben gerufen und es fließen – wenigstens auf dem Papier – beträchtliche Mittel in verschiedene Entwicklungsprojekte. Davon kann allerdings bislang nur ein sehr geringer Teil der Stammesbevölkerung zugute. Die schon früher unternommenen Versuche, die Bergbewohner in permanent bewohnten Dörfern anzusiedeln, sind weiterhin im Gange. Dadurch soll einmal als Alternative zum Brandrodungsackerbau der Anbau von Obst und Gemüse gefördert werden, gleichzeitig kann aber auch kein Zweifel bestehen, daß diese

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift wurde im Zuge der Studentenbewegung groß, sie hatte 70/71 eine Auflage von 15000 Exemplaren. Ihre Initiatoren waren zwischen in akademischen Positionen hineingewachsen, das Themenspektrum weitete sich aus, der Bedarf an marxistischer Theorie und Diskussion verstärkte sich. Der Verlag ging dazu über, jedes Heft einem Schwerpunktthema zu widmen, das oft den Rahmen der Zeitschrift sprengte.

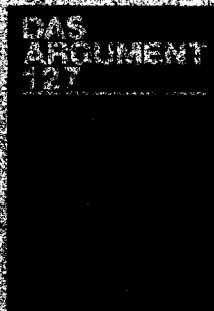
Es wurde daher zwischen 1974 und 76 notwendig, das bisherige Verlagskonzept zu revidieren und ihm eine neue Struktur zu geben.

Die Zeitschrift erscheint weiterhin zweimonatlich, enthält aber wesentlich mehr Rubriken als früher. Verstärkt wurden Einführungs- und Übersichtstexte für Studenten aus den verschiedenen Wissenschaftsgebieten. Im Rezensionsteil, der ein Drittel bis ein Viertel des Heftes ausmacht, werden in neun Rubriken alle Hochschullektüren bedient, ein Service, so Redaktionsssekretär und Hersteller August Boppo, den sich kaum eine Zeitschrift mehr leisten kann, weil es einen ungeheuren Arbeitsaufwand erfordert, dem Leser aber einen Überblick bietet über das, was sich in den Wissenschaften bewegt. Hier hatten auch junge Leute, beispielsweise Studenten, die Möglichkeit, in den Wissenschaftsprozess einzugreifen und sich dazu zu äußern. Ein weiterer Service des 'Arguments' sind auswertende Kongressberichte, ferner eine Zeitschriftenschau, die Überblick über rund 20 in- und ausländische Zeitschriften bietet. Ziel ist die Vermittlung wissenschaftlicher und politischer Prozesse, deren Frühstadien oft in 'Argument' erkannt und diskutiert wurden.

Über die Themenschwerpunkte der Zeitschrift sowie über das sonstige Verlagsprogramm informiert ein kostenloser Verlagsprospekt. Postkarte genügt.

ARGUMENT-Verlag

Tageler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/5579061



wird z.B. die Schwedische Entwicklungsbehörde SIDA einem Beschluß von 1978 entsprechend, ein forstwirtschaftliches Entwicklungsprojekt in den CHT im Sommer dieses Jahres einstellen. Ebenso wird sich Australien aus einem heftig kritisierten Straßenbauprojekt in diesem Gebiet zurückziehen. Gewisse Quellen behaupten sogar, dies geschehe auf Grund von Drohungen seitens der Guerillas. Eine baldige Lösung ist kaum in Sicht. Die Erfahrungen der Nachbarländer zeigen jedoch, daß eine Politik der massiven Einwanderung oder der Versuch einen militärischen Sieg herbeizuführen genauso wenig einen gangbaren Weg darstellen, wie das Bemühen, einer militanten Widerstandsbewegung dadurch den Boden zu entziehen, daß man mit Hilfe gemäßigter oder auch käuflicher Repräsentanten der örtlichen Eliten ein kooperationswilliges Machtinstrument schafft.

Sten Jonsson arbeitete mehrere Jahre in Bangladesh. Der hier gekürzt wiedergegebene Artikel „Bergfolk vägrar 'civiliseras'“ erschien in Sydasiabulletinen Nr. 2, 1981, Eslöv, Schweden.

Anmerkungen:

- 1) Den Status „excluded area“ erteilte die britische Kolonialmacht auch anderen, von Minoritäten bewohnten Grenzgebieten im Nordwesten und Nordosten Indiens. Dies geschah nicht zuletzt in der Absicht, durch die Schaffung von stabilen Pufferzonen die auf das Tiefland gerichteten ökonomischen Interessen besser verfolgen zu können. Zugleich ist festzuhalten, daß diese Politik der „protection and isolation“ den betroffenen Minoritäten tatsächlich einen gewissen Schutz vor Überfremdung gewährte.
- 2) Die Kulturform der Brandrodung bedingt, daß die Anbaugelände oft weit von den Dörfern entfernt liegen, weshalb die Bewohner während der Anbausaison (März bis Dezember) mitunter in provisorischen Unterkünften in unmittelbarer Nähe ihrer Felder leben. Viele Bengalen bezeichnen diese Lebensweise fälschlicherweise als nomadisch, womit sie gleichzeitig eine soziale Gering-schätzung verbinden.
- 3) Ein Vergleich hierzu: Mehr als 50 % der ländlichen Haushalte verfügen über weniger als 0,2 ha Land! Noch unglaublicher ist angesichts der Einkommensverhältnisse – ein Tagelöhner verdient 5 bis 10 Taka täglich – die versprochenen Bargeldzuweisungen. Sie muten schlichtweg astronomisch an und können nur als leere Versprechungen gedeutet werden.
- 4) Thana ist eine Verwaltungseinheit und am ehesten mit einem Landkreis zu vergleichen.

DRITTE WELT kontra HOLLYWOOD – Filmemacher aus Lateinamerika, Afrika, Asien im Gespräch mit Ambros Eichenberger – CON me-edition 5

Preis 7,80 DM, 70 Seiten

Schon zu lange streiten sich die Experten über Entwicklungen, Nicht-Entwicklungen oder Krisen des Filmschaffens in Lateinamerika, Afrika und Asien. Nur wer sind diese Experten ... hier jedenfalls kommen andere zu Wort, nämlich diejenigen, über deren Köpfe oft hinweggeredet wird:

So z.B. A. Equino (Bolivien), S. Caizzi (Chile), Salah Abu Seif (Ägypten), Etadalla Gunbara (Sudan), Buddhadev Dasgupta (Indien) und L. A. Concio (Philippinen).

CON, Postfach 106 545, 2800 BREMEN

ZIMBABWE baut auf die Zukunft

Eine Tonbildschau zur aktuellen Situation in Zimbabwe seit der Unabhängigkeit.

60 Dias und Cassette, Vorfuhrdauer 25 Min.

Hergestellt von:

AKAFRIK-Bielefeld (Aktionskomitee Afrika) in Zusammenarbeit mit dem AVZ (Audiovisuellen Zentrum) München.

Bielefeld/München, Mai 1981

Verleih:

AKAFRIK, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Telefon: 0521 / 62802

und

ZIHA (Zimbabwe Hilfsaktion)

Grafring 47, 4630 Bochum, Tel. 0234/312772

Die Tonbildschau verdeutlicht in anschaulicher Weise die Probleme des neuen Zimbabwe nach der Unabhängigkeit.

Sie besteht aus zwei Teilen, wobei der erste sich generell mit Zimbabwe beschäftigt und der zweite ausführlich den Aufbau des neuen Erziehungswesens schildert.

Am Schluß wird das Projekt der Chindunduma-Schulfarm vorgestellt, zu dessen Unterstützung die Regierung Zimbabwes auch die Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik aufgerufen hat.

Die Tonbildschau erhebt nicht den Anspruch einer umfassenden Darstellung, sondern sie will Probleme aufzeigen und anregen, die durch Diskussion und zusätzliche Informationsarbeit vertieft werden sollen.

Sie eignet sich deshalb gerade sehr gut zum Einstieg in das Thema Zimbabwe.



ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ – Zeitschrift zu Theorie und Praxis der Entwicklungs- politik –

EPK 1/81 Philippinen: Marcos, Militärs & Multis (mit Beiträgen zu Geschichte, Landwirtschaft, Frauenbewegung, Kirche, Opposition) 32 S., 3,– DM

EPK 2/81 Hamburg echt – Die verschiedenen Welten der Hansestadt H

(Entwicklung auf wessen Kosten? Mit Beiträgen über die Ursprünge des Wohlstands Hamburger Handelshäuser, hanseatische Kolonialisierungsanstrengungen, Hafen, Handel, Ökologie und vielen historischen Notizen) 56 S., 6,– DM

EPK Postfach 2846 - D-2000 Hamburg 19

Büro in der Werkstatt 3 - Nernstweg 32 - 34
D-2000 Hamburg 50, Bankverbindung: Postscheckkonto Hamburg 378 309 - 203

NICARAGUA

Nicaragua – Eine Revolution für die Bauern und Landarbeiter?

Seit zwei Jahren versucht die revolutionäre Junta der FSLN in Nicaragua das vom Krieg gegen Somoza zerstörte Land wiederaufzubauen. Die Sandinisten haben von Anfang an betont, daß die Wirtschaft „en beneficio del pueblo“, zum Nutzen des Volkes, und nicht einiger weniger, reaktiviert werden solle; in dem vor einigen Monaten veröffentlichten Entwicklungsplan für 1981 wird die Befriedigung der Grundbedürfnisse als gleichberechtigtes Ziel neben der Verminderung der Auslandsabhängigkeit genannt. Wie aber ist es möglich, in einem Land, dessen pro-Kopf-Einkommen 1979 auf dem Stand von 1963 gefallen war, dessen Auslandsverschuldung heute über 2 Mrd. US-Dollar beträgt, – einem Land, das ökonomischen Sanktionen seitens der USA ausgesetzt ist und innenpolitisch unter dem Druck einer starken bürgerlichen Opposition steht – grundbedürfnisorientierte Politik zu machen?

Der nachfolgende Artikel versucht, anhand des Agrarsektors aufzuzeigen, welche Art von Veränderungen sich heute schon für die Bevölkerung ergeben haben und welche Konflikte dabei auftreten.

Die Landarbeiter auf den privaten Großbetrieben Mindestlöhne und Sozialpolitik

Agrarsektor – Schlüsselbereich der Wirtschaft

Das Wohlergehen der Landwirtschaft ist extrem wichtig für die Stabilität der nicaraguanischen Wirtschaft, da 75 % der Exporterlöse des an Bodenschätzen armen Landes dort erwirtschaftet werden, auf den großen Zucker- und Baumwollplantagen an der Pazifikküste ebenso wie auf den teils winzigen Kaffeeplantagen im nördlichen Bergland. 300- bis 400.000 Menschen, das ist über die Hälfte der Erwerbstätigen, sind im Agrarsektor beschäftigt: als Landarbeiter, Kleinbauern oder „cortadores“, wie die Wanderarbeiter genannt werden, die nur von Dezember bis April zur Kaffee- und Baumwollernte auf die Hacienden kommen.

Grund und Boden in Nicaragua sind heute (ebenso wie die Industrieproduktion) immer noch zu drei Vierteln in privater Hand, da die Sandinisten nach dem Abgang Somozas im wesentlichen nur dessen verlassene Landgüter und Fabriken konfiszierten, um die Produktion nicht zu gefährden (vgl. Tab. 1). Entsprechend ist auch die Mehrzahl der Landarbeiter auf privaten Groß- und Mittelbetrieben beschäftigt. Was hat sich für sie verändert?

Bildungsurlaub bei den milicias und Mindestlöhne

Zunächst einmal sind die Mindestlöhne per Gesetz verdreifacht worden. Sie liegen heute bei gut 30 Cordóvas täglich, dazu kommen noch geringe Sozialleistungen. Zum Vergleich: ein einfaches Essen, schwarze Bohnen mit Reis z.B., kostet bereits mindestens 15 Cordóvas. Die tägliche Arbeitszeit wurde von vorher 11 auf 8 Stunden herabgesetzt, es gibt einen freien Tag in der Woche und zwei Wochen bezahlten Urlaub pro Halbjahr sowie einen grundsätzlichen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krank-

heitsfall. Außerdem besteht die Möglichkeit, vier Wochen Bildungsurlaub im Jahr zu nehmen, der zum Besuch von Seminaren über Geschichte, Wirtschaft, Politik oder Gewerkschaftsorganisation genutzt werden kann. Denn die Mehrheit der Landarbeiter hat nie eine Schule besucht, nie etwas über das Ausland erfahren, nie die Möglichkeit gehabt, sich legal zu organisieren. Vor allem das ist jetzt grundlegend anders geworden, denn eine Organisation der Arbeiter ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen Rechte, die von den Patronen keineswegs freiwillig eingeräumt werden.

Dafür ist die Landarbeitergewerkschaft ATC (asociación de trabajadores del campo) zuständig, in der heute ca. ein Drittel der Arbeiter organisiert ist. Sie war bereits seit 1976 in einigen Regionen im Untergrund tätig und ist heute als sandinistische Massenorganisation im ganzen Land präsent. Finanziert wird sie aus Mitgliederbeiträgen und internationalen Spenden, nicht aber aus dem Regierungshaushalt. Sandinistische Massenorganisation, das heißt: nicht nur die Interessen der Landarbeiter gegenüber Patron und Regierung vertreten, sondern auch die Politik der Regierung an der Basis zu vermitteln, zu diskutieren.

Wie funktioniert denn das praktisch?, möchte ich von Francisco Espinoza von der ATC-Rivas wissen. Er nimmt mich mit zu einer Gewerkschaftsversammlung auf einer privaten Rinderhacienda in Pica-Pica. Jeder der zehn im Departament Rivas tätigen hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre ist für die Betreuung einiger solcher Betriebe zuständig. Es soll möglichst alle zwei Wochen auf jeder der Hacienden eine Versammlung abgehalten werden. Das hat sich aber offensichtlich noch nicht recht herumgesprochen, denn als wir eine halbe Stunde nach Arbeitsschluß (um den Patron nicht zu vergrätzen) in Pica-Pica ankommen, sind von den 40 in den Büchern geführten ATC-Mitgliedern nur 15 da. Auch der Verwalter nimmt, in Vertretung des Patrons, teil.

Punkt 1 der Tagesordnung ist der Kreditstop der Vereinigten Staaten. Francisco hält eine etwa halbstündige Rede über die konjunkturelle Lage Nicaraguas und die Bedeutung des 15 Mio-Dollar-Kredits, den die USA jetzt nicht mehr auszahlen wollen. Ziel ist, die Arbeiter zum Unterschreiben der sogenannten „carta de dignidad“ zu bewegen, einer landesweiten Aktion, die der Welt demonstrieren soll, daß das nicaraguanische Volk geschlossen der Meinung ist, daß ökonomische Hilfe ohne Auflagen gewährt werden solle. Die Arbeiter hören schweigend zu, einige unterschreiben, die meisten haben schon.

Thema 2: Die Integration in die Volksmilizen. Francisco erläutert die Bedeutung der Verteidigungsbereitschaft des ganzen Volkes gegenüber den häufigen Grenzüberschreitungen der in Honduras verbliebenen somozistischen Truppen. Er betont die absolute Freiwilligkeit der Teilnahme. Die Milizen sollen von allen Massenorganisationen in Betrieben und Stadtteilen gebildet werden und einen Abend in der Woche die Grundkenntnisse militärischer Taktik lernen und den



Umgang mit Waffen üben. Für eine zusätzliche vierwöchige Grundausbildung kann Urlaub beantragt werden, aber man ist darauf bedacht, dafür möglichst nicht die wichtigsten Fachkräfte zu gewinnen, um die Produktion nicht zu gefährden. Die Arbeiter hören schweigend zu, einer entscheidet sich spontan; derweil nehmen die inzwischen hinzugekommenen Kinder mit Begeisterung die von Francisco mitgebrachten (nicht geladenen) Knärren auseinander. TOP 3: Der 1. Mai. Die ATC-Zentrale in Managua hat zur Erläuterung ein vierseitiges Papier mit Daten zur europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung an die Departaments verschickt. Francisco liest vor. „Ist allen die Bedeutung dieses Tages für die Arbeiterklasse klar?“ Freundliches Nicken allseits, keine Fragen.

Eine Stunde ist vergangen, ohne daß die Arbeiter mehr als drei Sätze gesagt hätten. Doch plötzlich wird sehr lebhaft untereinander geredet, es ist nämlich der letzte Punkt an der Reihe, der Konflikt mit dem Verwalter. Der Arbeitersprecher berichtet: einer der Arbeiter sei krank, habe auch eine Arztbescheinigung, aber der Verwalter weigere sich, den Lohn weiterzuzahlen. Der Verwalter seinerseits behauptet, das „convenio colectivo“ (ein auf Betriebsebene geschlossener Zusatzvertrag zwischen Patron und Gewerkschaft) sehe nur bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten eine Zahlung von 70 % des Lohns vor, nicht jedoch bei normalen Krankheiten. Das Schriftstück ist mißverständlich formuliert, Francisco ist sich aber sicher: „klar, daß der zahlen muß; wenigstens den halben Lohn“. Da man sich nicht einigen kann, wird eine Arbeiterdelegation zusammen mit dem Verwalter und einem ATC-Vertreter am nächsten Tag beim Arbeitsministerium in Rivas vorsprechen, ein gängiges Verfahren.

Die Versammlung ist zu Ende. Alle singen zum Abschluß aus voller Kehle das Lied der Frente Sandinista. Der Verwalter kneift wütend die Lippen zusammen.

Sandinistische Lohnpolitik: Arbeiter schlachten eine Kuh

An dieser Versammlung sind zwei Dinge typisch, die später von mir und anderen noch oft beobachtet wurden: zum einen das relativ große Gewicht der nationalen Massenkampagnen und die scheinbar etwas indifferente Haltung der Arbeiter dazu, zum anderen das Tabu direkter Lohnerhöhungen.

Die Frente befindet sich bei der Lohnpolitik in dem Dilemma, daß aufgrund der Senkung der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr von 30 auf unter 18 % die private Konsumnachfrage sehr viel stärker anstieg als die Produktion, was zum

einen zu einer Erhöhung der Importe führte, die Nicaragua nicht bezahlen kann, zum anderen zu unerwünschten Preissteigerungen. Da die Beschäftigung auch 1981 erheblich ausgeweitet werden soll (landesweit um 8,8 % allein im Agrarsektor sollen 28 100 neue Arbeitsplätze entstehen), können die nominalen Lohnerhöhungen bei einer erwarteten Wachstumsrate von 20 % des BSP kaum über 11 % liegen. Die Inflationsrate wird aber wahrscheinlich wegen der Ölimporte höher sein. Keine rosige Aussicht in Anbetracht der Tatsache, daß die Hälfte der Beschäftigten eh schon unter 300 DM monatlich verdient.

Um nun nicht die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Beschäftigten abzubauen, wie es im letzten Jahr v.a. in den Städten



Plakat der Agrarreformbehörde:
„Verbessern wir unser Leben durch
gemeinschaftliche Produktion“

pendente (was zu erheblichen Unruhen führt), betrifft die Fronte noch eine Umverteilungspolitik zugunsten der unteren Einkommensschichten. Alle Beschäftigten erhalten den gleichen absoluten Beitrag an Löhnerhöhung, so daß die Armen prozentual besser dastehen als die Mittelschichten. Zusätzlich werden die Verkaufspreise für Grundnahrungsmittel und andere lebenswichtige Güter kontrolliert und subventioniert.

Auf Verhandlungsebene für die Gewerkschaften bleibt der sogenannte Soziallohn. Man versteht darunter allerdings in Geld ausgedrückte Verbesserungen des Lebensstandards der Arbeiter.

Der Soziallohn ist eine der wichtigsten Möglichkeiten für die AIT, kleine Fortschritte für die Landarbeiter zu erzielen und diese Beschäftigten sich mit weiterer Begeisterung am Ausbruch der Revolte teilzunehmen. Meist geht es dabei um Wohnungs- und Ernährungsprobleme.

Anche von dieser Notierung sind die Patronen jedoch keineswegs begeistert, wie eine Arbeiterdelegation von der Finca San Ramon am 2.4. im AIT-Büro in Rivas zu berichten wusste. Auf dieser Hacienda war das Leben für die Arbeiter bereits besonders schlecht. Die AIT hat auf die Beschwerden der Arbeiter nie mit dem Patron verhandelt, sondern, das dickere einmal monatlich für die Arbeiter eine Kasse anschreiben lassen. Nach einiger Zeit hielt er sich nicht mehr daran und schließlich schickten die Arbeiter die Karte selber und eben sie auf. Nun hat der Verwalter an die Dreizehnung und umhantelungen. Die AIT wird auf Wiedereingabe klagen.

Ein anderer häufig vorkommender Streitpunkt ist die Ausbesserung des Daches der Arbeiterwohnungen vor der Regenzeit, was eigentlich Aufgabe des Patrons ist. Beispiele dieser Art zeigen deutlich, in welcher Rechtschaffenheit die Landarbeiter vor der Revolution gelebt haben. (O) bekam ich zu hören, es ist doch klar, was die Revolution gebracht hat, wir werden nicht mehr erschossen, wenn wir uns beschweren!

Die nationalen Massenkampagnen

Weil das die Alltagsprobleme sind, so fragte ich mich, welchen Sinn hat dann die Betätigung von riesigen Massenkampagnen bei der Mobilisierung der Bevölkerung? Warum sollen die Arbeiter für einen ersten Marsch auf die Straße gehen, der mit großer Kampflag (pach) nicht auf Warum, Sozial Zeit und importierter Rausch verpackt, um Einverständnis zu bekommen, das ins kalte Meer zu hängen? Denn die Kampagnen laufen im allgemeinen mehrere Wochen und sind in dieser Zeit Hauptthema an verschiedenen Rastenden in der Fronte-Zugung Barricada, in allen wirtschaftlichen Fraktionen, Jugend-, Stadtblöcke und Betriebsgruppen. Ist es nicht eigenartig, daß die gleichen Arbeiter, die keine Fragen mehr stellen, Marsch haben, nach nach der AIT-Veranstaltungen, wie denn die Landarbeiter in einem neuen Land (das ist die Bundesrepublik) und dementsprechend (das ist die DDR) leben und über die Schicksalsschritte und Erfolge reden?

Schau! erklärt mir William Ruiz, Propagandasekretär der AIT in Rivas, die compañeros haben das letzte Jahr nicht einen Marsch überhaupt was vom ersten Marsch gehört. Das Jahr konnten wir schon etwas mehr machen und nach vier Jahren bekunnen sie endlich etwas schickliches und nationales. Und Francisco meint: Politisches Bewusstsein haben die schon, aber sie können sich halt nicht so ausdrücken. Außerdem war das mit der Versammlung deutlich noch ein Glückfall. Es gibt andere Fincas, da werden wir überhaupt kein Bein auf den Boden. Da sagen die Leute kein Wort, weil sie immer noch Angst haben.

Massenmobilisierung

Neben der Absicht, der Bevölkerung die politischen Partizipation der FMLN nahezu bringen, haben die nationalen Massenkampagnen häufig aber auch eine ökonomische Zielsetzung.

Zwei Beispiele sind die Maiz- und Zuckerkampagnen, in denen versucht wird, das außerordentlich notwendige mit dem gesellschaftspolitischen Wankenswerten zu verbinden und durch die Veranstaltung traditioneller Verhaltensweisen, real durch deren Verankerung.

Nicarguensis nicht dessen Abstand nach Möglichkeiten sein, Zucker und Zuckerrohr zu schneiden. Neben erhaltungsmäßigen Zwangsmaßnahmen wie dem kürzlich beschlossenen Verbot, Landbesitzer zum öffentlichen (oder gar privaten) Verkauf zu importieren, ist eine Erhöhung der Agrarpreise notwendig, die dann eine mögliche Situation. Da der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt derzeit relativ günstig ist,



Die nationale Maizkampagne - Wiederbelebung alter Traditionen

Was es sonst, einen hohen Anteil der Zuckerproduktion zu exportieren.

Glückselig ist das pro Kopf pro annum an Zucker in Nicaragua mit nur 100 Pfd. pro Jahr einer der höchsten der Welt. Karne und andere Zahnerkrankungen entsprechend häufig. Man macht also eine Zuckerkampagne in der Produktion an Gesundheitsbewußtsein und Patriotismus appelliert wird.

Bei der Anfang Maiz veranstalteten "Feria del Maiz" darauf wurde versucht, das traditionelle Grundnahrungsmittel Maiz gegenüber dem importierten Weizen psychologisch schwerer zu machen, indem die Rückwärtigen Warenkennzeichen hervorgehoben. Unter dem Motto "El Maiz nuestra Raza" (wir sind unsere Rasse) wurde die auch Unkraut im kulturellen Sinn betont) sollten die Frauen im ganzen Land nachden über 1500 erlesenen Lokalen Maizpflanzen anfertigen, von denen die besten am 10. März in der indianischen Stadt Managua präselektiert wurden. Ein großer Preis.

Die Landarbeiter auf den volkseigenen Betrieben Somozas Erbe kontra Mitbestimmung

Das Problem mit den Technikern

Wie unterscheidet sich nun die Lage der Landarbeiter auf den verstaatlichten Somoza-Betrieben, dem Bereich des sogenannten Volkseigentums, von der in Teil eins beschriebenen Situation auf den Privatbetrieben? Von wem und wie wird jetzt die Produktion organisiert? Gehören die ignoranten Patronen endgültig der Vergangenheit an?

Dazu Jaime Wheelock, Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Chef des Agrarreforminstituts INRA in einem Interview mit der Zeitschrift *Nicarauac*:

„Eines der Hauptprobleme der staatlichen Hacienden ist die geringe participación der Arbeiter. Diese geringe Partecipacion hat zu einer Reihe von Problemen geführt, so dem Konflikt mit den Technikern, die häufig von oben herab ihre Vorstellungen durchdrücken wollen, die sich weder mit dem Rest der Arbeiter zusammenschließen, noch enger mit ihm verbinden, sich oft nicht einmal als Arbeiter fühlen und noch immer ein gewisses, aus dem Erbe der Vergangenheit herrührendes Bewußtsein besitzen, das verschwinden muß.“

Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Denn Nicaragua hat zu wenig Fachkräfte und so wurden die oberen Managementebenen der Staatsbetriebe zwar ausgetauscht, aber oft mit durchaus zwielichtigen Personen neubesetzt. Da findet man z.B. ehemalige Majors der Somoza-Armee als Direktoren (so in dem Staatsunternehmen Jorge Camargo) und die Gewerkschaft ATC meint nur: „ja das wissen wir wohl, aber der Kerl hat sich gerade noch rechtzeitig abgesetzt. Jetzt muß man halt mal sehen...“

Auf die Frage, was denn sein größtes Problem sei, antwortet mir der Leiter einer Viehzucht-Hacienda: „Die Arbeiter

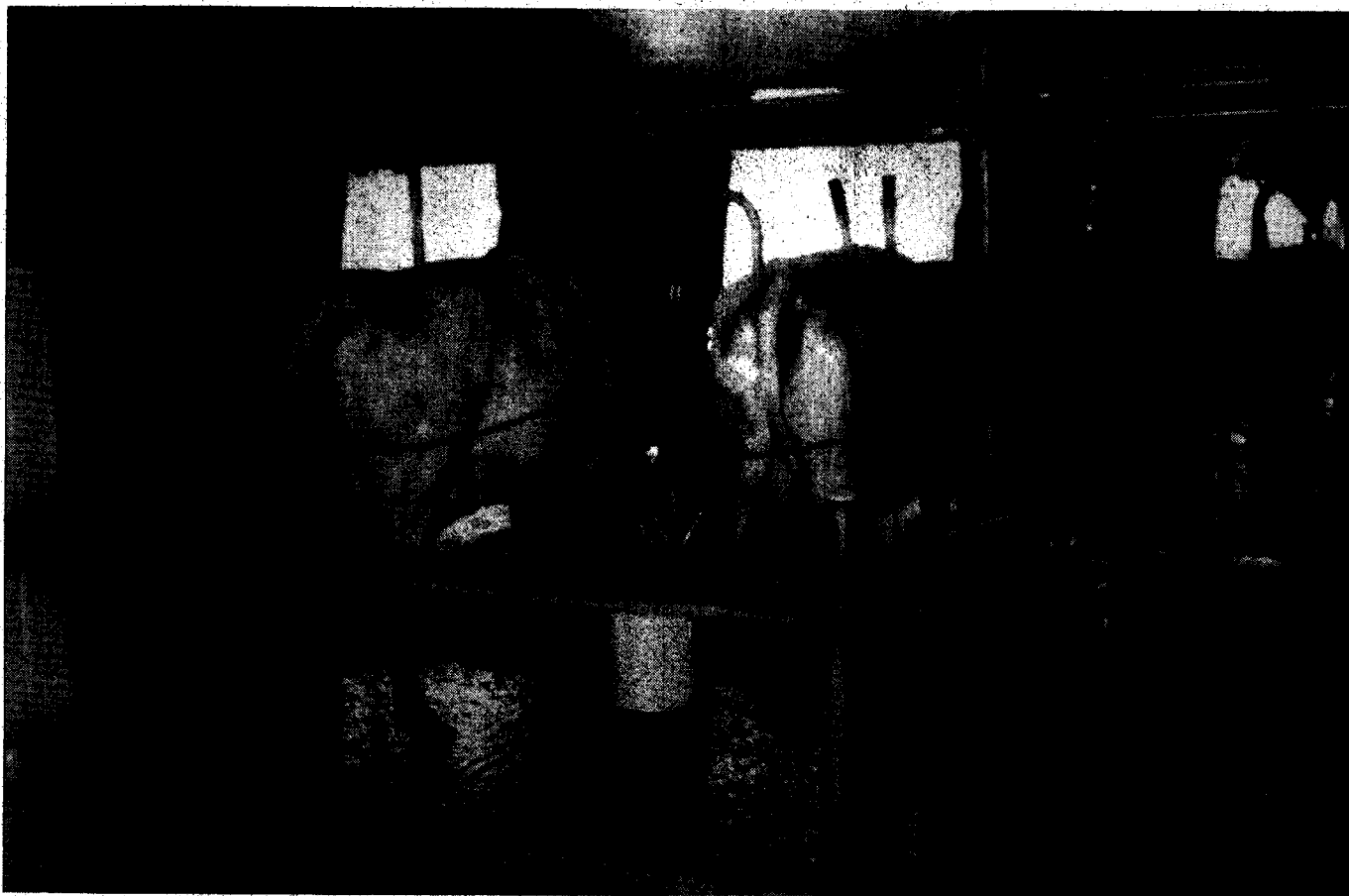
wollen nicht mehr arbeiten und das ist die Schuld der dirigentes“ (= Gewerkschaftsfunktionäre). Später erfahre ich, daß gerade in diesem Unternehmen die Löhne oft verspätet gezahlt werden, Urlaubsregelungen nicht eingehalten. Kein Wunder, daß die Arbeiter sich wehren!

Gerade die Techniker der mittleren Ebene arbeiten oft nur beim Staat, weil es dort zur Zeit leichter ist, eine Beschäftigung zu finden. Gleichzeitig trauern sie dem „sozialen Frieden“ und den Gewinnbeteiligungen der Vergangenheit nach. Dabei verdient z.B. ein Agronom auf einem Staatsbetrieb mit 4000 – 5000 Cordovas Monatsgehalt heute immer noch mindestens viermal so viel wie ein Landarbeiter. Neben dieser Spezies der unpolitischen bis reaktionären Technokraten trifft man noch auf den Typus des fortschrittsgläubigen Linken, der zwar den Arbeitern Gutes tun will, aber zunächst seinen neuen Toyota-Jeep mit Auto-Telefon ausgestattet hat, um seinen wichtigen Aufgaben besser nachkommen zu können. Er singt das hohe Lied der Chemisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft aus voller Kehle und weiß, auch den von Somoza übernommenen Verwalter zu schätzen (als stabilisierenden Faktor gegenüber den Forderungen der Arbeiter).

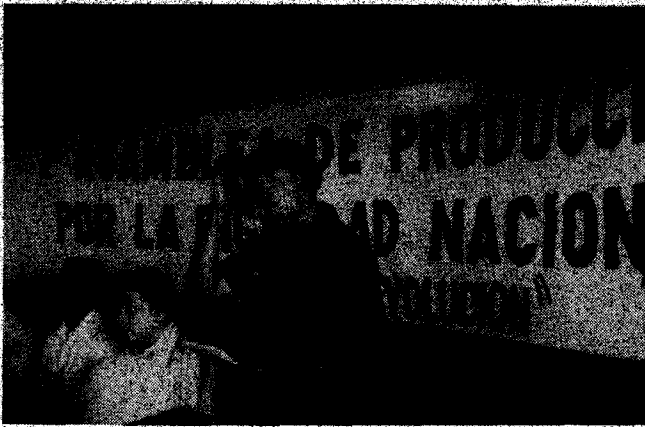
Das Erbe

Die vielschichtigen Probleme der Staatsunternehmen, für die die Malaise mit den Technikern nur der offensichtlichste Ausdruck ist, können jedoch den Sandinisten kaum angelastet werden. Dazu noch einmal Jaime Wheelock: „Warum haben wir nur Staatshaciendas? Weil es ein Modell ist? Nein, weil es ... komplette Plantagen sind mit all ihren Strukturen, die eine Parzellierung nicht zulassen. Dies war das einzige, was die Somozisten, denen die besten Haciendas gehörten, besaßen“.

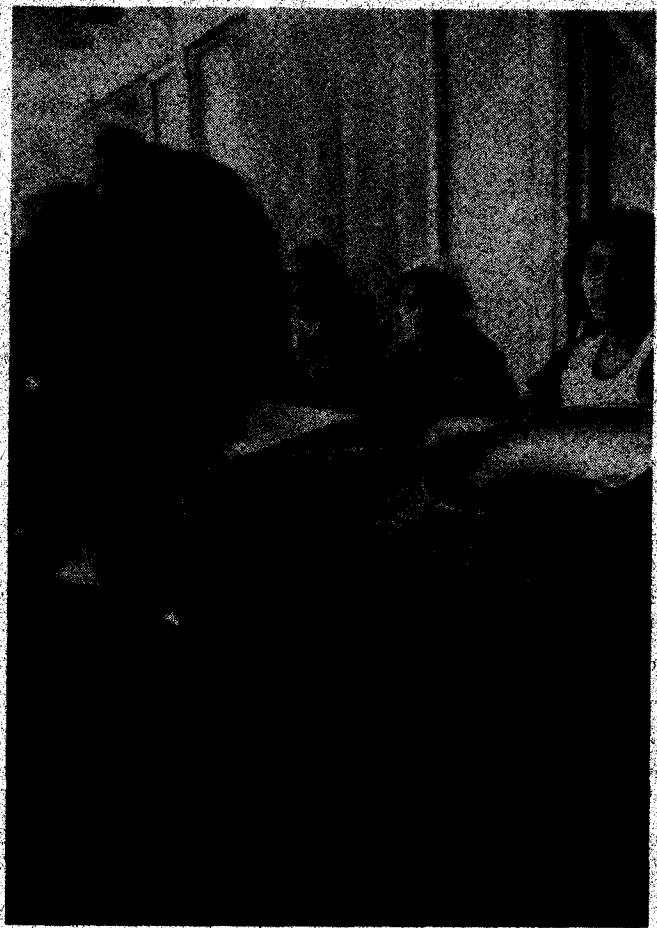
Und das waren etwa 2000 fincas, die direkt nach dem Krieg



Hochtechnisierte Milchproduktion in einer staatlichen UPE nördlich von Managua



Eine sog. Produktionsversammlung auf einer staatlichen UPE. Der Vertreter Der ATC (rechts) und die Verwalter (Mitte, links) erklären den Wirtschaftsplan '81



Frauen sortieren Kaffee im Akkord auf derselben UPE



entschädigungslos konfisziert wurden, immerhin ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche und die Hälfte der Agroindustrie. Es handelte sich vorwiegend um exportorientierte Betriebe, die ein qualifiziertes Management erfordern. Da Nicaragua auf die Devisenerlöse angewiesen ist, kam eine Übergabe der Betriebe an die Landarbeiter nicht in Frage, da diese zwar über spezielle Kenntnisse verfügen aber weder Erfahrung in Unternehmensleitung noch als selbständige Bauern haben.

So kontrolliert der Staat heute gut ein Achtel der Kaffee- und Baumwollproduktion, 40 % der Zuckerproduktion und sogar über die Hälfte der für den Fleischexport bedeutsamen Viehzucht (vgl. Tab. 2); vor allem diese Betriebe hatte Somoza sich nach dem 2. Weltkrieg durch die Entsendung deutscher Einwanderer unter den Nagel gerissen. Zunächst wurden alle konfiszierten Haciendas eines Departaments zu je einem Riesenunternehmen zusammengefaßt und unter die Verwaltung des INRA gestellt. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese 18 künstlichen Mammutgebilde nicht rentabel zu managen waren und so wurde Anfang 1981 eine Neuaufteilung nach produktionstechnischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen. Eine oder mehrere Fincas bilden jetzt eine Produktionseinheit (UPE), die von einem Verwalter (administrador) geleitet wird. Dieser wurde oft von den alten Besitzern übernommen. Mehrere Produktionseinheiten möglichst gleicher Spezialisierung bilden einen Komplex (complejo) mit einem Techniker an der Spitze, mehrere complejos bilden ein Unternehmen (empresa). Chef ist der director. Die Unternehmen einer Gegend unterstehen je einem der 7 Regionalbüros der INRA.

Auch diese Regelung macht natürlich aus den buntgewürfel-

ten Reliquien der Diktatur noch nicht automatisch ökonomisch, geschweige denn sozial, funktionsfähige Einheiten. Zum Beispiel die Empresa Gaspar Garcia, nach einem im Bürgerkrieg gefallenen spanischen FSLN-Priester benannt: sie besteht aus drei Produktionskomplexen mit über 20 einzelnen Fincas, die weit auseinanderliegen und über den ganzen Süden der Provinz Rivas bis hin zur costaricanischen Grenze verstreut sind; unwegsames Gebiet, teilweise nur zu Pferd oder mit dem Boot zu erreichen, zwischendrin Privatbesitz. Früher gehörten diese Ländereien (außer Somoza selbst) der Bank of America und einem als „Killer von León“ berüchtigten Guardia, die allesamt die Viehweiden in miserablen Zustand hinterließen. Neben dem eigentlichen Produktionsschwerpunkt der empresa, der Viehzucht, hat man wegen der räumlichen Lage auch noch ein paar Obstfincas eingegliedert. Trotz der enormen Ausmaße von ca. 30 000 Hektar, sind nur wenige hundert Arbeiter auf dem Unternehmen beschäftigt, etwa die Hälfte davon Saisonarbeiter. Große Teile des Bodens liegen brach. In einer ähnlichen Ausgangssituation befinden sich auch die meisten anderen Staatsunternehmen.

Schlüsselfunktion des Volkseigentums

Aufgrund der Schwierigkeiten, die bisher verstaatlichten Haciendas überhaupt verwaltungsmäßig in den Griff zu bekommen, ist eine Ausweitung des Volkseigentums im Agrarsektor nicht vorgesehen.

Im Industriesektor ist die Lage ähnlich: ca. 250 Somoza-unternehmen stehen unter der Verwaltung von COIP (corporación industrial del pueblo) und werden nach Produktionszweigen neuorganisiert. Bei den privaten Industrieunternehmen interveniert der Staat nur, wenn sie von ihren

Besitzern dekapitalisiert werden, da dies den Zielen des Wiederaufbaus zuwiderläuft.

Obschon die Staatsunternehmen also quantitativ nur eine begrenzte Bedeutung haben, wird ihnen von der sandinistischen Regierung eine Schlüsselfunktion bei der „Restrukturierung und Reorientierung“ der Ökonomie zugewiesen. Darunter wird eine möglichst schnelle Entwicklung der Produktivkräfte verstanden, die den Aufbau einer an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Wirtschaftsstruktur ermöglicht.

Die große Bedeutung der Staatsunternehmen ergibt sich zum einen mehr oder weniger zwangsläufig aus dem Unwillen der Privatunternehmer, überhaupt irgendwelche Investitionen zu tätigen, die sich nicht innerhalb eines Jahres rentieren, zum anderen aus der Tatsache, daß eine gezielte Wirtschaftsplanung nur im staatlichen Sektor möglich ist. Die privaten Investitionen sanken von 1977, dem besten Vorkriegsjahr, bis 1980 von 3,1 Mrd. US-Dollar auf 0,4 Mrd. Dollar, da die Kapitalisten den Eigentums Garantien der Sandinisten offenbar nicht trauen. In dieser Situation fallen dem Staat sogar kostspielige Aufgaben zu, die eigentlich im Zuge des Wiederaufbaus von den Privaten erledigt werden müßten, wie die Erneuerung der Kaffeepflanzungen und die Aufpöpelung des durch Notschlachtungen im Krieg arg dezimierten Viehbestandes. Die gesamten öffentlichen Investitionen werden 1981 rund 4 Mrd. \$ erreichen, davon gehen 1,4 Mrd. als Kredit an die Staatsbetriebe.

Da zur Zeit drei Viertel der staatlichen Investitionen auslandsfinanziert sind und weitere Kreditbeschaffung sich zunehmend schwieriger gestaltet, sollen die Staatsbetriebe schleunigst Gewinne erwirtschaften, damit sie ihre Investitionen selber finanzieren und den Staatshaushalt durch Steuerzahlungen unterstützen können. Das Jahr 1981 ist zum „Jahr der Verteidigung und der Produktion“ ernannt worden, der Wirtschaftsplan 81 trägt den bezeichnenden Namen „programa economico de austeridad y eficiencia“. „austeridad“, das heißt: Luxuskonsum und Devisen einsparen. Die „eficiencia“ in der Produktion soll durch Rationalisierungsmaßnahmen und vor allem durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Staatsbetrieben erreicht werden.

Neues Mitbestimmungsmodell

Henry Ruiz, Planungsminister bis Frühjahr 1981: „Die Möglichkeit der Arbeiter, sich direkt an der Führung der Unternehmen zu beteiligen, ist ein essentieller Teil des revolutionären Prozesses ... Arbeitermitbestimmung heißt aber nicht, mit der Arbeitsdisziplin zu brechen und die Arbeitsnormen nicht zu erfüllen, sondern eine neue Arbeitsdisziplin aufzubauen, die ein hohes politisches Bewußtsein und eine große Effizienz in der Produktion beinhaltet.“

Die Mobilisierung der Arbeiter für die Erhöhung der Produktion und die Erfüllung des Plans 81 ist demnach einer der Hauptgründe für die Einführung der Mitbestimmung in den volkseigenen Betrieben, die Anfang 1981 mit dem Dekret Nr. 580 gesetzlich abgesichert wurde. Zum anderen wird durch eine Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur eine schlagkräftigere Interessenvertretung der Arbeiter angestrebt.

Das soll im wesentlichen durch die Wahl von Betriebsräten in den Produktionseinheiten und auf den übergeordneten complejos erreicht werden. Der Betriebsrat einer Produktionseinheit hat mindestens 3, höchstens jedoch 13 Mitglieder (je nach Anzahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer), die sich einmal pro Woche mit dem Verwalter der UPE über die Produktionspläne sowie Verwaltung und Arbeitsdisziplin abstimmen sollen. bei Einstellungen und

Entlassungen haben sie ebenfalls Mitspracherecht, sofern die Maßnahmen nur die Produktionseinheit betreffen. Außerdem wird einmal monatlich eine Belegschaftsversammlung zur Diskussion der anstehenden Probleme abgehalten.

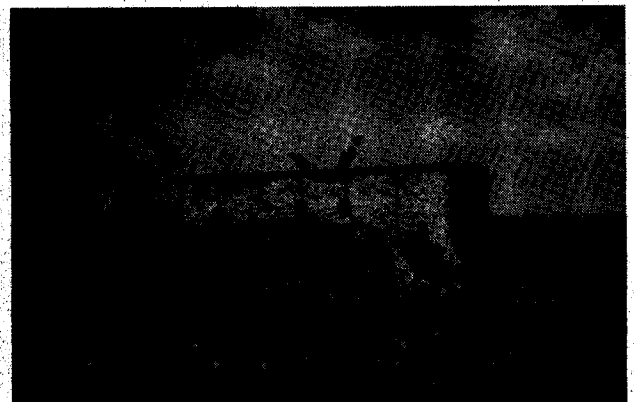
Der Betriebsrat auf complejo-Ebene soll 7 – 9 Mitglieder haben, die vom ATC-Hauptamtlichen des jeweiligen Bezirks vorgeschlagen werden. Aufgabe dieser Räte ist es, in 14täglichen stattfindenden Versammlungen mit dem Leiter des complejo, den Verwaltern der UPEs, den untergeordneten Betriebsräten und dem Bezirksdelegierten der ATC wiederum die Produktionspläne zu diskutieren sowie die in den UPEs nicht geklärten Probleme verschiedenster Art zu lösen.

Das höchste Mitbestimmungsorgan ist der auf Unternehmensebene gebildete Beirat (consejo consultivo), der sich aus dem Direktor der Gesamtunternehmung, den Leitern der complejos und einem hauptamtlichen Departamentsvertreter der ATC zusammensetzt. Er tritt einmal monatlich zusammen, um die gesamte Planung für das Unternehmen zu steuern, deren Erfüllung zu kontrollieren sowie die je nach Bedarf stattfindenden sogenannten Produktionsversammlungen vorzubereiten. Dort sollen dann der Belegschaft die Arbeitspläne erklärt werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, werden den ATC-Delegierten Ausbildungskurse beim INRA angeboten.

Parallel zur Vermittlung der Produktionspläne durch das Management reichen die ATC-Hauptamtlichen die politischen Arbeitsrichtlinien (z.B. über die Kampagnen) an die Betriebsräte weiter, damit diese sie in die Belegschaft tragen.

Die Realität: kleine Brötchen backen

Diese Grundstruktur- Sozialpolitik von unten nach oben, Planung und Kampagnen von oben nach unten – existiert jedoch heute erst ansatzweise, da die Unternehmen in ihrer jetzigen Form ja erst ein halbes Jahr bestehen. Auch ist es oft schwierig, Kandidaten für die jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen zu finden, nicht nur weil die Arbeiter der verschiedenen Fincas sich kaum kennen, sondern auch, weil viele sich die neuen Aufgaben nicht zutrauen. Trotz der Alphabetisierungskampagne sind viele Arbeiter



Baumwollernte

mangels Übung noch immer funktionale Analphabeten. Deshalb hat man für die Unternehmen zusätzlich je einen für Weiterbildung Verantwortlichen eingestellt, dessen Aktionsdrang aber halt noch von allerlei organisatorischen Widrigkeiten (Mangel an Transportmitteln) und dem Naturell der oben beschriebenen Manager gebremst wird. So haben denn die ATC-Sekretäre auf Departamentebene vorerst die Staatsunternehmen unter sich „aufge-

teilt" und halten dort, ähnlich wie auf den private Fincas regelmäßige Versammlungen ab. Allerdings gibt es zusätzlich alle paar Wochen ein Treffen mit dem Management und den für Weiterbildung und Sozialprogramme Verantwortlichen. Da auch die Staatsunternehmen auf Ren tabilität gepolt sind, treten dort durchaus ähnliche Konflikte wie auf den privaten Hacienden auf, und das Management diskutiert sie ebenfalls nur, wenn die Arbeiter ihm auf die Füße treten.

Eine dieser Versammlungen, die ich auf der Empresa Jorge Canargo miterlebte, beschäftigte sich allein die Hälfte der Zeit mit dem Problem der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Was z.B. macht man mit Unfällen auf dem Weg zur Arbeit? Eine Unfallversicherung wie in Europa gibt es nicht. Wie lange muß das Unternehmen zahlen, wenn ein Saisonarbeiter krank wird?

Ganz generell ergibt sich ein großer Bereich ungelöster Fragen aus den unklaren Autonomiegrenzen der Staatsunternehmen. So kommt es oft vor, daß Arbeiter die empresa-Leute um Darlehen angehen (z.B. um ihre Häuser zu reparieren). Ist das nun eine verkappte Lohnhöhung? Darf ein Unternehmen diese gewähren oder sollte lieber die Kommunalbank einen Fonds einrichten? usw.

Kurzum: Gut Ding will Weile haben.

Tabelle 1:

Anteil des Staatssektors (APP-Area de Propiedad del pueblo) am Bruttosozialprodukt (BSP).

	Öffentlicher Sektor in % des BSP 1980	Privatsektor in % des BSP (vor Juli) 1980	1979
Landwirtschaft	20	80	100
verarb. Industrie	25	75	100
Bausektor	70	30	60
Minen	95	5	100
Dienstleistungen	55	45	69
BSP insgesamt	41	59	85

aus: Le Monde Diplomatique en Espanol, Nov. 1980

Pachtreform und Genossenschaften für 100 000 Kleinbauern

Die medieria wird abgeschafft

Die Versorgung Nicaraguas mit Reis, Mais, Bohnen und Gemüse wird zu 80 – 100 % von den über 100 000 kleinen und mittleren Agrarproduzenten aufrechterhalten. Sie beschäftigen nur in geringem Umfang Saisonarbeiter und besitzen nicht mehr als 250 Rinder. Als Kleinbauer gilt, wer bis zu 5 manzanas an Grundnahrungsmitteln oder bis 20 manzanas mit Exportprodukten bebaut und keine Lohnarbeiter beschäftigt. Die Kleinbauern sind oft nicht Eigentümer ihrer Parzellen, sondern stehen in unterschiedlichen Formen der Abhängigkeit von Grundbesitzern, die sich vor allem im Bergland riesige Ländereien angeeignet haben, die sie aber nur extensiv oder gar nicht nutzen (im Gegenteil zu den kapitalistisch wirtschaftenden Großbetrieben). Um diese Misere zu beseitigen, hat die FSLN kürzlich eine gründliche Pachtreform durchgeführt. Die Kernpunkte des Dekrets Nr. 671 sind die Festsetzung der Pachtsätze und das Verbot, das Land während der Saatzeit brachliegen zu lassen. Wird vom Agrarreforminstitut INRA festgestellt, daß ein Grundbesitzer sich weigert, sein Land zu bestellen, oder bestellen zu lassen, so verpachtet der Staat seinerseits den Boden und zahlt dem Eigentümer am Ende des Erntejahrs die



Eden Pastora, comandante de la revolución, beim freiwilligen Ernteeinsatz

Pachterträge aus. In den Fällen, in denen die Patronos sich grundsätzlich resistent verhalten oder sich nicht um das Land kümmern, weil sie außerhalb Nicaraguas leben, wurde der Boden bereits im letzten Jahr gegen Entschädigung enteignet oder vom INRA aufgekauft und an Kleinbauern vergeben (vgl. Tab. 3).

Der jährliche Pachtzins ist für Baumwolle auf 300 cordovas pro manzana festgelegt worden, für alle anderen Anbaukulturen auf 100 cordovas, wodurch vor allem den armen Bauern der Zugang zum Land erleichtert wird; denn vorher lagen die zu zahlenden Beträge oft 3 mal so hoch. Die Pacht muß jetzt in Geld gezahlt werden, während bisher in weiten Gebieten die „Medieria“ üblich war, bei der der Pächter die halbe Ernte an den Großgrundbesitzer abgeben muß. Das alte Verfahren ist nicht nur deshalb unerwünscht, weil es den Bauern jeden Anreiz zur Steigerung der Produktion für den Markt nimmt und die wahre Höhe der Pachtzahlung verschleiert, sondern auch weil es der Absicht der Sandinisten zuwiderläuft, den spekulativen Zwischenhandel mit Grundnahrungsmitteln auszuschalten. Des weiteren haben die Pächter nur einen Anspruch darauf, im laufenden Jahr das selbe Stück Land zu pachten wie im Vorjahr. Damit soll die Aneignung unbezahlter Arbeit der Pächter durch die Landeigentümer verhindert werden, denn es ist schlechter alter Brauch in Nicaragua, daß die Großgrundbesitzer versuchen, den Pächtern jedes Jahr ein anderes Stück Land zu geben, während sie selber die nunmehr schon urbar gemachte Parzelle nutzen.

Die Bäuerin Faustina Aburto berichtete im April der Zeitung Barricada: „Ja, Don Jacobo will das jetzt auch machen. Das Land, das er mir letztes Jahr gab, war voll von Gräsern und Wurzeln, so daß ich 8 Tage lang pflügen mußte, bis ich den Boden bearbeiten konnte.“

Beim INRA-Büro in Massaya, einer dicht besiedelten Region mit wenigen Enteignungen, gingen allein im gleichen Monat Hunderte ähnlicher Beschwerden ein, die das wahre Ausmaß der existierenden Mißbräuche dokumentieren.

im Norden Nicaraguas, wo vor allem Gemüse- und Kaffee produziert wird. Der Landbesitz ist hier nicht das Hauptproblem, da ein Bauer aufgrund der ungeheuren Fruchtbarkeit des Bodens schon auf einem manzana (7 000 qm) überleben kann. Es fehlt aber an Vermarktungsmöglichkeiten und Infrastruktur, so daß kaum ein Anreiz für die Bauern besteht, über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren. Die Kooperativen sollen hier den Bauern ermöglichen, den Verkauf ihrer Produkte zu organisieren und aus

Tabelle 2 Landbesitz nach Produkten (Fläche in Mio manzanas, 1 m = 0,7 ha)

	Nutzfläche	dav. APP	in %	dav. Priv.	in %	Klein- u. Mittelbesitz der Prod. in %
1. Ackerbau	1,075	0,129	12	0,946	88	
a) Export	0,433 = 40 %	0,078	18	0,356	72	
– Baumwolle	0,18	0,03	16,7	0,15	83,3	30
– Kaffee	0,14	0,019	13,5	0,121	86,5	50 – 70
– Zucker	0,067	0,0264	40	0,041	60	
b) interner Konsum	0,642 = 60 %	0,051	8	0,591	92	ca. 80
– Reis			45			ca. 80
– Bohnen			3,8			ca. 80
– Mais			16,9			ca. 80
– Gemüse						100
2. Viehzucht			55 – 80		45 – 20	
3. Agroindustrie in % Prod.						
– Baumwolle			40		60	
– Kaffee			60		40	
– Fleisch			55		45	
– Zucker			35 – 40		55 – 60	

Quellen: Programa Economico de austeridad y eficiencia 1981, Le Monde Diplomatique en Espanol, Nov. 1980, Latin American Weekly Report 22.8.1980

Man hat nur noch einen Patron

Da der Zugang zum Land allein, einem armen Bauern im allgemeinen wenig nützt, wenn er kein Geld hat, um sich Saatgut zu kaufen, werden den Kleinbauern jetzt auch günstige Kredite für die Produktion von Grundnahrungsmitteln zur Verfügung gestellt von der nationalen Entwicklungsbank BND. Allein 1980 wurden Agrarkredite in Höhe von fast 1 Mrd. cordovas vergeben, das ist 8-mal mehr als zu Somozas besten Zeiten.

Um die Verwaltungsarbeit für die Bank zu erleichtern, werden die Bauern aufgefordert, sich in Kooperativen zusammenzuschließen, was mit entsprechenden Vorzugszinsen belohnt wird. Während ein individueller Agrarkredit 13 % Zinsen kostet, muß eine Dienstleistungskooperative (CCS = cooperative de credito y servicios multiples) nur 10 % bezahlen und eine Produktionskooperative (CAS = cooperative agricola sandinista) gar 8 %.

Bisher haben sich erst relativ wenige Bauern entschlossen, den Boden gemeinsam zu bearbeiten, aber die Dienstleistungsgenossenschaften verzeichneten regen Zulauf: bis Mitte 1980 hatten sich schon mehr als 60 000 Bauern organisiert. Die Kooperativen werden regelmäßig von der neuen Regierungsinstitution PROCAMPO in technischen Fragen beraten.

Ich begleite einen der staatlichen Agrarberater in der Provinz Jinotega bei seiner täglichen Fahrt aufs Land, um von den Bauern zu erfahren, ob das neue System funktioniert. Jinotega ist eine arme und dünn besiedelte Bergregion

den Erträgen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zu finanzieren.

Mein erster Gesprächspartner ist ein sehr engagierter Kleinbauer, der selber erst seit wenigen Jahren durch Heirat in die Provinz gekommen ist und jetzt versucht, seine nächsten Nachbarn zum Aufbau einer Gruppe zu motivieren. Die Leute sind aber noch mißtrauisch, weil sie vor einiger Zeit schon einmal schlechte Erfahrungen mit dem Versuch einer Vermarktungskooperative gemacht haben. Die von ihnen gewählten Vertreter hatten damals in die eigene Tasche gewirtschaftet und „eine gemeinsame Produktion“, so erklärt mir der Bauer, „ist hier in der Gegend schon gar nicht drin, weil die Leute überall verstreut wohnen“. Oft liegt nämlich über eine Stunde Weg zwischen den einzelnen Häusern.

Als nächstes fahren wir in ein kleines Dorf, wo sich alle 19 Familien zusammengeschlossen haben, um Kredite für Gemüseanbau zu bekommen und den Einkauf der notwendigen Konsumgüter aus der Stadt gemeinsam zu organisieren. Hier ist alles sehr viel einfacher, weil die Familien eng beisammen wohnen, sich täglich sehen und daher keine großen Versammlungen einberufen müssen. Ökonomisch hat es mit der Kooperative allerdings noch nicht geklappt, weil sie mit ihrem Gemüse auf dem Markt von Jinotega nicht gegen die billigen Guatemala-Importe ankamen und gerade die Kredite zurückzahlen konnten. Sie wollen aber weitermachen. Wenn es mal Gewinne gibt, wird eine Schule gebaut. Übrigens: wenn die Bauern die staatlichen Kredite einmal nicht zurückzahlen können, gibt man ihnen Zeit bis zum nächsten Jahr.

Zum Schluß treffe ich noch einen jungen Kaffeeproduzenten. Er hat eine kleine Finca von 10 manzanas von seinem Vater übernommen, auf der er, je nach Jahreszeit zwischen 8 und 20 Arbeiter beschäftigt. Die gestiegenen Mindestlöhne machen ihm zwar zu schaffen, jedoch betont er: „das heißt noch lange nicht, daß ich gegen die Revolution bin. Es ist nur etwas schwierig, wenn die Preise für die Produktion steigen und die Weltmarktkaffeepreise nicht, aber zum Leben reicht es.“ Schon 1979 hat er sich mit 180 anderen Kaffeeproduzenten zu einer Vermarktungskoope-
 rative zusammengetan. Alle zwei Wochen halten sie eine Versammlung ab und er steht voll dahinter. Die Vorteile des neuen Systems sieht er ganz nüchtern: „Die Kreditzinsen sind billiger als bei Somoza und vor allem: man hat jetzt nur noch einen Patron“. Nämlich die staatliche Gesellschaft ENCAFE, die den Kaffee aufkauft und exportiert und die Produzenten von der Preisdrückerei des Zwischenhandels unabhängig macht.

Die gleiche Funktion für die Vermarktung der Grundnahrungsmittel soll die ebenfalls staatliche ENABAS erfüllen. Sie bietet den Bauern kostendeckende Preise für ihre Produkte: seit Ende April erhalten die Produzenten 100 cord pro Zentner Mais und 250 cord für Reis sowie 320 cord für schwarze Bohnen. Für die Endverbraucher werden die Güter dann, durch Subventionen verbilligt, in Volksläden verkauft. Man will damit den, in vielen lateinamerikanischen Ländern begangenen, Fehler vermeiden, die Produzentenpreise für Agrarprodukte aus Rücksicht auf die arme Stadtbevölkerung so niedrig festzusetzen, daß die Bauern nichts mehr produzieren. Nicaragua soll 1981 von Grundnahrungsmittelimporten unabhängig und später möglichst Nettoexporteur werden.



Delegierte der Kleinbauern auf dem Weg zur Gründungsversammlung der UNAG im Theater „Ruben Dario“ in Managua

Dieses Ziel wird wahrscheinlich auch erreicht werden, obschon das neue Vermarktungssystem noch mit zahlreichen Pannen behaftet ist. So gibt es z.B. ständige Querelen um die Berechnung der Produktionskosten, die Aufkäufer von ENABAS sind gelegentlich korrupt und als es im letzten Jahr zu einer vorübergehenden Versorgungskrise kam, konnten die privaten Zwischenhändler den Bauern

höhere Preise bieten, so daß niemand mehr an ENABAS verkaufen wollte.

Ähnliches geschah in diesem Jahr zu Ostern, als die Nahrungsmittelpreise auf den Märkten in Managua in die Höhe schossen, weil die staatlichen Preiskontrolleure, wie alle Regierungsangestellten, in der „heiligen Woche“ versehentlich auch Urlaub bekommen hatten.

Neue Bauernorganisation

Um die Stellung der Bauern gegenüber den staatlichen Institutionen, v.a. ENABAS, PROCAMPO und der BND, zu stärken, ist Ende April dieses Jahres die neue sandinistische Organisation UNAG (unión nacional de agricultores y ganaderos) entstanden. Die kleinen und mittleren Produzenten werden demnächst Sitz und Stimme im Staatsrat erhalten und sind damit offiziell als eine Gruppe mit eigenständigen Interessen anerkannt, während sie vorher in der Landarbeitergewerkschaft ATC mitorganisiert waren. Es zeigt sich jedoch, daß Arbeiter und Bauern trotz der allseits beschworenen „alianza obrero-campesino“ durchaus unterschiedliche und gelegentlich sogar entgegengesetzte Interessen haben, da die mittleren Produzenten teilweise selber Arbeitgeber sind. So findet sich in dem zur UNAG-Gründungsversammlung vorbereiteten Forderungskatalog auch eine deutliche Bitte an die ATC, doch ihre Mitglieder zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität zu veranlassen nach dem Motto: Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.

Der zweite Hauptgrund für die Neugründung allerdings dürfte darin liegen, daß die Klein- und Mittelbauern politisch sehr viel heterogener zusammengesetzt sind als die Landarbeiter und daher schwieriger auf Sandino-Linie zu halten (oder zu bringen) sind. In der Landarbeiterschaft spielen die nicht-sandinistischen Gewerkschaften rechter Couleur (CTN, CUS) eine geringe Rolle und die ehemals oppositionellen Linksorganisationen Frente Obrero und CAUS stehen inzwischen in kritischer Solidarität zur FSLN. In der Bauernschaft dagegen gibt es nach Angaben der ATC noch jede Menge „Robelistas“, wie die Anhänger des bürgerlichen Oppositionsführers Alfonso Robelo genannt werden. Daß diese sich mit den Sandinisten politisch böse befänden, erleichtert natürlich nicht gerade die gemeinsame Kooperativenbildung.

Die Saisonarbeiter und der historische Fortschritt

Es gibt nun auf dem Land in Nicaragua nicht nur die oben beschriebenen Bauern, denen es im Grunde nur an technischer Hilfe für die Produktions- und Einkommenssteigerung fehlt, sondern auch die „minifundistas“, deren Land sich durch Parzellierung und Erbteilung so weit reduziert hat, daß sie als selbständige Bauern nicht mehr überleben können und deshalb gezwungenermaßen einen Teil des Jahres als Lohnarbeiter auf die Exportplantagen gehen. Diese in den Analysen des Agrarministeriums als „semi-proletarios“ bezeichnete Gruppe stellt für die Sandinisten zweifellos ein Problem dar, Agrarminister Wheelock befürchtet zu Recht: „... wenn wir den größten Teil der Landbevölkerung vergenossenschaftet hätten, blieben uns keine Landarbeiter. Man muß ein Gleichgewicht erreichen.“ In diesem Sinne ist auch die folgende der UNAG-Gründungsversammlung bekanntgegebene und allseits mit Jubel begrüßte Entscheidung der Regierung zu sehen: ab sofort werden nämlich alle brachliegenden staatlichen Ländereien, die von den volkseigenen Hacienden nicht oder nicht rentabel genutzt werden können, als Eigentum an Kooperativen, landlose Familien oder Produktionskollektive bis zu

20 Personen vergeben. In Einzelfällen ist das auch bisher schon geschehen, denn an Boden mangelt es nicht: von den über 1,3 Mio manzanas Staatsland sind bisher nur 10 % für den Ackerbau genutzt worden, die Viehhaciendas werden trotz guter Böden meist extensiv bewirtschaftet. In den Arbeitsrichtlinien der ATC für den Monat April heißt es nun dazu: „Es geht darum, Bewußtsein zu schaffen für die Notwendigkeit der Bereitstellung von Arbeitskräften für die zukünftigen Ernten“. Die Neusiedler sollen sich möglichst vertraglich gegenüber den Staatsunternehmen verpflichten, nur das halbe Jahr über Grundnahrungsmittel anzubauen, den Rest der Zeit aber auf den Staatsgütern zu arbeiten. William Ruiz, Propagandasekretär der ATC in Rivas, erklärt mir: „Die Übergabe von Brachland an landlose Bauern ist in verschiedener Hinsicht ein Kompromiß. Zum einen geht es darum, Landbesetzungen auf Privatgütern zu verhindern, wie sie im letzten Jahr von den Gewerkschaften CUS und CAUS gefördert wurden, zum anderen ist es eine Reaktion auf den Arbeitskräftemangel zur Erntezeit, unter dem die Baumwollernte schon erheblich gelitten hat.“ Der scheinbare Widerspruch, daß Nicaragua trotz einer ländlichen Arbeitslosigkeit von immer noch 20 % unter Arbeitskräftemangel leidet, hängt zum ersten mit dem Wegbleiben der salvadorischen Erntearbeiter zusammen. Des weiteren haben nicht wenige der ehemaligen cortadores und macheteros inzwischen Arbeit beim Staat (v.a. im Heer) gefunden, und auch die Kleinbauern, denen es jetzt besser geht, vermeiden die mühselige Plackerei lieber. Man braucht aber zur Erntezeit, v.a. auf den Kaffee- und Baumwollfincas, 2-3 mal so viele Arbeitskräfte, wie dort ständig beschäftigt werden können.

Tabelle 3:
Entschädigungspflichtige Enteignungen in % des Grundbesitzes über 500 manzanas nach Regionen

Nicaragua insgesamt	42,9 %
Matriz	76,1 %
Nueva Segovia	84,5 %
Esteli	77,3 %
Carazo	10,5 %
Masaya	10,0 %
Boaco	18,7 %
Jinotega	9,5 %

Quelle: Le Monde Diplomatique en Espanol, Nov. 1980

Hier sollen nun die halbproletarisierten Bauern kurzfristig Abhilfe schaffen (neben den zahlreichen, zusätzlich organisierten freiwilligen Arbeitseinsätzen von Heer und Volksorganisationen). Langfristig wollen die Sandinisten das Problem durch die Mechanisierung der Ernten und Ausbau der Agroindustrie auf den Staatsgütern lösen, um den Arbeitskräftebedarf zu verstetigen. Mit dem Ende der Saisonarbeit und der 100%igen Durchsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses fielen auch alle Schwierigkeiten weg, die bei der Teilnahme dieser Arbeitskräfte an den neuen Mitbestimmungsregelungen auftraten. Außerdem erschwert und verteuert die zerstreute Siedlungsweise und die ineffiziente Parzellenwirtschaft die Hebung des Lebensstandards. „Allein schon deshalb“, so Ruiz, „kann es nicht unser Ziel sein, den Halbproletarier wieder in einen campesino zu verwandeln“ und Agrarminister Wheelock meint: „Es gab viele Agrarreformen, die das Land mit einem Mal übergeben haben... Mit einer derart vorgenommenen Landverteilung bringen sie den Prozeß der Proletarisierung auf dem Land zum Scheitern und verursachen einen historischen Rückschritt.“

Nur: ob die Saisonarbeiter das auch so sehen?

Niña Boschmann

Verwendete Quellen:

1. Programa económico de austeridad y eficiencia 1981 ano de la defensa y la producción
2. Die Tageszeitungen „Barricada“ und „Nuevo Diario“ April 81
3. Interview mit Jaime Wheelock, geführt von Javier Argüello in: Nicaragua Nr. 1 Mai/Juni 80, No hay reformas agrarias iguales
4. Le Monde diplomatique en español Nov. 1980, Hacia una economía para una nueva sociedad
5. El plan de reactivación económica in: Nicaragua hoy, suplemento de „ya veremos“ ohne Datum
6. Humberto Belli: Unidad o chaos, Nicaragua en la en crucijada Beilage zur Tageszeitung „La Prensa“ 10.4.81
7. Asamblea Nacional constitutiva pequeños y medianos productores agropecuarios de Nicaragua: Plan de Lucha 25. - 26. April 81
8. Reestructuración sindical y creación de los sindicatos por Empresas dentro del APP. Instructiva del Comité Ejecutivo Nacional de la ATC 9. Febr. 1981
9. Lineas de Trabajo para el mes de abril de 1981. Instructiva No 4 de la Secretaria Nacional de Propaganda de la ATC
10. El papel político del APP en la Nueva Economía sandinista de: Secretaria Nacional de Propaganda y Educación Política del FSLN, Juni 1980
11. Discurso del Comandante Daniel Ortega en la Plaza 19 de Julio. de: s.o. Juli 1980
12. Discurso del Cmdte de la Revolución Bayardo Arce Castaño ante la Asamblea de ANDEN de: Secretaria Nacional de Educación Política (atc0 o. Datum, Anfang 1981)
13. Como fue nuestra economía en 1980 y cuales son nuestras Tareas para 1981, de: s.o. ohne Datum.

„WELCHE(R) LEHRER(IN) MIT 1. ODER 2. EXAMEN ODER (DIPLOM-)PÄDAGOGE WILL FÜR ZWEI JAHRE IM BEFREITEN ZIMBABWE UNTERRICHTEN?“

– Vermittler:

Die dänische Organisation DEVELOPMENT AID FROM PEOPLE TO PEOPLE (DAPP) in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsministerium von Zimbabwe

– Unterricht:

Lehrer aller Fächer, Grundsatz: Einheit von Lernen und produktiver Tätigkeit (in Anlehnung an das TVIND-Schulmodell in DK), meist Dorfschulen, Altersstufen unterschiedlich.

– Voraussetzungen:

Englisch, Bereitschaft, wie die Leute am Ort zu leben und Bereitschaft zu solidarischer Zusammenar-

beit mit dem Erziehungsministerium von Zimbabwe.

– Termin:

Ab Januar 1982, Vorbereitung im November und Dezember 1981 in TVIND (Dänemark)

– Ernsthaft Interessierte aus Westberlin, Schleswig-Holstein, HH, HB, Niedersachsen und Hessen wenden sich an:

Jürgen Neumann, Milchlingstr. 1, 3500 Kassel
aus den übrigen Bundesländern an:

Sabine Decker-Horz u. Dorothee Bülow
An der Evangelischen Kirche 2, 5300 Bonn 1

– Wichtig:

Anfrage kann nur beantwortet werden, wenn 1,20 DM in Briefmarken beiliegen (da alle Kosten privat vorgeschossen werden).

Die Vermittlungschancen sind sehr günstig.

BUCHBESPRECHUNG

Neuansatz oder Krise ohne Alternative?

Probleme und Perspektiven der Linken in Lateinamerika

Das bereits in fünfter ununterbrochener Folge erscheinende Lateinamerika Jahrbuch beschäftigt sich in seiner diesjährigen Ausgabe mit einem Thema, das zu einer kontroversen Diskussion einlädt:

Veronika Bennholdt-Thomsen u.a. (Hrsg.), Lateinamerika. Analysen und Berichte 5. Probleme und Perspektiven der Linken. Berlin: Olle und Wolter, 1981

Die Thematik, die angesichts der offensichtlichen Verschiebung der Machtverhältnisse zu Ungunsten der revolutionären und reformerischen Kräfte besonders in den südamerikanischen Staaten keineswegs die unmittelbare Aktualität besitzt wie noch vor zehn Jahren, ist gleichwohl von großem Interesse.

Im Unterschied zu der Bundesrepublik, wo sich eine zunehmende Theoriefeindschaft breitmacht und, angesichts allgemeiner Orientierungslosigkeit, eine Abneigung gegen abstrakte marxistische Interpretationsansätze verbreitet ist, bleibt der Marxismus in Lateinamerika historischer und gesellschaftspolitischer Bezugsrahmen. Hierbei gilt es festzuhalten, daß vom Marxismus beeinflusste Interpretationsansätze in Lateinamerika seit den 70er Jahren weniger in dogmatischer und wahrscheinlich auch kreativerer Form gehandhabt wurden als hier in der Bundesrepublik. Dies kommt auch in der Rezeption von marxistischen Theoretikern zum Ausdruck, die bei uns vergleichsweise unbekannt sind, oder aber ein Mauerblümchendasein fristen mußten neben den Klassikern, die in der Vergangenheit von der parteipolitisch organisierten Linken hochgehalten wurden.

Dazu zählen einmal der italienische Marxist Antonio Gramsci, der sich vor allem mit dem Problem der „Hegemonie“ als Ausdruck aller Herrschaftsverhältnisse in einer Gesellschaft beschäftigte und gleichzeitig mit seiner bereits in den 30er Jahren getroffenen Feststellung von einem Nord-Süd-Gefälle zwischen den industrialisierten und den erst in Ansätzen industrialisierten Staaten in Europa einen Bezugspunkt für die gegenwärtige Situation vieler lateinamerikanischer Staaten aufstellte. Daneben hat Nicos Poulantzas einen Einfluß ausgeübt, zumal sich sein Versuch, eine marxistische Staatstheorie zu entwickeln, sich in die Diskussion über Staat und Herrschaftsformen einfügt, wie sie in den 70er Jahren in Lateinamerika geführt wurde. Denn in dem Maße, wie sich dort autoritäre Militärregimes längerfristig etablieren konnten, wurde die Analyse der Staatsform, der Herrschaftsmechanismen, der Militärs als Technokratenklasse immer wichtiger, wenn es um die Erkenntnis der jeweiligen Situation, aber auch um die Frage möglichen politischen Handelns ging. Zu diesen Aspekten tritt als weiteres Moment hinzu, daß in jüngerer Zeit die von der Linken in der Vergangenheit vertretenen Ansätze selbstkritisch überdacht werden, nachdem Anfang der 70er Jahre zahlreiche Reform- und Revolutionsversuche in den südamerikanischen Staaten gescheitert sind. In den 60er Jahren war

das Guerillamodell, das in Kuba erfolgreich gewesen war, vorschnell verabsolutiert worden, die spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder blieben dabei unberücksichtigt. Als Folge dieses Ansatzes wurden die Linkskräfte in vielen lateinamerikanischen Staaten längerfristig vom politischen Geschehen isoliert. Dann war die sowohl begrifflich wie politisch falsche Alternative zwischen „Kapitalismus = Faschismus oder Revolution“ in Lateinamerika aufgestellt worden.

Mittlerweile haben sich allerdings weitaus pragmatischere, aber auch realistischere Interpretationen durchgesetzt. Im Rahmen des Kampfes für eine wirkliche Redemokratisierung gewinnt die Frage der Demokratie eine grundsätzlich andere Bedeutung als in der Vergangenheit, wo eine demokratische Zwischenphase lediglich als notwendiges Übergangsstadium zu einem Sozialismusmodell verstanden

Gesellschaft für
entwicklungspolitische
Bildung e.V.



GEB-Loseblattsammlung:

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

Jede Lieferung umfaßt ca. 32 Seiten + Umschlag, Format DIN A 4 (kopiertfähig). In unregelmäßigen Abständen erscheinen zu den einzelnen Themen Nachlieferungen mit aktuellen Informationen.

Bisherige Lieferungen:

- Nr. 1: Nicaragua (Aktualisierte Neuauflage)
- Nr. 2: S. Schulte: Unterrichtsprojekt: Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara (Neuauflage Ende 81)
- Nr. 3: W. Reiche/C. Gebhardt: Peru
- Nr. 4: G.A. Rakelmann: Zigeuner
- Nr. 5: I. Körber/A.H. Behrawan: Iran
- Nr. 6: W. Kobe/D. Seifried: Welthandel I
- Nr. 7: W. Schmidt-Wulffen: Kolonialismus
- Nr. 8/9: D. Seifried: Welthandel II (Doppelnr.)
- Nr. 10: J. Lieser: Bolivien (ab Herbst 81)

Weitere Ausgaben sind zu folgenden Themen geplant:
Imperialismus / Tourismus / Türkei

Einzelpreis: 5,- DM + Porto

Doppelnr.: 8,- DM + Porto

Abonnement für 6 Nummern einschl. aktueller Nachlieferungen: 30,- DM

Bestellungen an:

CON-Vertrieb
Westerdeich 38
2800 Bremen

Kontaktadresse/Redaktion:

Werner Kobe
Christian Neven-dü Mont
Talstraße 11 (HH)
7800 Freiburg

wurde, das weitgehend von ausländischen Vorbildern geprägt war.

Der in der Folgezeit begonnene Revisions- und Redefinitionsversuch unter den „lateinamerikanischen Linken“ wurde somit einerseits von den gewandelten politischen Bedingungen, andererseits von selbstkritischen Analysen angesichts einer steigenden gesellschaftlichen Isolierung hervorgerufen.

Allen Autoren des Bandes, die, wie auch die Herausgeber im Vorwort anmerken, nicht unbedingt einen repräsentativen Querschnitt der ohnehin nicht katalogisierbaren „lateinamerikanischen Linken“ darstellen, und die eher dem wissenschaftlichen als dem parteipolitischen Bereich zuzuordnen sind, ist die Ablehnung des real existierenden Sozialismus gemeinsam. Ein Satz im Beitrag von Fernando Mires kann insofern stellvertretend für die anderen Autoren stehen: „Es gibt so viele Verirrungen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, daß es eine große Aufgabe sein wird, den wahren Sinn der Utopie, die er verkörpert, zurück zu erobern.“ (S. 121)

Die beiden Eingangsartikel beschäftigen sich auf einer allgemeinen Ebene mit der Problematik des Sozialismus in der gegenwärtigen Epoche. Der brasilianische Ökonom *Paul Singer* stellt dabei in seinem Artikel „Was Sozialismus heute ist“ die These auf, daß in dem Maße, wie der Kapitalismus fortschreitet, der Sozialismus andere Ausdrucksformen annehmen muß, um die veränderten Bedürfnisse der arbeitenden Massen artikulieren zu können. Zum Kriterium zur Bewertung des Sozialismus wird dabei die Frage, ob er der arbeitenden Bevölkerung bessere Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet als der Kapitalismus, da es sonst keinen Grund gäbe, für ihn zu kämpfen. Der Sozialismus steht heute nicht mehr vor der Aufgabe, die Produktivkräfte quantitativ weiter zu entwickeln, vielmehr gilt es, vorher das Wachstum qualitativ umzuorientieren. Der Autor problematisiert dabei – leider nur ansatzweise – die Beziehung zwischen dem Sozialismus und der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ wie sie für die Mehrheit der Länder der dritten Welt gilt. Er konstatiert, daß die Teilung der Welt in industrialisierte und unterentwickelte Länder auch eine Teilung des Sozialismuskonzeptes hervorgerufen hat: „Man hat den Eindruck, daß die Teilung der kapitalistischen Welt in fortgeschrittene und zurückgebliebene Länder auch eine Teilung des Konzepts von Sozialismus in zwei Modalitäten hervorgerufen hat: einen „fortgeschrittenen“ Sozialismus mit Betonung auf Gleichheit und Beteiligung und einen „zurückgebliebenen“ Sozialismus mit Betonung auf Umverteilung des Einkommens und Entwicklung der Produktivkräfte.“ (S. 24)

Singer gelangt u.a. zu der Schlußfolgerung, daß der Sozialismus nicht unabhängig von den Bestrebungen der Arbeiter definiert werden kann, die in der Realität zu beobachten sind, etwa als intellektualisiertes Vorhutdenken oder indem man ihn auf bereits bestehende Regierungssysteme reduziert. Die Errichtung des Sozialismus soll durch eine breite Massenfront erfolgen, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen wirkend und mit einem dezentralen Charakter den Kampf für den Sozialismus in eine Praxis der Befreiung verwandelt.

In eine ähnliche Richtung geht die Argumentation des peruanischen Historikers und Soziologen *Anibal Quijano*, der kurz Bezug nimmt auf basidemokratische Ansätze in Villa El Salvador, dem größten und bestorganisierten Elendsviertel von Lima, um anschließend allgemeine Betrachtungen zur direkten Demokratie der Produzenten auszuformulieren. Quijano tritt für einen Sozialismus der direkten Demokratie der Produzenten gegenüber seiner deformierten Spielart,

DAS SÜDLICHE AFRIKA BRAUCHT UNSERE HILFE

Aufruf der Kinderhilfsorganisation Terre des Hommes zur Unterstützung von jugendlichen Flüchtlingen aus dem südlichen Afrika.

Ein Beispiel der Hilfsaktion :

In wenigen Tagen hat Terre des Hommes Geld für Medikamente und Zusatzernährung zugunsten der Kinder für streikende und ausgesperrte Arbeiter nach Südafrika geschickt. Die sog. „Anti-Terror-Gesetze“ in Südafrika zwingen dazu, dieses Material und Geld nur auf Schleichwegen an die Empfänger kommen zu lassen. Oder ein weiteres Beispiel aus dem südafrikanischen Herrschaftsbereich :

Kinder aus Namibia in angolanischen Flüchtlingslagern: von südafrikanischen Bombenflugzeugen und Fallschirmspringern gehetzt, verwundet, verstümmelt, getötet.

Terre des Hommes versucht den Kindern mit Kleidern, Schul- und landwirtschaftlichem Material zu helfen. Doch solch eine Hilfe, so die Organisation, würde von dem säuerlichen Geruch der Almosenverteilung nicht loskommen, wenn man nicht auch die Ursachen des Elends bekämpfen würde. Terre des Hommes hat diesen Schritt vollzogen. Sie schickt ins südliche Afrika nicht nur Hilfsgüter, sondern sie hält es für unentbehrlich, auch Selbsthilfeansätze und Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Zusammen mit dem UNO-Institut für Namibia finanziert sie heute ein Handbuch für namibische Lehrer. Darin werden Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft des namibischen Volkes aus afrikanischer Sicht dargestellt. Der namibische Schüler soll nicht länger durch die von Südafrika aufgezwungene und verhaßte Bantuerziehung gedemütigt werden, sondern mit eigenem Lehrmaterial seine Zukunft gestalten.

Die konkreteste Form der Hilfe im südlichen Afrika ist das Programm in Zimbabwe. Dort wird seit August 1980 Projektarbeit für zurückgekehrte Flüchtlingskinder durchgeführt. Das ganze fing als Flüchtlingshilfe in Mozambik durch Terre des Hommes Schweiz an und ist heute Entwicklungs- und Strukturhilfe. Es hat sich bewährt, diese Flüchtlingshilfe auf Selbsthilfeansätze in Landwirtschaft und Erziehung zu beschränken. Mit dieser Konzeption werden gegenwärtig Schulfarmvorhaben und sonstige Entwicklungsprojekte gefördert. Wichtig ist für Terre des Hommes dabei, den Vorschlägen der aus dem Befreiungskrieg hervorgegangenen Regierung zu folgen. Sie beabsichtigt nämlich, in bisher den Weißen vorbehalten Gebieten selbstbestimmte Strukturprojekte durchzuführen. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zur Aufhebung der geradezu perversen Landverteilung geleistet werden.

Spendenkonto für die Hilfe im südlichen Afrika

Bank für Gemeinwirtschaft

Osnabrück Konto 444 BLZ 265 101 11

Als Ergänzung für die Öffentlichkeitsarbeit stellt Terre des Hommes einen Film zur Verfügung.

Titel: SOWETO im Exil
jugendliche Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika berichten über die Notwendigkeit der Unterstützung von Selbsthilfeprojekten.
16 mm 31 Min. Magnetton
Bezug: Terre des Hommes
Postfach 4126, 4500 Osnabrück
Telefon: 0541 / 7 30 36

dem real existierenden Sozialismus, ein. Gegenüber den Bürokratisierungstendenzen bei den bestehenden sozialistischen Parteien und Systemen muß das Problem der Macht wieder in das tägliche Leben der Massen einbezogen werden und ein unaufhörlicher Kampf für die Demokratisierung des Alltagslebens erfolgen.

Konkreter und interessanter sind die folgenden Artikel, die sich mit historischen und aktuellen Problemen beschäftigen. Der argentinische Historiker *Leopoldo Marmora* hat sich in seinem Aufsatz, wie schon der Titel andeutet (Populisten und Sozialisten — getrennte Geschichte — gemeinsame Ziele? Zur Diskussion über Nation und Demokratie in Argentinien) eher zuviel als zuwenig vorgenommen, die Problematik dennoch in glücklicher und kenntnisreicher Weise bewältigt. Nach der eingangs konstatierten Spaltung zwischen Sozialismus, Populismus und Demokratie in der neueren Geschichte Argentiniens fragt der Autor nach den historischen Ursachen für diesen Zustand, der einer emanzipatorischen Veränderung im Wege steht. Ausgangspunkt ist die Analyse der Unfähigkeit der Marxisten, die Besonderheiten der nationalen Entwicklung in Lateinamerika richtig zu erfassen. Der geraffte Überblick reicht von der Darstellung von Marx/Engels Einschätzungen, die die lateinamerikanischen Völker — in Anlehnung an Hegel — unter den Begriff der „geschichtslosen Völker“ subsumierten, die Annektierung von fast der Hälfte des mexikanischen Territoriums durch die USA als historischen Fortschritt begrüßten und die Unabhängigkeitsbewegungen von Spanien weitgehend als historische Zufallsprodukte ansahen (Marx über den venezolanischen Befreiungshelden Simon Bolivar: ... „wie die Mehrheit seiner Landsleute unfähig zu jeglicher langfristigen Unternehmung“) bis hin zur sog. Dependenztheorie der Gegenwart. In der „Dependenztheorie“, bei der die Analyse der jahrhundertelangen ökonomischen Abhängigkeit und Fremdbestimmung der lateinamerikanischen Länder in den Vordergrund rückte, sieht der Autor eine Art umgekehrten Eurozentrismus.

In einer negativen Abgrenzung würde, was in Lateinamerika von den allgemeinen Gesetzen des Kapitalismus abweicht, als seine besonderen Gesetze der Entwicklung definiert. Neben der Feststellung von Abweichungen vom klassischen Entwicklungsgang des Kapitalismus sei es aber notwendig, zu einer positiven Definition des jetzigen Zustandes Lateinamerikas zu gelangen, um verändernd auf ihn einwirken zu können.

In Argentinien wurde die seit den 30er Jahren in Lateinamerika auftauchende Spaltung zwischen nationalistisch populistischen Bewegungen auf der einen und den kommunistischen Parteien auf der anderen Seite besonders deutlich, als die KP in den 40er Jahren den mehrmaligen Präsidenten und populistischen Führer Peron als Faschisten bezeichnete und politisch bekämpfte. Eine Annäherung zwischen Populisten und Sozialisten fand erst in den 60er u. 70er Jahren statt, als ein nationaler Antimperialismus eine ideologische Gemeinsamkeit herstellte. Der Antimperialismus als Bindeglied zwischen den Sozialisten und der peronistisch-populistischen Bewegung erwies sich jedoch gleichzeitig als die eigentliche Schwachstelle, indem auf eine genaue innergesellschaftliche Analyse verzichtet wurde und die herrschende Militärdiktatur als antinationale, oligarchische Regierung einer kleinen Minderheit erschien, die durch den entschiedenen bewaffneten Kampf einer revolutionären Gruppe schnell gestürzt werden könnte. Ergebnis dieser Betonung des Antimperialismus und der oberflächlichen Aufarbeitung der kubanischen Revolution war eine Militarisierung der Politik und die nachfolgende Isolierung der Linken, zumal die Montoneros bewaffnet gegen eine demokra-

tisch legitimierte Regierung ankämpften. Ein ähnlicher Vorgang wie in Argentinien hatte sich bereits in den 60er Jahren in Venezuela eingestellt. In beiden Fällen wurde das Nationale mit Antimperialismus und das Antinationale mit „Dependenz“ gleichgesetzt und die Frage der Demokratie ausgeklammert.

Nach Meinung des Autors sollte eine genaue Analyse der konkreten länderspezifischen Realität erstellt werden. Außerdem sollte die Linke ihre Fähigkeit zur Flexibilität und Improvisation gegen dogmatische Rigidität und selbsternannte Führungsansprüche setzen; den Ausbau direkter Demokratieformen der repräsentativen Demokratie entgegensetzen.

Nur wenn die Linkskräfte von den nationalen Gegebenheiten ausgehen und ein sowohl politisches wie kulturelles Projekt entwerfen, können sie den Sozialismus als gesamt-nationale Aufgabe näherbringen, der damit „Ergebnis einer sozial heterogenen, demokratischen Massenbewegung“ (S. 100) sein wird.



Der Beitrag des wie Marmora in der Bundesrepublik lebenden chilenischen Historikers *Fernando Mires* (Demokratie ist unteilbar. Chile: Die Linke und der Militärstaat) zeigt die Distanz, die zwischen den nach dem Sturz der Allende Regierung 1973 vorschnell gemachten Äußerungen und einer heutigen Analyse aus lateinamerikanischer Perspektive liegen. Vielen politischen Gruppierungen galt das Scheitern der „reformistischen“ UP-Regierung als ein Beleg mehr für ihre These von der Unmöglichkeit eines friedlichen Weges und zur Legitimation eines abstrakt postulierten bewaffneten Kampfes. Dagegen weist der Autor an vielen Stellen daraufhin, daß ein Bündnis nicht von abstrakten prinzipien abhängt, sondern vom real existierenden Kräfteverhältnis. Der schon durch seinen Aufbau in Thesenform zur Diskussion einladende Artikel weist auf die „handfeste Identitätskrise“ der chilenischen Linksparteien hin, als diese ihre gewohnte parlamentarische Umgebung verloren. Die kritische Auseinandersetzung mit bereits unter der UP-Regierung (1970 — 1973) aufgetretenen Positionen wird dabei nicht ausgelassen: als Hindernisse für die Entwicklung des in Chile erforderlichen demokratischen Kampfes werden vereinfachende ökonomische Geschichtsinterpretationen und die Existenz von politisch-militärischen Parteien wie dem MIR genannt.

Diese Parteien hätten die von Régis Debray entwickelte Theorie vom Guerillafokus übernommen, der im Grunde nur die Anpassung des leninistischen Parteiprinzips, das im

übrigen auch noch falsch verstanden worden war, an die lateinamerikanische Realität darstellte. Gegenüber „Triumphalismus, heroischer Ideologie und Kult der direkten Aktion“ (S. 139) und einem verfälschten proletarischen Internationalismus sei es vor allem notwendig, zum nationalen Charakter jeder politischen Praxis zurückzufinden, wobei der Kampf für Demokratie das A und O linker Politik sein müsse. Wie in dem Artikel über Argentinien und bei der Mehrheit der neueren lateinamerikanischen Analysen über Herrschaftssysteme wird der Staat nicht als reines „Überbauphänomen“ interpretiert, das man in einem putschistischen Handstreich erobern kann, sondern als Resultat einer „Hegemonie“, als Ausdruck aller Herrschaftsverhältnisse in einer Gesellschaft. Eine solche Staatskonzeption beinhaltet, daß der Kampf für eine neue Gesellschaft sowohl auf der politischen wie kulturellen Ebene geführt werden muß. Die Entstehung einer demokratischen, authentischen, nationalen Linken, die der unter dem Pinochet-Regime völlig veränderten gesellschaftlichen Realität Chiles gerecht wird, muß demnach Vorrang vor der Diskussion über eine mögliche Bündnispolitik mit der christdemokratischen Partei und den Streitkräften haben.

Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit der um die Jahreswende 1978/79 in den brasilianischen Industrieregionen erfolgten Gründung der Partei der Arbeiter Brasiliens (PT). Die in den anderen Beiträgen mehr oder weniger allgemein erhobene Forderung nach Basisdemokratie und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen scheint in dieser Massenpartei radikal-demokratischen Charakters, in der neben Gewerkschaftsorganisationen, kirchliche Basisgemeinden und Stadtteilgruppen vertreten sind, weitgehend realisiert worden zu sein. Die Organisationsstruktur der PT entspricht keinem bisher bekannten Modell. Von den traditionellen Parteien unterscheidet sich die PT dadurch, daß sie nicht von oben nach unten gegründet wurde und populistische und paternalistische Politikformen ablehnt. Die PT kämpft für gewerkschaftliche und parteipolitische Organisationsfreiheit, greift die mittlerweile auch als „Doktrin der nationalen Unsicherheit“ bezeichnete Staatsideologie der Militärs an und vertritt das Prinzip, der sozialen Massenbewegung kein politisches Programm aufzwingen zu wollen.

Vom letzten und kürzesten Artikel (Der Aufbau der „Sandinistischen Demokratie“) hätte man sich gewünscht, daß er ruhig etwas länger und umfassender sein könnte. Er verdeutlicht die Schwierigkeiten, die angesichts interner und externer Schranken immer dann auftreten, wenn es darum geht, Demokratisierungsprojekte in die gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen, zumal in einem Land, wo eine jahrzehntelange Diktatur gestürzt wurde. *Klaus-Dieter Tangermann* weist auf die Doppelrolle hin, die die sandinistischen Massenorganisationen im heutigen Nicaragua spielen. Sie waren gegründet worden, nachdem der Sieg der Revolution zunächst im militärischen Bereich errungen war: einerseits sollen sie die Bevölkerung mit dem Ziel einer aktiven Beteiligung am revolutionären Prozeß organisieren, andererseits die Bevölkerung auf das Gesamtinteresse des revolutionären Prozesses verpflichten. (S. 193) Dieser Vorgang, bei dem Elemente der Kontrolle und einer – von oben geförderten – Partizipation eng beieinanderliegen, zeigen das Dilemma, vor dem erfolgreiche Oppositionsbewegungen in mittelamerikanischen Kleinstaaten stehen: die FSLN war keine Massenorganisation und verfügte weder über eine Partei noch über einflußreiche Gewerkschaften, sie sind erst nach dem Sturz Somozas gegründet worden.

Für die Sandinistische Regierung steht nicht die Errichtung einer repräsentativen Demokratie im Vordergrund; sie vertritt vielmehr das Konzept einer gesellschaftlichen Demo-

kratisierung. Bislang hat diese Demokratisierung erst langsam begonnen. Streiks werden von der neuen Regierung als nationale Verantwortungslosigkeit bezeichnet. Absoluten Vorrang besitzt momentan die Wiederherstellung der Wirtschaft, was auch in dem Titel des Entwicklungsplans '81 mit dem Motto „Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit“ zum Ausdruck kommt. Dagegen ist bisher, wie der Autor feststellt, die Beteiligung der Bevölkerung an der Macht nur eine Zielvorstellung.

Auf den Analyseteil folgen Länderberichte zu zehn lateinamerikanischen Staaten. Erstmals findet sich dabei auch ein Bericht über Kuba, womit die Herausgeber ein mehr als vier Jahre altes Versprechen einlösen.

Abschließend seien einige kritische Bemerkungen zu den Beiträgen des Bandes gemacht: Bei der Lektüre der Aufsätze könnte beim Leser das Bild entstehen, in Lateinamerika zeichne sich ein genereller Trend zu undogmatischen Parteigründungen und neuen basisdemokratischen Organisationsstrukturen ab. Obwohl ein solcher Trend in den meisten lateinamerikanischen Ländern erforderlich und sinnvoll wäre, wurde er bislang nur in den wenigsten Staaten praktische Wirklichkeit. Somit reflektieren die Beiträge im jetzigen Stadium vor allem die Diskussionstendenzen innerhalb der lateinamerikanischen Linken, die noch nicht überall direkten Niederschlag in die politische Praxis gefunden haben, zumal der Zustand chronischer Zersplitterung und nicht programmatisch vermittelter Differenzen oder Rivalitäten in den meisten Linksparteien anhält. Insofern wäre es sinnvoll, eine notwendige und nützliche Fortsetzung der mit diesem Band begonnenen Diskussion auf die konkreten Programme und Aktionen politischer Parteien und sozialer Bewegungen auszuweiten. Eine wichtige Problematik stellt dabei die Organisationsfrage und der Parteaufbau angesichts der teilweise extremen Heterogenität der Klassenstruktur in den lateinamerikanischen Ländern dar, ein Problem, auf das die Herausgeber auch in ihrem Vorwort hinweisen.

Die mit diesem Band eingeleitete Diskussion wäre es wert, bald fortgesetzt zu werden, ohne in vorschnelle Prognosen zu verfallen, die, angesichts der Komplexität der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, eine geringe Aussagekraft besäßen. Oder wie es Fernando Mires in vorsichtiger, aber hoffnungsvoller Form formuliert: „Ebenso kann niemand die Formen vorwegnehmen, die diese Linke in der Zukunft annehmen wird; sie wird viel eher das Resultat des Prozesses selbst sein, als von a priori etablierten organisatorischen Formeln abhängen. Es ist auch nicht vorgeschrieben, daß es sie geben wird: Im Moment kann nur behauptet werden, daß ihr Entstehen notwendig ist.“

(S. 124)

Nikolaus Werz



Zeitschriften-Übersicht

Encuentro Latinoamericano Nr. 22
Julio/Agosto/Septiembre 81
Brunnenstraße 24/25, 2800 Bremen 1

- o Coincidencia en la lucha: una cosa históricamente prematura?
- o Las mujeres en El Salvador
- o Para una anatomía del Premio Nacional de Literatura en Chile después del golpe
- o Entrevista al poeta y narrador Juan Luis Dammert
- o Si: la nostalgia sigue siendo igual que antes por Gabriel García Márquez
- o Edirardo Galeano: Nicaragua en el primer día de la creación
- o Daniel Viglietti habla sobre Violeta Parra

la info Nr. 48, Juli 1981, Einzelpreis DM 2,50

- o Schwerpunkt: Brasilien-PT, Die Neue Arbeiterpartei
- o Kolumbien: Der Indianerrat des Cauca und die kolumbianische Regierung
- o Waffenexport (auch nach Lateinamerika) – Israels lukrativstes Geheimnis
- o El Salvador: Die Stimme der Revolution ertönt aus Morazan
- o Chile: Hugo Riveros ermordet
- o Kein Atomexport nach Argentinien
- o Argentinien: Brigida Cabreda de Torres frei
- o Medizin und 3. Welt: Cine Terz
- o Buchbesprechung: „Der Griff nach der Bombe“; „Santiago de Chile – Ein Tag im Oktober“

Informationsdienst Südliches Afrika

- o Schwerpunktthema: Militarstaat Südafrika
Südatlantikpakt?
Südafrika: Militarstaat Südafrika
Militärischer Kampf in Südafrika
Soldner für Südafrika
Minensuchboote der BRD an Südafrika
- o Mosambik: Politische Aspekte einer revolutionären Demokratie II
- o Aktionen: 20 Jahre „Republik Südafrika“ in Bonn

Herausgeber: Informationsstelle Südliches Afrika e.V.
(issa) Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik und Westberlin e.V. (AAB), Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Einzelausgabe: DM 5,–
Jahresabo: DM 40,– (mind. 8 Ausgaben)

Paraguay - Rundbrief Nr. 31, August 1981

- o Schlechte Nachrichten
- o Schwerpunktthema: Wie sie wurden, was sie sind: Campesinos in Paraguay
- o Presse-Echo
- o Ein Campesino erzählt
- o Zeitschriftenübersicht

Bezug: Inge Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt
erscheint zweimonatlich, Abo-Preis (6 Hefte/Jahr):

DM 15,00

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto
zahlbar auf Konto: Inge Gräfe, Sonderkonto,
BLZ 500 100 60 Postscheckamt Frankfurt, Kto.Nr.
3888 48 - 602

AIB – Antimperialistisches Informationsbulletin
Nr. 7 - 8 / Juli-August 1981

- o Reportage aus Afghanistan
- o Südafrika: 20 Jahre „Republik“
- o Krise und Revolution in Mittelamerika III
- o Interview mit Philip Agee
- o Nicaraguas Kampf gegen die Unwissenheit
- o Panama: Gespräch mit Omar Torrijos
- o Kolumbien: Der Kampf der Indios
- o Bob Marley, Reggae und der Rastafari-Mythos
- o Rede Fidel Castros auf dem Kongreß der Ökonomen der Dritten Welt
- o Kommentar: Die Friedrich-Ebert-Stiftung und Südamerika

Einzelpreis: DM 4,50 (Doppelheft), ab 10 Ex. 33 % Rabatt

Jahresabopreis: DM 25,–

Bezug: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1, Telefon: 06421/24672

ZUR REZENSION EINGETROFFENE BÜCHER

Donald Kenrick, Grant Paxon:
Sinti und Roma – die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat

Hg.: Gesellschaft für bedrohte Völker
Göttingen 1981, 188 S.

EPD-Materialien V/81

Die Saat dieser Erde – eine kritische Auseinandersetzung mit Thesen und Tendenzen im Saatgutbereich – Referate einer Tagung

epd – Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2-6,
6000 Frankfurt 17; 96 S., DM 6,–

Materialien zur Jugendarbeit Nr. 11

Usambara ohne Veilchen – Eindrücke einer Reise nach Tanzania

Hg.: Amt für Jugendarbeit des Kirchenkreises Herford,
Brunnenallee 5, 4980 Bünde 1, 132 S., DM 6,–

Anthony Henman

Mama Koka – Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Koka-Pflanze in den Anden

Hg.: Bremer Gruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker, Verlag Roter Funke, 1981, 340 S., DM 28,–

Hg.: Lateinamerikakreis in der ESG Mainz und ESG Essen: Christen auf dem Kreuzzug zur Befreiung. Honduras, Guatemala, El Salvador

Essen 1981, 172 S., DM 6,–

Jutta Deide

Ideologie und Legitimation einer abhängigen Militärdiktatur – das Beispiel der Regierung Bänzer in

Bolivien (1971 – 1978). Ein ideologie-kritischer und militärsoziologischer Beitrag zur Politischen Soziologie peripherer Gesellschaften in Lateinamerika.

Haag + Herchen Verlag GmbH, Fichardstr. 30, 6000 Frankfurt 1; 1980, 475 S., DM 48,—

Iscorti Cartens

Diasporero/In der Diaspora – Geschichten aus dem chilenischen Exil

Verlag Roter Funke, 91 S, DM 12,80

Christl Burkhart + Angelika Meidel (Hg.)

Versuche gegen die Hilflosigkeit – Ansätze einer neuen Praxis für die helfenden Berufe (Dokumentation des Gesundheitstags Berlin '80).

Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH; Berlin 1981, 255 S.; DM 12,50

Andreas Buro

Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung?

– Lehren aus Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1981, 320 S., DM 56,—

Ronald Meinardus

Die Afrikapolitik der Republik Südafrika

ISSA – wissenschaftliche Reihe 15, Bonn 1981, 500 S., DM 24,80

Ernst A. Schmied (Hg.)

Handlungsmodelle in der Dritten Welt – Verantwortung – Entwicklung + Frieden 13

Matthias-Grünwald-Verlag, Postfach 3080, 65 Mainz 1, 171 S., DM 14,50

Thomas Gebauer

Revolution ist Gesundheit – Das neue Gesundheitswesen in Nicaragua

Arbeitsmaterial zur Dritten Welt

medico international, Homburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt 50, Kto. Nr. 2402, Stadtparkasse Frankfurt, 1981, 58 S., DM 5,—

Ausländerkomitee Berlin (West) e.V. (Hg.) Gast oder Last? – Berichte zur Lage der Asylbewerber Express

Edition GmbH, Kottbusser Damm 79, 1000 Berlin 61, Juli 1981, 106 S.

Barbara Haeger

Mein schwarzer Bruder – Gedichte für Afrika

Schriften für die Anti-Apartheid-Bewegung 1

Neuer Verlag Bernhard Bruscha, Tübingen 1980, 127 S

Keneth Hermele

Sweden and the Third World – Development Aid and Capital Involvement

Akut 11, Akut, c/o Institute of Development Studies

St. Clovsg 9 I, S. – 753 21 Uppsala, Sweden

May 1981, 32 S.

Internationaler Arbeitskreis (Hg.)

Kamerun – Der Weg aufs Land – Primarschulreform als Motor der Entwicklung? – Bericht einer Projekt-

reise. Hg. Internationaler Arbeitskreis Ortsgruppe Münster, 1981, 44 S., DM 2,50 (ab 10 Ex. DM 2,—)

Kontaktadresse: Peter Kochen, Grevener Str. 107, 4400 Münster

Forschungs- und Dokumentationszentrum – Chile-Lateinamerika

Der Griff nach der Bombe – Das deutsch-argentinische Atomgeschäft

FDCL (Hg.), Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Mai 1981

Uniapac (International Christian Union of Business Executives)

Ethics of business in developing countries

Business for People 1/1980

Philip Agee (Hg. Werner Poelchan)

CIA gegen El Salvador – Der Bericht des Ex-Agenten Philip Agee über Praktiken der CIA in Lateinamerika Hamburg 1981

DEI – Departamento Ecumenico de Investigaciones

Las Iglesias en la Practica de la Justicia DEI,

Apartado 339, San Pedro de Montes de Oca, San José, Costa Rica, 1981, 172 S.

Tagungshinweise

Die Situation spanischer Jugendlicher in der BRD 12./13.9.81, Hamm

Ehe- und Partnerschaftsfragen für bikulturelle Paare, 19./20.9.81, Jugendhof Vlotho

Tansania-Anspruch, Wirklichkeit und Chancen eines Entwicklungsmodells, 19./20.9.81, Oerlinghausen

Das südliche Afrika in der Politik der BRD, 25.-27.9.81 Espelkamp

Unser neues Politikverständnis II, Aufarbeitung der Internationalismusbewegung und Solidaritätsbewegung zu Lateinamerika in der BRD, 20.-22.11.81, Bielefeld

Solidaritätsarbeit für Mittelamerika, 2.-4.10.81, Bielefeld

Multinationale Konzerne-Macht ohne Grenzen, 16.-18.10.81, Hamm

Rüstungsgeschäfte mit der Dritten Welt, 16.-18.10.81 Vreden

Zwischenbilanz und Perspektive staatlicher und freier Ausländerarbeit, 16.-18.10.81, Schmollenberg-Werpe

BRD-Südafrika, 23.-25.10.81, Löhne-Gohfeld
Möglichkeiten für eine Intensivierung der Lateinamerika-Solidaritätsarbeit, 23.-25.10.81

Die Situation türkischer Frauen im Heimatland und in der Fremde II, 30.10.-1.11.81 Bielefeld

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit durch 'Dritte Welt-Informationszentren', 30.10.-1.11.81 Espelkamp

Gesundheit als Ware in Entwicklungs- und Industrieländern, Ort und Termin noch unklar.

Gewerkschaftliche Politik im Spannungsfeld der Internationalen Arbeitsteilung, 30.10. - 1.11.81 Extertal

Berufliche Chancen und soziale Erwartungen junger Ausländer in der BRD, Seminarreihe 28./29.11.81

(Oer-Erkenschwick), 5./6.12.81 (Hamm), 12./13.12.81 (Oer-Erkenschwick)

Workshop „Dritte Welt-Liederbuch“ I und II: 13.-15.11.81 Espelkamp und 11.-13.12.81 Bielefeld

Gewerkschaften in Südafrika, 11.-13.12.81 Bielefeld

Rassismus in unserer Umwelt – Rassismus im Umgang mit unserem Partner, 14./15.11.81, Espelkamp
Die Türkei, 16.-20.11.81, Jugendhof Vlotho
Die US-Außenpolitik in Mittelamerika, 20.-22.11.81 Nordwalde

Hunger ist kein Schicksal, Hunger wird gemacht, 4.-6.12.81

Die aktuelle Situation in Afghanistan, 4.-6.12.81 Vlotho

Alternativen für die Entwicklung von Wirtschaft und Technik 5./6.12.81, Oerlinghausen

Zwischen Hunger und Überfluß-Einkaufen, Kochen und Entwicklungsfragen, 20.-22.11.81, Bielefeld

Information und Anmeldung zu allen obenstehenden Tagungen:

bei AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho
Entwicklungspolitik im Unterricht, 7.-11.12.81

Wildbadessen, Information und Anmeldung: Rhein-Westf. Auslandsgesellschaft, Postfach 722, 4600

Dortmund 1

Operation Milchluft – Ein indisches Entwicklungsprogramm, 25. - 26. 9.1981, Bonn

Unterdrückung und Widerstand in Azania – Was geht uns das an?, 9. - 11.10.81, Kamplintfort

Information und Anmeldung für beide Tagungen bei ASW, Friedrichstr. 236, 1 Berlin 61

Der schwierige Weg nach Palästina – Palästinensischer Staat: Ökonomische Lebensfähigkeit – Politische Praxis 3. - 10.10.81, Berlin

Information und Anmeldung bei: ESG, Kniebisstr. 29
 7000 Stuttgart 1

Strategien entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, 12./13.9.81, Münster

Das leidende Volk Gottes in Lateinamerika auf dem Weg zur Befreiung, 19./20.9.81, Münster

Entwicklungspolitik im Film: Septemberweizen 24./25.10.81, Münster

Spiele in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit 5./6.12.81 Münster

Informationen und Anmeldung für diese Tagungen
 Franz-Hitze-Haus, von Galen Ring 50, 44 Münster

HDF-Fachtagungen zur Ausländerproblematik im Internationalen Zentrum Duisburg

19.-20. September 1981

Ausländerpolitik der Bundesregierung und politische Integration der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

10. - 11. Oktober 1981

Der Islam und türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

12.- 13. Dezember 1981

Die zweite Ausländergeneration und ihre Zukunftsperspektiven Türkische Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland

Das ausführliche Seminarprogramm kann von der HDF-Zentrale in Duisburg angefordert werden.

Anmeldungen für das Seminar: HDF, Krumacher-Str. 54, 4100 Duisburg 1

Austauschinsarat

HONDURAS GUATEMALA EL SALVADOR

INHALTSVERZEICHNIS

- I. GUATEMALA**
 Ökumene von unten
 Zur Situation und aktuellen Situation der Evangelischen Kirche
 - Interview mit protestantischem Theologen
 Gespräch mit einem evangelischen Pastor
 Gespräch mit Zeugen des Massakers der Regierung
 an Cakchiqueles des Departmens Chimaltenango
 Gedenkgottesdienst Monsenor Oscar A. Romero
 Miguel, ein Priester der Basisgemeinde

II. EL SALVADOR
 Zur Situation der Kirche - ein Jahr nach Romeros Tod
 Interview mit Theologen der Katholischen Universität
 Auszüge aus dem Gespräch im Erzbischofsamt,
 2 Tage vor Romeros Tod, 22. März 1980
 Völlige Unterstützung der Junta durch die Kirche
 Pastorale Arbeit einer Basisgemeinde - ein Beispiel
 Gespräch von Bernd mit Carlos, 28.3.81
 nachts im Flüchtlingslager San Jose de la Montana
 Romero-Gedenkmesse der Volksorganisation am 30.3.81



- III. HONDURAS**
 Zentrale Ideen zum Regierungsprogramm
 der Verlegung der salvadorensischen Flüchtlinge
 Militärische Zusammenarbeit bei der Verfolgung
 der Flüchtlinge im Grenzgebiet
 Die Tätigkeit der kath. Kirche wird planmäßig verhindert
 Demonstration der 2000 Campesinos am 1.3.1981
 Gespräch mit Flüchtlingen am Rio Sumpul
 Zeugenaussagen von Flüchtlingen in Valladolid
 Zeugenaussagen im Flüchtlingslager bei Colomancagua
 Flüchtlinge bei La Virtud in Grenznähe
 Gespräch von Bernd mit Fausto Milla, einem Priester
 der Diözese Santa Rosa de Copan am 1. und 2.3.81
- IV. CHRISTOLOGISCHE KONSEQUENZEN**
 Referat aus einem Seminar vom 14. bis 16.11.80:
 „Christologische Konsequenzen einer materialistischen
 Bibelauslegung“ von Prof. Bernd Päsche, Mainz

HERAUSGEBER

Lateinamerikakreis in der Evangelischen
 Studentengemeinde Mainz (ESG)
 Am Gonsenheimer Spieß 1

Evangelische Studentengemeinde Essen
 Universitätsstr. 2
 4300 Essen 1

Gabi Meier

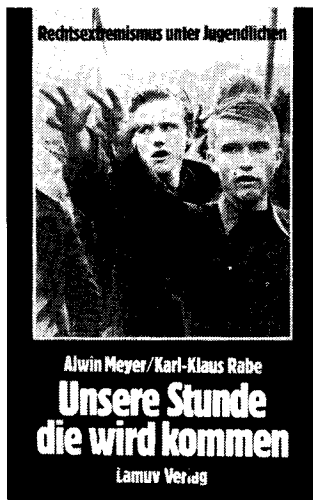
Eschhotzstr. 41

78 Freiburg

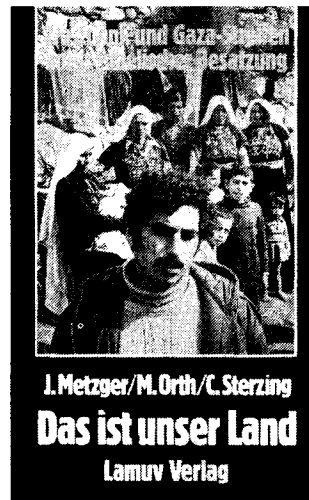
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Lamuv Verlag GmbH · Martinstraße 7 · 5303 Bornheim 3

Bücher · Filmverleih · Ausstellungen · Tonbildserien · Postkarten · Plakate



Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe
**Unsere Stunde, die wird kommen –
Rechtsextremismus unter Jugendlichen**
1980, 260 Seiten, Format 11,5 × 18 cm
Lamuv Taschenbuch 3
DM 8,80
ISBN 3-921521-19-X



Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing
**Das ist unser Land –
Westbank und Gaza-Streifen unter
israelischer Besatzung**
1980, 320 Seiten, Format 11,5 × 18 cm
Lamuv Taschenbuch 2
DM 14,80
ISBN 3-921521-20-3



Jorge Icaza: **Huasipungo –
Unser kleines Stückchen Erde**
Roman, 192 Seiten, 10 Abbildungen,
Format 11,5 × 18 cm, überarbeitete
Ausgabe des 1977 erschienenen Bandes
Lamuv Taschenbuch 5
DM 9,80
ISBN 3-921521-26-2



Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei – Republik unter Wölfen
224 Seiten, ca. 20 Abbildungen,
Format 11,5 × 18 cm
Lamuv Taschenbuch 6
DM 9,80
ISBN 3-921521-24-6

Bücher · Filmverleih · Ausstellungen · Tonbildserien · Postkarten · Plakate